



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

65. Sitzung

5. Wahlperiode

Freitag, 6. März 2009, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel,
Vizepräsident Andreas Bluhm und Vizepräsident Hans Kreher

Inhalt

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD: Die Europafähigkeit unserer Schulen stärken und ausbauen	Erweiterung der Tagesordnung	16
– Drucksache 5/2253 –		3
Werner Kuhn, CDU	Antrag der Fraktion der FDP: Lehrpersonalmanagement liberalisieren statt weiter einschränken	
Ministerin Manuela Schwesig	– Drucksache 5/2277 –	16
Andreas Bluhm, DIE LINKE	Hans Kreher, FDP	16, 25
Hans Kreher, FDP	Ministerin Manuela Schwesig	17
Birger Lüssow, NPD	Mathias Brodtkorb, SPD	18
Ilka Lochner-Borst, CDU	Andreas Bluhm, DIE LINKE	20
B e s c h l u s s	Marc Reinhardt, CDU	22
	Birger Lüssow, NPD	24
Antrag der Fraktion DIE LINKE: Umsetzung des Personalkonzeptes für die Landesverwaltung	Jörg Heydorn, SPD	26
– Drucksache 5/2265 –	B e s c h l u s s	26
Birgit Schwebs, DIE LINKE		9, 15
Ministerin Heike Polzin	Erweiterung der Tagesordnung gemäß § 74 GO LT	26
Mathias Löttge, CDU	Raimund Frank Borrmann, NPD (zur Geschäftsordnung)	27
Gino Leonhard, FDP	B e s c h l u s s	27
Stefan Köster, NPD		
B e s c h l u s s		16

Antrag der Fraktion DIE LINKE: Gesetzliche Rente muss tragende, armutsfeste Säule der Alterssicherung werden – Drucksache 5/2183 – 27	Marc Reinhardt, CDU 50 Sebastian Ratjen, FDP 50 Stefan Köster, NPD 51 Barbara Borchardt, DIE LINKE 51
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 5/2341 – 27	B e s c h l u s s 53
Irene Müller, DIE LINKE 27	
Ministerin Manuela Schwesig 29	
Günter Rühls, CDU 30	Antrag der Fraktion DIE LINKE: Schlussfolgerungen aus dem Bericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ für die Kulturpolitik des Landes Mecklenburg-Vorpommern ableiten – Drucksache 5/2266 – 53
Ralf Grabow, FDP 31	Torsten Koplín, DIE LINKE 53, 60
Jörg Heydorn, SPD 32	Ministerin Manuela Schwesig 55
Stefan Köster, NPD 33	Jörg Vierkant, CDU 56
Torsten Koplín, DIE LINKE 33	Hans Kreher, FDP 57
B e s c h l u s s 35	Dr. Klaus-Michael Körner, SPD 58
	Raimund Frank Borrmann, NPD 59
Antrag der Fraktion der NPD: Unterstützung der Stasi-Beurteilungskommission des Landtages – Drucksache 5/2274 – 35	B e s c h l u s s 61
Stefan Köster, NPD 35, 39	
Reinhard Dankert, SPD 37	Antrag der Fraktion DIE LINKE: Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2009 – Drucksache 5/2267 – 61
B e s c h l u s s 40	Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Drucksache 5/2333 – 61
	Birgit Schwebs, DIE LINKE 61
Antrag der Fraktion DIE LINKE: Kinder-, jugend- und erwachsenenspezifische Regelsätze nach SGB II sowie SGB XII – für eine chancengleiche Entwicklung aller Kinder und Jugendlichen – Drucksache 5/2185 – 40	Ministerin Heike Polzin 63
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 5/2340 – 40	Rudolf Borchert, SPD 65
Dr. Marianne Linke, DIE LINKE 40	Sigrun Reese, FDP 66
Ministerin Manuela Schwesig 42	Mathias Löttge, CDU 68
Günter Rühls, CDU 43	Udo Pastörs, NPD 69
Ralf Grabow, FDP 44	Gabriele Měšťan, DIE LINKE 69
Martina Tegtmeier, SPD 44	B e s c h l u s s 71
Michael Andrejewski, NPD 45	
Birgit Schwebs, DIE LINKE 46	Nächste Sitzung Mittwoch, 1. April 2009 71
B e s c h l u s s 47	
Antrag der Fraktion DIE LINKE: Qualität bei der Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln für gesetzlich krankenversicherte Menschen sichern – Drucksache 5/2264 – 48	
Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Drucksache 5/2334 – 48	
Irene Müller, DIE LINKE 48	
Ministerin Manuela Schwesig 49	

Beginn: 9.03 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 65. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratung vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 30:** Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Die Europafähigkeit unserer Schulen stärken und ausbauen, auf Drucksache 5/2253.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD:
Die Europafähigkeit unserer
Schulen stärken und ausbauen
– Drucksache 5/2253 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Kuhn für die Fraktion der CDU.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Wer, wenn nicht Herr Kuhn?)

Werner Kuhn, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die „Europafähigkeit der Schulen in Mecklenburg-Vorpommern“ als Thema zur frühen Stunde hier im Parlament zu nehmen, denke ich, ist richtig gewählt, nicht nur, weil wir ein Jahr der Wahlen zum Europäischen Parlament haben, sondern am kommenden Montag, am 9. März, ist auch Europaprojekttag in vielen Schulen Mecklenburg-Vorpommerns. Und da geht es letztendlich – ich denke, Sie werden sich dort auch als gefragte Redner beteiligen – um die Vermittlung des europäischen Gedankens der friedlichen Zusammenarbeit und des friedlichen Zusammenlebens so unterschiedlicher Völker auf einem Kontinent.

Als Victor Hugo gerade einmal vor 160 Jahren seine Eröffnungsrede zum Pariser Friedenskongress im August 1849 hielt, ging er noch davon aus, dass bis zur europäischen Einigung nicht nur Generationen vergehen werden, sondern man war dort auf Hunderte von Jahren, auf 400 Jahre, eingestellt. Er hat damals Folgendes formuliert: „Ein Tag wird kommen, wo die Waffen Euch aus den Händen fallen werden ... Ein Tag wird kommen, wo Ihr ... all Ihr Nationen des Kontinents ohne die besonderen Eigenheiten Eurer ruhmreichen Individualität einzubüßen, Euch eng zu einer höheren Gemeinschaft zusammenschließen und die große europäische Bruderschaft begründen werdet“.

(Udo Pastörs, NPD: Schön wär's. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich glaube schon, dass wir hier sehr, sehr weit gekommen sind. Wir können uns darüber freuen und auch stolz sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir leben heute in Frieden, Sicherheit, Stabilität und in einer Europäischen Union,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die letztendlich zwei Weltkriege im letzten Jahrhundert ertragen musste,

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

und deren Folge, die Teilung unseres Kontinents, mussten wir alle gemeinsam bitter durchleben.

(Michael Andrejewski, NPD: Soldaten in
Afghanistan! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Frieden, Sicherheit und Stabilität sind,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

glaube ich, die wichtigsten Kerngedanken eines geeinten Europas.

(Udo Pastörs, NPD:
Und so weiter! Und so weiter!)

Das ist leider nicht in Zahlen messbar und nicht an irgendwelchen Befindlichkeiten oder Statistiken festzumachen. Deshalb vergessen wir häufig im Alltag, dass wir im Vergleich die vielen kleinen Dinge, die aus Brüssel kommen, über die wir uns gerne aufregen, gar nicht so thematisieren können, wenn wir nicht wirklich in Frieden und Freiheit, Sicherheit und Stabilität in Europa leben können, sondern uns nach wie vor noch kriegerisch in zwei unterschiedlichen bis auf die Zähne bewaffneten Blöcken gegenüberstehen würden.

Manchmal dominieren auch die Alltagsthemen über das, was Europa betrifft. Sicher ist es richtig, dass wir uns mit einem Health Check auseinandersetzen, damit unsere Landwirte und unsere Bauern auch Sicherheit haben, was die Beihilfen der EU betrifft, und ihre Betriebe wettbewerbsfähig sind. Und ob da nun die Krümmung der Gurke eine Rolle spielt, die sicher auch von den Nationalstaaten, die ein ganz besonderes Interesse daran haben, in die europäische Einigung mit eingebracht wurde, um da eine Normierung herzustellen, sei dahingestellt. Ich glaube, es ist viel wichtiger, dass dieser Kerngedanke, wie ihn auch Victor Hugo formuliert hat, immer wieder auf die Tagesordnung kommt und in das Gedächtnis der Menschen zurückkehrt.

Dieser Kerngedanke liegt unserem heutigen Antrag zugrunde. Wir wollen gerade bei jungen Menschen in unserem Land das Bewusstsein dafür schaffen, dass es nicht immer selbstverständlich war, in unserem Land in Frieden und Freiheit eingebettet in der Gemeinschaft der Europäischen Union zu leben. Wir können uns alle noch gut daran erinnern, wie Europa geteilt war, und zwar an der Elbe, am Böhmerwald bis rein in den Balkan. Junge Menschen sollen möglichst früh lernen, dass die EU ein Bündnis zwischen souveränen Nationen ist, die gemeinsame Interessen verfolgen, die wirtschaftliches und persönliches Wohlergehen, partizipatorische Demokratie, Recht und Solidarität favorisieren. Aber natürlich gibt es auch ganz spezielle nationale Interessen und nicht nur Eigenheiten, die es zu vertreten gilt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Echt?!)

Und es ist immer wieder ein Konsens herzustellen zwischen den europäischen Nationen, zwischen ihren Staatsmännern und Staatsfrauen natürlich auch. Deshalb ist es, glaube ich, notwendig, dass wir uns klar dazu bekennen, dass Deutschland und auch Mecklenburg-Vorpommern eigene Interessen haben. So viel Europa wie möglich, aber auch so viel Mecklenburg-Vorpommern und so viel Deutschland wie möglich, das, glaube ich, kann man den Menschen klar vermitteln.

Vor diesem Hintergrund wird die Politik aus Brüssel, die heute direkten Einfluss auf unser Leben ausübt, für unsere Schülerinnen und Schüler viel verständlicher.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Wir sind dazu verpflichtet, ihnen ihre eigene kulturelle Verwurzelung zu geben, damit sie als weltoffene deutsche Europäerinnen und Europäer die kulturellen und sprachlichen Besonderheiten der anderen Nationen respektieren und verstehen können.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, in unseren 31 Europaschulen wird dazu schon ein wesentlicher Beitrag geleistet. Die Lehrerinnen und Lehrer vermitteln dort ihren Schülerinnen und Schülern nicht nur europäische Gedanken, sie sorgen auch dafür, dass interkulturelle und sprachliche Kompetenzen befördert werden – meine Kollegin Ilka Lochner-Borst wird dazu in ihrer Rede noch ausführen –, sie vermitteln europäische Geschichte und machen den europäischen Integrationsprozess verständlich. Das wollen wir unterstützen und weiterhin ausbauen. Es ist sicher nicht nur notwendig, dass wir das in unseren Schulen tun, sondern das muss einen breiten gesellschaftlichen Konsens finden.

Wenn Sie verfolgt haben, wie interessant die Preisverleihung an die Umweltsenatorin der Freien und Hansestadt Hamburg gestern verlaufen ist, Hamburg wurde „Grüne Stadt Europas“, dann muss ich sagen, auch bei den Beamten in Brüssel ist das eine oder andere Mal sicher eine Geschichtsstunde notwendig, sonst wäre es ihnen nicht passiert, dass sie vor dem ganz wichtigen staatsmännischen Akt beim Hissen der Fahnen die DDR-Fahne gehisst hätten. Das haben sie wahrscheinlich in irgendeiner Weise im Keller verwechselt. Ich denke, es war der EU-Kommissarin natürlich sehr peinlich.

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Deshalb sage ich: Beschäftigt euch mit eurer Gegenwartsgeschichte, erzählt euch eure Geschichten

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann wird alles gut. Alles wird gut.)

und dann versteht ihr eure Geschichte! – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Kuhn.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst in Vertretung des Bildungsministers die Sozialministerin Frau Schwesig.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Sehr geehrter Herr Kuhn, es freut mich, dass wir an den Gleichen denken, wenn zu Europa zitiert wird, an Victor Hugo. Er schrieb 1850, Sie haben ihn zitiert, ich zitiere eine andere Stelle: „Der Tag wird kommen, an dem du, Frankreich ... du, Italien, du, England und du, Deutschland, all ihr Völker dieses Erdteils, zu einer höheren Einheit verschmelzen werdet, ohne eure verschiedenen Vorzüge und eure ruhmreiche Einzigartigkeit einzubüßen“ .

(Udo Pastörs, NPD: Schön wär's.)

Ich weiß, Herr Pastörs, dass es Ihnen nicht passt.

Aber heute, fast 160 Jahre später, leben wir in einem europäischen Staatenverbund, bestehend aus 27 Mitgliedsländern.

(Stefan Köster, NPD: Wo das Kapital regiert.)

Sie alle bringen ihre eigene Kultur, ihre eigene Geschichte und ihre eigene Sprache ein.

(Udo Pastörs, NPD: Das wäre schön.)

Die Bewahrung aller Sprachen und jeder Kultur sowie die Erinnerung an die Vergangenheit

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

sind eng mit dem Gedanken eines Europas des Friedens, der Universalität und des Wohlstandes verbunden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Zurzeit tragen 24 Schulen unseres Landes den Titel „Europaschule“.

(Udo Pastörs, NPD: Das war in der DDR auch so. Bloß der Name und nichts dahinter.)

Dies sind allgemeinbildende und berufliche Schulen, die ihr schulisches Profil europaorientiert ausrichten. Der Titel „Europaschule“ wird verliehen, wenn eine Schule bestimmte Kriterien nachweist. So orientieren sich Europaschulen unter anderem an Grundsätzen wie der Integration europäischer Themen in allen Unterrichtsfächern, der Entwicklung und Förderung der interkulturellen Kompetenz, der Erziehung zur Mehrsprachigkeit, der Pflege von Auslandskontakten und Schulpartnerschaften sowie der Berufsorientierung auf das europäische Ausland. Schulen, die sich ein Profil als Europaschule erarbeitet haben, bieten den Schülerinnen und Schülern hervorragende Entwicklungschancen für die spätere Berufs- und Studienwahl. Sie vermitteln interkulturelle und sprachliche Kompetenzen und fördern Kenntnisse über die europäische Geschichte sowie den europäischen Integrationsprozess. Derzeit wird länderübergreifend an einem Kriterienkatalog gearbeitet, der bundesweit für Schulen, die den Titel „Europaschule“ beantragen, gelten soll. Dadurch wird die deutschlandweite Vergleichbarkeit der Arbeit dieser Schulen gewährleistet sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Europaschulen sind Schulen mit einem besonderen Profil, aber die Erschließung der europäischen Dimension in Unterricht und Erziehung ist Aufgabe jeder Schule. Aus diesem Grund ist die interkulturelle und Europaerziehung in Paragraph 5 des neuen Schulgesetzes fest verankert. Die Umsetzung dieses Paragraphen wird dadurch gestützt, dass in den gegenwärtig zu erarbeitenden Rahmenplänen unter der Überschrift „Demokratisches handeln“ Folgendes formuliert ist: „Die Schülerinnen und Schüler lernen ihre schulische und außerschulische Lebenswelt an demokratischen Werten zu orientieren. Die Globalisierung verändert einerseits die Erwartungen an die Heranwachsenden und beeinflusst andererseits ihr Lebensumfeld sowie ihre beruflichen Chancen in vielfältiger Weise. Die Schülerinnen und Schüler verstehen zunehmend, dass in vielen Bereichen unseres Lebens europäische Bezüge wirksam werden, und entwickeln Respekt und Interesse an der Vielfalt der Sprachen und Kulturen in Europa. Sie entwickeln ein Bewusstsein europäischer Zusammengehörigkeit und nehmen die Merkmale und

Zeugnisse einer gemeinsamen europäischen Kultur in ihrer Vielfalt wahr.“

Es sind vor allem Fächer wie Geschichte, Arbeit, Wirtschaft und Technik, Sozialkunde, Deutsch oder Geografie in der Pflicht, die Vermittlung von Europakennnissen und die Entwicklung des europäischen Bewusstseins unserer Schülerinnen und Schüler zu fördern. Für die Erschließung der kulturellen Welt Europas haben die Sprachen eine zentrale Bedeutung.

Johann Wolfgang von Goethe sagte einmal: „Wer fremde Sprachen nicht kennt, weiß nichts von seiner eigenen“. In der Bildungspolitik betrachten wir den muttersprachlichen und den fremdsprachlichen Unterricht als eine Einheit. Der Deutschunterricht hat die besondere Verpflichtung und Möglichkeit, die Beziehung zwischen der deutschen Sprache und Literatur und dem Umfeld der europäischen Sprachen und Literaturen aufzuzeigen. Der Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen ist heute eine Grundvoraussetzung dafür, dass europäische Bürgerinnen und Bürger die sich eröffnenden beruflichen und persönlichen Chancen wirklich nutzen können.

Im Weißbuch der Europäischen Kommission „Lehren und Lernen – Auf dem Weg zur kommunikativen Gesellschaft“ wird diese bildungspolitische Priorität in folgenden Zielsetzungen zusammengefasst:

- Unterricht in mindestens zwei Fremdsprachen für alle Jugendlichen
- Förderung innovativer Methoden des Fremdspracherwerbs
- Verbreitung der täglichen Benutzung der europäischen Fremdsprachen auf allen Ebenen der Schule
- Sensibilisierung für die Gemeinschaftssprachen und ihr frühzeitiges Erlernen sowie für die Kultur der anderen Mitgliedsstaaten

Die gewünschte Sprachenvielfalt stellt für Europa eine Herausforderung dar. Jede Sprache ist das Ergebnis einer besonderen historischen Erfahrung und jede Sprache ist Trägerin eines kulturellen Erbes, einer besonderen Ausdrucksfähigkeit und einer kulturellen Identität. Keine ist austauschbar, keine ist verzichtbar und keine ist überflüssig.

Aktuell erarbeitet das Bildungsministerium ein Fremdsprachenkonzept. Internationalen Tendenzen folgend wird hier unter Berücksichtigung der frühkindlichen Förderung der Mehrsprachigkeit das Erlernen von Fremdsprachen von der frühkindlichen bis zur beruflichen Bildung beschrieben. Basierend auf den KMK-Aussagen zu den Konzepten für den bilingualen Unterricht vom April 2006 beschreibt das Fremdsprachenkonzept auch bilinguale Unterrichtsformen als besonderes Bildungsangebot.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Einstellungen kann man nicht lehren, man muss sie erfahren. Deshalb fördern wir über den fremdsprachlichen Fachunterricht hinaus weitere Möglichkeiten, die den Schülerinnen und Schülern helfen, die europäischen Dimensionen und das Zusammenleben europäischer verschiedener Völker in Europa zu erleben. Am kommenden Montag, Herr Abgeordneter Kuhn hat es erwähnt, am 9. März, findet der Europatag an den Schulen unseres Landes statt. Er steht in diesem Jahr unter dem Vorzeichen der Europawahlen. Einige von Ihnen

werden den Europatag kennen, bietet er doch in zahlreichen Gesprächsrunden den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, mit Landes- oder Bundespolitikern und Abgeordneten zum Thema Europa ins Gespräch zu kommen. Des Weiteren gibt es vielfältige Angebote hinsichtlich des europäischen Schüler- und Lehreraustausches, zum Beispiel die Kooperation mit dem Deutsch-Französischen Jugendwerk, dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk und der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch.

Der europäische Wettbewerb mit seinen jährlich durchgeführten Aktivitäten unterstützt ebenfalls die praktische Schularbeit durch Begegnungen mit anderen Teilnehmern aus den EU-Staaten. Und bis zum 15. Juni sind alle vorschulischen Einrichtungen, Schulen aller Schularten sowie die Aus- und Fortbildungseinrichtungen für Lehrkräfte aufgerufen, Projekte für das europäische Sprachsiegel „Mehrsprachigkeit: Trumpfkarte Europas – Kreativität und Innovation beim Fremdsprachenlernen und -lehren“ mit dem Schwerpunkt „kreative und innovative Nutzung der Mehrsprachigkeit für den weiteren Fremdspracherwerb“ einzureichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die dargestellten Beispiele zeigen, dass die europäische Bildung in allen Bereichen unserer Schule fest verankert ist. Das frühzeitige Erlernen von Fremdsprachen ist ein wesentlicher, aber kein alleiniger Aspekt. Die Entwicklung eines europäischen Bewusstseins ist grundlegende Aufgabe von Schule und dieser Auftrag wird von uns auch so umgesetzt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Udo Pastörs, NPD: Die Leute gehen trotzdem nicht zur Europawahl. Das nützt nichts.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin Schwesig.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Vizepräsident Herr Bluhm für die Fraktion DIE LINKE.

Andreas Bluhm, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Koalitionsfraktionen wollen mit diesem Antrag die Europafähigkeit stärken und ausbauen. Dazu sind mit dem Antrag eine Reihe von Einzelmaßnahmen genannt. Allerdings erschließt sich meiner Fraktion die Notwendigkeit dieses Antrages nicht, denn der Paragraph 5 des Schulgesetzes, das gerade beschlossen und verkündet ist und damit gilt, regelt den Grundsatz für die Entwicklung von europäischen Gedanken im Bildungsprozess. Und viele der in Ihrem Antrag genannten Einzelmaßnahmen sind, wenn Sie denn Ihren eigenen Europabericht der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern 2007/2008 vom 02.05.2008 auf der Landtagsdrucksache 5/1452 gelesen hätten, bereits enthalten. Dort sind Aufgabenstellungen zum Beispiel für den Fremdsprachenunterricht an den allgemeinbildenden Schulen, für die Lehrerfort- und Lehrerweiterbildung, für die Schaffung einer europäischen Regionalschule im Rahmen des EdGate-Projektes und so weiter und so weiter vorgesehen.

Offensichtlich ist aber wohl, dass der Ausbau und die Stärkung der Europafähigkeit der Schulen bei uns im Land nicht so recht vorankommen. Da könnte ein neuer Antrag zwar ein wenig Ablenkung schaffen, aber das Problem nicht wirklich lösen. Einen Beleg dafür, dass es mit der Erfüllung der Aufträge nicht so doll sein kann, sieht man an der Umsetzung des Projektes „Europä-

ische Regionalschule“. Im Januar 2007, also vor zwei Jahren, gab es dazu mit dem Koordinator des Bildungsprojektes EdGate eine Beratung in Schwerin. In der SVZ vom 20.02.2007 konnte man lesen, dass Mecklenburg-Vorpommern zu den Ersten gehören möchte, die dieses Konzept umsetzen wollen. Ein Jahr später, also vor gut einem Jahr, hat der Minister in seiner Landtagsrede zum Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs 2008 am 31. Januar dazu ausgeführt, ich zitiere: „Eine Reihe von Schulen in Mecklenburg-Vorpommern erfüllen bereits Teile“ dieses European Regional College Conception. „2008 wird daran weitergearbeitet, das beschriebene Schulmodell in ausgewählten europäischen Regionen auch in Mecklenburg-Vorpommern zu etablieren.“ Ende des Zitats.

Nun, was das produktive Lernen betrifft, sind Anfänge gemacht worden. Das leugne ich nicht. Aber was die anderen Bestandteile, die Frage der Förderung der Sprachentwicklung, das interkulturelle Lernen und so weiter betrifft, wurde das weitgehend außen vor gelassen. Ich verstehe die Intention des Antrages von SPD und CDU als Aufforderung an den Bildungsminister, seinen Ankündigungen auch in diesem Fall nun endlich Taten folgen zu lassen.

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Was das Verhältnis von Ankündigung und Taten betrifft, ist die Bilanz ohnehin sehr mager. Angekündigt sind, ich nenne hier nur die wesentlichen Punkte aus dem Bereich der Bildung, ein Lehrerbildungsgesetz, die große Novelle des Landeshochschulgesetzes, ein Programm für junge Lehrer, wie man es der Presse vom 04.03. entnehmen konnte, eine Arbeitsgruppe zur Erhöhung der Attraktivität des Lehrerberufes, die Ausgestaltung des Lehrerbildungszentrums Rostock und des Instituts für Qualitätsentwicklung, Deregulierung, Fremdsprachenkonzept, nachvollziehbare Ergebnisse der Kooperation und schulischen Zusammenarbeit mit anderen europäischen Ländern, insbesondere nach den Dienstreisen des Ministers zum Beispiel nach Frankreich und Italien. Für eine halbe Legislaturperiode ist das zu wenig, für die verbleibende Zeit wohl aber zu viel. Nun ja, wie hatte es der Minister im März 2007 formuliert, ich zitiere: „In den kommenden fünf Jahren wird es eine Phase der konstruktiven Ruhe und Konsolidierung geben.“ Ende des Zitats.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es stellt sich für mich bei diesem Antrag auch die Frage, was die Schulen noch alles in den Rahmenplänen berücksichtigen sollen. Ich nenne hier nur exemplarisch, die Wirtschaft will mehr volks- und betriebswirtschaftliches Wissen, Sie haben per Antrag auf der letzten Landtagsitzung mehr Kenntnisse über Datenschutz und Urheberrecht an Schulen gefordert, die Sozialministerin will mehr Kenntnisse über gesunde Ernährung, der Feuerwehrverband will Brandschutz, natürlich mehr politische Bildung und, und, und. Mit diesem Antrag kommt nun auch noch die Vermittlung von Grundkenntnissen über die europäische Geschichte sowie die Funktion und Arbeitsweise der Europäischen Union explizit hinzu.

In Ihrem Antrag formulieren Sie, das soll in den Lehrplänen verankert werden. Das soll die Landesregierung tun. Nun mal fachlich: Nicht erst seit der gerade vollzogenen Schulgesetznovellierung gibt es auf Landesebene Rahmenpläne. Außerdem warne ich davor, die Anforderungen an den Bildungsauftrag der Schule und die damit

verbundene Vermittlung von Kernwissen und Kernkompetenzen durch eine ausufernde Beliebigkeit zu ersetzen. Mit dem beschlossenen Schulgesetz vor wenigen Wochen sind es jetzt doch die Schulen, die im Rahmen ihrer neuen Selbstständigkeit aufgefordert sind, diese Anforderungen in schulinternen Lehrplänen umzusetzen, und nicht die Landesregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren der Koalition.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Barbara Borchardt, DIE LINKE: Richtig.)

Die Forderung in Ziffer 4 Ihres Antrages, verstärkt Anstrengungen zu unternehmen, den bilingualen Unterricht an der weiterführenden Schule zu stärken, ist nichts weiter als eine Absichtserklärung, solange Sie den Schulen dafür nicht die zusätzlichen Stunden zur Verfügung stellen. Davon ist aber in dem Antrag überhaupt nicht die Rede.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
So ist es. Genauso ist es.)

Ich vermute, die Schulen sollen das im Rahmen ihrer Selbstständigkeit eigenverantwortlich regeln und umsetzen.

(Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Zusätzliche finanzielle Mittel sind jedenfalls in der Flatrate der schülerbezogenen Stundenzuweisung nicht drin. Und Sie von der Koalition, meine Damen und Herren, müssen schon die Frage beantworten, wie bei einer Ausweitung des bilingualen Unterrichts Schülerinnen und Schüler bei einem Schulwechsel ihre Fremdsprache oder Fremdsprachenkombination fortführen können. Das ist schon heute bei der zweiten Fremdsprache ein Problem, wenn es sich nicht um Englisch oder Französisch handelt. Mit der geplanten freien Schulwahl ab der Klasse 5 wird das alles noch viel komplizierter.

Die Studenten für ein Lehramt in sozialwissenschaftlichen Fächern sollen nach Ihrem Willen zusätzliche Seminare zu den Grundlagen europäischer Politik belegen. Gut. Warum aber die Beschränkung auf sozialwissenschaftliche Fächer? Das widerspricht Ihrem erheblich weiter gehenden Ansatz in der Begründung. Dort betonen Sie die Wichtigkeit für das gesamte Bildungssystem und die gesamte Gesellschaft. Das müsste für die Lehrerbildung wohl dann zuerst und allgemein gelten, nicht nur für die sozialwissenschaftlichen Fächer.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bereits bestehende Europaschulen sollen ausgebaut und neue zu diesem Konzept ermutigt werden, so Punkt 1. Das wird vor allem die Schulen freuen, die bereits große Erfahrungen im deutsch-polnischen Grenzraum gesammelt haben. Dazu gehören beispielsweise die deutsch-polnischen Gymnasien in Heringsdorf und Löcknitz. Diese kämpfen allerdings seit Jahren um ihr Überleben, weil die polnischen Schülerinnen und Schüler bei der Mindestschülerzahl für die Eingangsklassen nicht mitgezählt werden. Deshalb hatte meine Fraktion in den Beratungen zum Schulgesetzentwurf auch einen Änderungsantrag zu Paragraph 45 eingebracht, der vorsah, dass die polnischen Schülerinnen und Schüler zu berücksichtigen wären. Der wurde jedoch abgelehnt. So europafreundlich wollen Sie denn doch nicht sein, wenn es Geld kostet.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –

Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Nein.)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir werden im Juni die Europawahlen haben. Daher ist es sicher günstig, mit solchen Anträgen eine Plattform zu haben, die den Kandidaten der eigenen Partei die Möglichkeit eröffnet, sich zu äußern.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Na, das ist Zufall.)

Viel wichtiger ist allerdings, wenn es Ihnen mit dem Wissen um Europa und die Europäische Union wichtig ist, selbst etwas zu tun. Aufforderungen an die Landesregierung sind das eine, unsere Verantwortung und Möglichkeiten als Politiker das andere. Ich würde deshalb statt des Antrages eine Eigenverpflichtung anregen: Wir als Abgeordnete der demokratischen Parteien erklären uns bereit, einmal jährlich an allen Schulen des eigenen Wahlkreises eine Stunde zu europäischen Themen zu geben,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das wäre konsequent.)

anders als das mit der Unterstützung in diesem Jahr durch das Bildungsministerium für den Montag vorgesehen ist. Wenn das vernünftig organisiert würde, wäre das ein echter Beitrag.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ich würde auf zwei Stunden erhöhen.)

Diesen Antrag können wir jedoch nur ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Bluhm.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Vizepräsident Herr Kreher für die Fraktion der FDP.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann viele Kritikpunkte, die mein Vorredner hier vorgebracht hat, teilen. Allerdings geht es mir um die Grundtendenz dieses Antrages, nämlich im Land ein Klima zu schaffen, das dazu beiträgt, dass wir alle viel deutlicher sehen, wie wichtig die Einbindung unseres Bundeslandes und Deutschlands in die Europäische Union ist. Deshalb, meine Damen und Herren von den LINKEN, überlegen Sie bitte noch einmal, welches Zeichen Sie geben, wenn Sie jetzt gegen diesen Antrag stimmen.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion
DIE LINKE – Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Das nützt ja gar nichts. Gar nichts nützt das.)

Meine Damen und Herren von den LINKEN, Sie selbst haben bei Ihrem vergangenen Vertretertag erlebt, dass bestimmte realistische Kräfte zu Europa in Ihren Kreisen keine Chance mehr haben.

(Gino Leonhard, FDP: Ja.)

Und deshalb, meine Damen und Herren, wenn Sie das jetzt hier machen, wenn Sie so damit umgehen,

(Regine Lück, DIE LINKE:
Das können Sie beurteilen, ja?)

dann setzen Sie dieses Zeichen, Europa ist uns nicht so wichtig, fort.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Das ist eine Unterstellung. – Zuruf
von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Es mag eine Unterstellung sein, aber es kommt so heraus. Überlegen Sie deshalb bitte noch einmal, ob Sie das so machen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ja, wenn man so selektiv hinhört wie
Sie, dann kommt man dahin. – Zuruf
von Irene Müller, DIE LINKE)

Sicherlich ist das, Herr Bluhm, was Sie gesagt haben, wirklich ein Anspruch. Deshalb ist es trotzdem gut, was Sie hier hervorgebracht haben in Richtung Regierung. Das ist ernst zu nehmen. Zu Ihrer Kritik, die Sie vorgebracht haben,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

dass wir nicht Schulen mit allen möglichen Dingen überfordern können und deshalb die Verantwortung insgesamt für dieses Problem tragen müssen,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Dann hätte man eine Entschließung
machen müssen hier in Europa.)

gebe ich Ihnen vollkommen recht.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion
DIE LINKE – Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Das ist doch so ein Quatsch! – Zuruf von
Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Ob dieser Weg nun ein Antrag ist, der vielleicht nur zur Profilierung für die Wahl dienen soll, darüber gehen wir hinweg, wenn es zum Schluss der guten Sache dient.

(Irene Müller, DIE LINKE: Aha?!
Und dann lehnen Sie unsere Anträge ab? –
Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Wir sind sehr kritisch mit diesem Antrag umgegangen. Wir haben auch überlegt, ob wir ihn lieber ablehnen sollten.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Aha?!)

Aber wir haben trotzdem die Grundtendenz gesehen. Das Entscheidende für uns ist, wo wollen wir hin in diesem Land? Und dass Europa für uns in vielen Bereichen Vorteile bringt, dass Mecklenburg-Vorpommern wieder in der Mitte Europas ist und im Ostseeraum durch Europa große Chancen hat, all diese Dinge sollten wir doch sehen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Wer hat denn daran Zweifel, Herr Kreher? –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Das sollten wir den Schulen und unseren Schülern vermitteln, und zwar in den verschiedensten Bereichen, nicht nur an Europaschulen. Das ist eine Gesamtaufgabe, die dabei mit zu sehen ist.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sehr richtig.)

Und deshalb, meine Damen und Herren, werden wir den Antrag hier nicht kleinlich ablehnen, sondern sagen: Jawohl, die Richtung ist richtig, und deshalb stimmen wir

der ganzen Sache zu. – Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und FDP –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Großartig!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Kreher.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Lüssow für die Fraktion der NPD.

Birger Lüssow, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sie wollen die Europafähigkeit unserer Schulen stärken. Das muss man sich mal auf der Zunge ergehen lassen.

(allgemeine Unruhe –
Angelika Peters, SPD: Zergehen!)

Gehen Sie doch mal, Herr Jäger, an eine Schule und unterhalten Sie sich mit einem Schüler und mit einem Lehrer und fragen Sie ihn: Für wie europafähig halten Sie Ihre Schule?

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Die werden sich an den Kopf fassen und Sie fragen, ob Sie keine anderen Sorgen haben. Unsere Schulen leiden an Lehrermangel, unsere Schulen leiden an Stundenausfällen, die Schulgebäude müssten renoviert werden, das Unterrichtsmaterial ist veraltet. Die Lehrer haben Probleme, die Schüler für die Zukunft zu motivieren, weil sie keine Zukunft haben.

(Beate Schlupp, CDU: Wir haben
so viele moderne Schulen.)

Und Sie stellen sich hier hin und produzieren Sprechblasen. Die Europaschulen in M-V sollen beim Aufbau ihres Profils unterstützt werden. Ich denke, Sie wollen die freie Schule. Der Begriff „Europaschule“ ist völlig beliebig und damit passt er zu jeder Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Wozu soll man denn europafähig werden? Machen Sie die Schulen zukunftstauglich, machen Sie die Gesellschaft zukunftstauglich, damit die Zukunft der Schulabgänger nicht Hartz IV heißt!

(Jörg Heydorn, SPD: So wie Sie? Schlagstöcke,
Pfefferspray, Bürodienstleistungen!)

Für Hartz-IV-Empfänger ...

Bist fertig?

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion der NPD)

Für Hartz-IV-Empfänger ist Europa nämlich genauso weit weg wie für Sie eine Spritztour auf den Mars.

„Das Zusammenwachsen Europas bringt neue Möglichkeiten“, schreiben Sie in Ihrer Begründung. Ja, besonders für Arbeitsplatzzerpresser, die den freien Markt dafür nutzen, um billige Arbeitskräfte zu entwurzeln und wie eine Ramschware über die Grenzen hinweg zu verschieben. Das, was in Brüssel gemacht wird, bestimme unser Leben, schreiben Sie. Na, dann sagen Sie doch den Schülern, dass Sie hier in der Regierung, im Landtag weitgehend überflüssig sind, weil in Brüssel nicht gewählte Gremien uns hier im Landtag weitgehend vorschreiben, was wir zu tun und zu lassen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Oder meinen Sie mit Europafähigkeit EU-Fähigkeit? EU, das steht für „einfach unterdrücken“. Die Völker werden durch die EU gleichgeschaltet und die Marktinteressen den globalen Heuschrecken untergeordnet.

(Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

EU-fähig heißt dann, die Schüler haben die Klappe zu halten und zu konsumieren. So funktionieren ja auch Ihre Programme gegen Rechts. Diskutieren ist nur erlaubt, solange man sich der Meinung des Lehrers anschließt oder der des mobilen Beratungsteams.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Europafähig, das ist dann für Sie, auf das Glaubensbekenntnis der neuen Holocaust-Religion einzustürmen und den britischen Bischof Williamson ins demokratische Höllenfeuer zu schicken, weil er zweifelt. Auf Ihre Europafähigkeit können die Schüler in Mecklenburg-Vorpommern getrost verzichten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Erzählen
Sie uns mal, ob Sie auch zweifeln.)

Was sind europäische Inhalte, die Sie da beschwören? Meinungsfreiheit und Aufklärung jedenfalls nicht. Denn im modernen Europa wird ja wieder Glaubensverfolgung betrieben, wie wir ja mit der Piusbruderschaft gesehen haben. Im Europa des 21. Jahrhunderts herrscht das Ritual, statt das diskutiert würde. Für uns Nationalisten sind die europäischen Wurzeln die Aufklärung und der Idealismus. Aus ihm entstanden nämlich die Nationen. Stärken wir erst mal die Deutschlandfähigkeit unserer Schulen, dann können Sie von mir aus mit Ihrem Europa wiederkommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Kuhn für die Fraktion der CDU.

(allgemeine Unruhe)

Das Wort hat jetzt Frau Lochner-Borst. Dann ist das hier vorne verkehrt eingespeist worden, Entschuldigung.

Iika Lochner-Borst, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Werner Kuhn hat in seiner Einbringungsrede schon einiges zum europäischen Kerngedanken gesagt. Und, Herr Lüssow, wenn Sie ihm zugehört hätten, hätten Sie vielleicht an dieser Stelle etwas lernen können,

(Stefan Köster, NPD: Lernen! –
Zuruf von Angelika Peters, SPD)

denn Frieden, Sicherheit und Stabilität, das ist es, was wir in Europa erreichen wollen, noch mehr als heute, und was Sie und Ihre Vorgänger gerne vernichten würden.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Was heute in Brüssel geschehen kann, und das sollten besonders Sie sich vor Augen führen,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Stefan Köster, NPD: Das ist Korruption.
Brüssel ist Korruption.)

das ist eines der erfolgreichsten Friedensprojekte der Geschichte.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Nationen, die sich einmal bekämpft haben, arbeiten heute zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger zusammen. Dass das der nationalsozialistischen Muppet Show in unserem Landtag nicht gefällt, haben wir mittlerweile alle mitbekommen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sehr gut.)

Meine Damen und Herren, damit die jungen Menschen in unserem Land den europäischen Gedanken leben und verstehen können, müssen wir europäische Geschichte und die Funktions- und Arbeitsweise der Europäischen Union stärker in den Lehrplänen verankern.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber nicht nur die Schülerinnen und Schüler müssen dies lernen, auch angehende Lehrerinnen und Lehrer müssen in ihrem Studium mehr als nur die Modularisierung ihrer Studiengänge über Europa erfahren. Denn es wird unter anderem ihre Aufgabe sein, Herr Bluhm, junge Menschen auf Europa vorzubereiten.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das hat
doch was mit Hochschulautonomie zu tun.)

Die Lehrer- und Lehrerinnenausbildung wird also künftig stärker europarelevant und fremdsprachlich ausgerichtet werden. Neben den Grundlagen der europäischen Politik gehört auch ein europaorientiertes Schulmanagement dazu. Das heißt, zielorientiert mit Schulpartnerschaften, Schüleraustausch und multilateralen Projekten zu arbeiten. Es ist dringend notwendig, die fremdsprachliche Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer begleitend zu den Studienfächern auszubauen. Denn dies ist eine wesentliche Grundvoraussetzung für den von Ihnen angesprochenen bilingualen Unterricht, den wir in der Tat, wie Sie unserem Antrag entnehmen können, stärken wollen. Und bilingualer Unterricht findet im Fachunterricht statt, Herr Bluhm. Also muss ich dazu nicht unbedingt mehr Stunden zur Verfügung stellen.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Na ja!)

Aber darüber können wir uns gerne noch mal unterhalten.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Nun haben ja Mathematiklehrer
wirklich Englischfähigkeiten.)

Deshalb soll er es ja im Studium lernen.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja?)

Ja.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Was
machen wir denn mit den jetzigen?)

Was die bestehenden Europaschulen betrifft, wird derzeit gerade länderübergreifend an einem Kriterienkatalog gearbeitet, der bundesweit gelten soll. Dieser Katalog soll künftig die Vergleichbarkeit der Schulen gewährleisten, ihre Arbeit auf einer soliden Basis validierbar machen und erstellt ein Instrument dar, die Europafähigkeit von Europaschulen zu messen.

(Udo Pastörs, NPD: Die Europäigkeit.)

Sie mit Ihren Sprachartisten halten jetzt besser mal den Mund, Herr Pastörs!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD und CDU – Heiterkeit bei
Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Stefan Köster, NPD)

Außerdem halten wir es für zielführend, sprachliche Leistungen und europarelevante Aktivitäten zu zertifizieren.

Meine Damen und Herren, ich sage es zum Ende noch mal: Europa, das ist Frieden, Sicherheit und Stabilität, das sind aber auch Chancen und Möglichkeiten für gut ausgebildete junge Menschen aus unserem Land.

(Stefan Köster, NPD: Stempel drauf! Bum!)

Europa ist kulturelle und sprachliche Vielfalt, Herr Pastörs, von der Sie gar nichts halten, das wissen wir.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der war nur in
Afrika und hat die armen Leute ausgebeutet.)

Und diese Vielfalt wollen wir an die jungen Menschen in unseren Schulen weitergeben. Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Anträge der Koalition sind immer sehr gut. –
Andreas Bluhm, DIE LINKE: Nur heiße Luft.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Lochner-Borst.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/2253. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer Enthält sich? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/2253 bei Zustimmung der Fraktionen der SPD, CDU und FDP, Gegenstimmen der NPD und Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 31:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Umsetzung des Personalkonzeptes für die Landesverwaltung, auf Drucksache 5/2265.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Umsetzung des Personalkonzeptes
für die Landesverwaltung
– Drucksache 5/2265 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Schwebs für die Fraktion DIE LINKE.

Birgit Schwebs, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 28. Januar 2005 hat die damalige rot-rote Landesregierung das Personalkonzept 2004 für die Landesverwaltung beschlossen. Mit der Umsetzung dieses Konzeptes sollte eine vergleichbare Stellenausstattung wie in den westlichen Flächenländern angestrebt werden. Es sah vor, mittelfristig etwa 10.500 Stellen bei Landesbeamten und Angestellten abzubauen, denn Anfang 2004 waren in Mecklenburg-Vorpommern immerhin noch 42.219 Stellen in der Landesverwaltung registriert.

Der im Zusammenhang mit dem Personalkonzept stehende Tarifvertrag schließt bis 2010 betriebsbedingte Kündigungen zur sozialen Absicherung aus, um den Personalabbau sozial verträglich zu gestalten. Darüber sind wir froh. Aber ich erinnere auch daran, dass die Angestellten der Landesverwaltung im Gegenzug eine Absenkung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich hinnehmen mussten. Nach dem noch geltenden Konzept wurde der Personalbestand aufgeteilt in Personal für sogenannte Regelaufgaben und in sogenanntes Überhangpersonal. Das war gewiss kein einfacher und unumstrittener Prozess in der Verwaltung. Und er war und ist auch mit gewissen Härten für die betroffenen Beschäftigten verbunden. Frei werdende Stellen in der Landesverwaltung sollten danach, so war die Vereinbarung, vorrangig durch die Überhangbeschäftigten besetzt werden, die dafür dann gegebenenfalls entsprechend qualifiziert werden sollten.

Aber, meine Damen und Herren, es ging im Personalkonzept auch um Neustrukturierungen, die sich insbesondere aus der damaligen Aufgabenkritik und der Organisationsoptimierung ergeben haben, es ging um veränderte Abläufe in den Häusern, bedingt durch den technologischen Wandel, und das alles unter den Stichworten Internet, Intranet, IT-Konzept.

Die Entwicklung des Personalkonzepts ist natürlich nicht abgeschlossen, weil es ständig neue Erkenntnisse, Anforderungen oder politische Entscheidungen gibt. Auch der Standortwettbewerb spielte damals als Argument eine Rolle und die sich daraus verändernden Aufgaben. Da interessiert uns natürlich: Wo stehen wir denn jetzt? Wie schätzen wir unsere Position ein? Denken wir beispielsweise an die viel diskutierte Kommunalisierung von Aufgaben oder die Funktionalreform, von der wir ja nun nicht mehr so genau wissen, was daraus wird.

Wir finden trotzdem, meine Damen und Herren, es ist an der Zeit, dass das Parlament ganz aktuell von der Landesregierung darüber unterrichtet wird und diese Unterrichtung in den Ausschüssen diskutiert wird, wo wir heute mit dem Personalkonzept stehen, wie es umgesetzt wird und welche neuen Überlegungen und Anforderungen es gibt, die auch eine Fortschreibung erforderlich werden lassen. Mit einer solchen Unterrichtung müssten wir uns befassen, so meint meine Fraktion, noch bevor der Entwurf des neuen Doppelhaushaltes das Parlament erreicht.

Wir sind schon der festen Überzeugung, dass es gute Gründe gibt, das Personalkonzept zu prüfen und fortzuschreiben. So haben sich die Rahmenbedingungen gegenüber 2005 verändert. Neben den finanziellen Rahmenbedingungen hat zum Beispiel auch der Bevölkerungsrückgang einen großen Einfluss auf die qualitative und quantitative Aufgabenerfüllung durch die Landesverwaltung und den dafür erforderlichen Personaleinsatz oder ob und in welchem Umfang man eine Funktionalreform durchführen will. Es ist ebenso an der Zeit, genau zu prüfen, ob sich der Bedarf an neuen Einstellungen verändert hat. Muss man nicht darüber nachdenken, geplante Neueinstellungen eventuell sogar vorzuziehen, um junge Leute – hier im Land ausgebildete junge Menschen – im Lande zu halten? Sind die vorgesehenen Einstellungskorridore überhaupt noch angemessen? Haben sie sich bewährt? Wie sieht es aus im Bereich der Aus- und Weiterbildung? Welche Schwerpunkte sind hier kurz- und mittelfristig zu realisieren,

welche sind bereits umgesetzt worden? Welche neuen Erfordernisse werden an die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestellt? Und, und, und. Fragen über Fragen, die sich seit 2005 angehäuft haben und die wir gemeinsam diskutieren sollten.

Meine Damen und Herren, wir sind der festen Überzeugung, dass sich die Personalentwicklung zuallererst an den Aufgaben und dann am Durchschnitt anderer vergleichbarer Länder orientieren muss, denn letztlich geht es doch darum, welche personelle Mindestausstattung das Land benötigt, um den derzeitigen und absehbaren Aufgabenbestand in guter Qualität erfüllen zu können. In dieser Hinsicht ist das Konzept weiterzuentwickeln, und wenn es nach uns geht, im Dialog von Regierung und Parlament unter Einbeziehung der demokratischen Opposition.

Sollten Sie aber, meine Damen und Herren aus den Koalitionsfraktionen, unseren Antrag ablehnen, dann werden wir zeitnah in den Ausschüssen im Rahmen des Selbstbefassungsrechtes die Diskussion zum Personalkonzept auf die Tagesordnung rufen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Schwebs.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat die Finanzministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Polzin.

Ministerin Heike Polzin: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Schwebbs, ich bedanke mich für die umfassende ...

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Schwebs, bitte!)

Das habe ich jetzt so viele Jahre falsch gesagt. Muss ich das auf meine alten Tage jetzt noch richtig machen?

Sehr geehrte Frau Schwebs, ich bedanke mich für Ihre Einbringung, denn die führt dazu – da Sie wirklich sehr ausführlich dargestellt haben, was uns damals bewogen hat, welche Parameter wir angelegt haben –, umfassend darauf einzugehen, wie diese ganze Schiene aufgebaut wurde. Denn viele von uns waren schon zu diesem Zeitpunkt dabei, auch getrieben von Notwendigkeiten. Insofern kann ich jetzt tatsächlich dazu übergehen zu sagen: Wie schätzen wir bis jetzt die Entwicklung ein? Denn dieses Personalkonzept mit dem Abbau von 10.000 Stellen war ein sehr ehrgeiziges und weitreichendes Konzept. Es hat unsere Landesverwaltung nachhaltig geprägt und tut dies auch immer noch. Ich meine, man kann heute sagen, dass das Personalkonzept der entscheidende Erfolgsfaktor schlechthin war für die Konsolidierung unseres Landeshaushaltes.

Für eine Debatte über Bewertung und Ausblick erscheint es mir aber auch notwendig, noch einmal an den Grundgedanken des Konzeptes zu erinnern. In einer sehr schwierigen finanzpolitischen Situation wurden damals verschiedene Reformmaßnahmen eingeleitet. Unter anderem überprüfte man die Struktur der Landesverwaltung im Rahmen von detaillierten Vergleichsstudien mit westdeutschen Flächenländern, dies immer aufgabenbezogen. Es stellte sich heraus, dass wir einwoh-

nerbezogen deutlich mehr Personal beschäftigen als die Vergleichsländer. Im Jahr 2004 verfügten wir über 24,3 Landesbedienstete je tausend Einwohner, die westlichen Flächenländer nur über 19,5. Wenn wir in Mecklenburg-Vorpommern also langfristig eine Zukunft aus eigener Kraft haben wollen, muss es unser Ziel sein, eine ähnlich effektive Verwaltungsstruktur zu erreichen wie in den vergleichbaren alten Bundesländern.

Das Personalkonzept sieht und sah also diese 10.000 Stellen zum Abbau vor. Das ist immerhin ein Viertel des damaligen Personalbestandes. Alle Einsparvorgaben erfolgten nicht pauschal, sondern wurden sorgfältig hergeleitet und innerhalb der Verwaltung intensiv abgesprochen. Zwar hat man damals kein eigenes Gesetz beschlossen, dafür aber wurden sehr intensiv Gewerkschaften und Interessenvertreter in diesen Prozess mit einbezogen.

Die Umsetzung ist mit wenigen Ausnahmen sachlich und geräuschlos erfolgt. Die zentrale Schlichtungsstelle wurde nur in rund fünf Prozent der Überhangzuordnungen angerufen und es gab bisher keine einzige gerichtliche Auseinandersetzung. Sogar noch mehr, ich erinnere mich daran, dass Gewerkschaften natürlich die Teilzeit nicht als den großen Hit empfanden und es da auch etliche Vorbehalte gab. Vor allem im Bereich der Hochschulen und der Polizei ist es thematisiert worden und manche Sätze von Herrn Silkeit habe ich heute fast noch im O-Ton parat.

Heute aber, zu diesem Zeitpunkt, kommen vermehrt Bitten an mich heran, dass man dieses Teilzeitkonzept fortführt. Wohlgermerkt, wir haben vereinbart, 2010 ist das beendet mit der Teilzeit, das ist dieser Zeitraum gewesen, aber Beschäftigte haben auch gemerkt, dass es im Grunde sehr gut mit ihrer Familie und mit ihren privaten Planungen in Übereinstimmung zu bringen ist, diese Teilzeit, die man ja auch im Block bekommen kann, mit ihrem Berufsleben zu verbinden. Also von der anfänglichen völligen Ablehnung bis heute ist ein langer Weg gegangen worden und die Situation hat sich auch aus dem Blickwinkel der Beschäftigten schon sehr entspannt. Wir haben diese Entspannung mithilfe eines guten Regelwerkes, konstruktiver Arbeit der Ressorts und eines kleinen Teams im Personalmanagement erreicht. Dieses Team ist mehrfach im Finanzausschuss gewesen und ich glaube, wir konnten die konsequente und auch einfühlsame Arbeit von PEM immer gut begleiten. In anderen Ländern wurden hingegen große Behörden mit dem Ergebnis geschaffen, dass man sich dort nun vor Gericht streitet.

Entscheidend für diesen kooperativen Verlauf war mit Sicherheit auch die Sozialverträglichkeit des Konzeptes. Bis zum Jahresende 2010 genießen die Angestellten des Landes Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen. Aber das Personalkonzept verläuft nicht nur im Verfahren, sondern auch in der Sache sehr erfolgreich. Vom Beginn des Konzeptes bis Anfang dieses Jahres haben wir rund 6.500 Stellen eingespart, weitere 700 folgen noch im Laufe des Jahres. Damit liegen wir im vorgesehenen Zeitplan und die Erfolge sind schon jetzt im Haushalt deutlich sichtbar.

Von den rund 1.000 Stellen von sogenannten Überhangbeschäftigten, also von den Beschäftigten, die nicht zum neu definierten Kernbereich unserer Verwaltung gehören, haben wir bisher rund 200 wieder auf Kernstellen zurückführen können. Mit dem Abschluss von Umschu-

lungsmaßnahmen von Waldarbeitern zu Straßenwärtern wird sich der Anteil auf rund 32 Prozent erhöhen. Und mit der nach Mecklenburg-Vorpommern gehalten bundesweiten Zuständigkeit für die Besteuerung der Rentner im Ausland ergeben sich weitere, zunächst befristete Kernstellenangebote.

Wir haben dieser Gruppe von Beschäftigten im sogenannten Überhang einiges zugemutet, und dies ist auch weiterhin nicht völlig auszuschließen. Aber wir haben auch etlichen von ihnen neue Hoffnung geben können. Nur mal ein Beispiel: Frau J. arbeitete als Köchin in der Küche des Landeskriminalamtes. Nach der Schließung der Küche wurde sie Reinigungskraft im LKA. Alle Reinigungskräfte erhielten schließlich die Mitteilung, dass sie dem Überhang zugeordnet werden. In dieser Phase der persönlichen Unsicherheit bekam Frau J. vom Personalmanagement das Angebot, als Servicekraft in einem Landesmuseum zu arbeiten. Hier suchte man jemanden mit einer Ausbildung im Gastronomiegewerbe und man konnte Frau J. dem Wunsch entsprechend in ihren eigentlichen Ausbildungsberuf vermitteln. Wie Sie sehen, stehen hinter jeder großen Zahl viele kleine persönliche Schicksale. Wir sind uns dieser Verantwortung sehr bewusst und werden ihr auch zukünftig entsprechen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eins möchte ich abschließend betonen: Die Umsetzung des Personalkonzeptes war ein harter, aber notwendiger Schritt, doch die Zeit bleibt nicht stehen. Unsere Einwohnerzahl verringert sich weiter, gleichzeitig verschlanken auch die alten Bundesländer ihre Verwaltung immer weiter. Das bedeutet, dass wir auch in Zukunft unseren Personalbestand an diese Entwicklung anpassen müssen. Insofern bin ich davon überzeugt, dass es eine modifizierte Fortsetzung des Personalkonzeptes geben muss. Frau Schwebbs, ich denke, Sie haben auch wichtige ...

(Heiterkeit bei Abgeordneten der
Fraktionen der CDU, DIE LINKE und FDP –
Birgit Schwebbs, DIE LINKE: Schwebbs!)

Schon wieder, das hat sich mir eingefräst.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ging noch.)

Das ist Phase zwei, sie hat es auch selbst gemerkt. Frau Schwebbs, wir kommen voran, wiederholen und festigen so lange, bis das funktioniert.

Ich denke, Sie haben auch die geeigneten Parameter, die sich rein zufällig die Landesregierung schon seit Längerem auf den Zettel geschrieben hat, natürlich dabei ins Auge genommen, denn bei einer Modifizierung müssen wir von veränderten Bedingungen ausgehen. Wir müssen davon ausgehen, dass das Thema Teilzeit kein Thema mehr ist. Wir müssen davon ausgehen, dass im Zuge der momentanen Altersabgänge tatsächlich sehr viel genauer hingesehen werden muss, wie wir im Kontext dazu die Ausbildung organisieren, um eigene Kräfte über den Einstellungskorridor zu uns zu bekommen. Ja, wir müssen sogar darüber nachdenken, ob es nicht viel sinnvoller ist, ausschließlich für den eigenen Bedarf auszubilden, denn Sie erinnern sich auch daran, dass wir mit dem 1.000-Lehrstellen-Programm der Landesregierung ja über Bedarf ausgebildet haben, mit der negativen Tendenz, dass dann einige auch nicht übernommen wurden.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Aber wir haben gesagt, wir wollen
zunächst erst mal ausbilden.)

Wir haben natürlich damit kompensiert, was die Wirtschaft nicht leisten konnte. Aber auch hier gibt es, denke ich, veränderte Bedingungen, und es wäre der wichtige Punkt, zielgenau zu sehen: Welche Berufe, welche Ausbildungsrichtungen brauchen wir und können wir sie dann anschließend bei entsprechender Leistung auch übernehmen?

Im Rahmen der Eckdatenberatung zum Haushaltsplanentwurf 2010/2011 am 28. April werde ich dem Kabinett erste Vorstellungen dazu vorlegen. Im Anschluss daran wird der Finanzausschuss selbstverständlich umfassend über den Sachstand der Umsetzung und die Vorschläge zur Fortsetzung des Personalkonzepts informiert werden.

Wie Sie sehen, meine Damen und Herren, ist das Ansinnen der Antragsteller bereits durch Regierungshandeln vorweggenommen,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Wie immer.)

sodass man den Inhalt des Antrages doch nicht als erledigt, aber zumindest die Aufforderung als erledigt betrachten kann.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Es ist wie immer: Hase und Igel.)

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Löttge für die Fraktion der CDU.

Mathias Löttge, CDU: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren!

Liebe Frau Schwebs! Liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE! Wir sind ja gar nicht so weit auseinander. Manchmal kann man das, denke ich, auch mal so sagen. Tatsächlich wollen Sie, dass die Landesregierung aufgefordert wird, über den Sachstand zur Umsetzung und über Erfordernisse zur Fortschreibung des Personalkonzeptes 2004 für die Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern zu unterrichten. Nun stellt sich für uns natürlich die Frage: Warum wollen Sie eigentlich die Landesregierung zu etwas auffordern, was sie ja von sich aus schon tut?

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ich kann es nicht mehr hören. Das ist praktisch
unglaublich. Sie stellen nur solche Anträge. –
Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Herr Methling, ob Sie es hören können oder nicht, aber ich glaube,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Warum
lösen Sie halt den Landtag nicht auf?)

gerade der engagierte Vortrag unserer Finanzministerin eben hat deutlich gemacht, wie die Landesregierung es tut.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Es ist doch gut, dass die Ministerin
Auskunft gegeben hat.)

Und ich bin auch ein bisschen verwundert darüber, dass Sie nicht zur Kenntnis nehmen, dass es tatsächlich mehrere Unterrichtungen der Landesregierung zu diesem Thema an den Landtag gegeben hat und regelmäßige Berichterstattung an den Finanzausschuss.

(Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Also insofern bedarf es dieser Aufforderung nicht.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist ja alles klar. – Zuruf von
Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, das durch die Landesregierung am 28.01.2005 beschlossene Personalkonzept 2004 wird nach wie vor planmäßig umgesetzt. Die eingeleiteten Maßnahmen zeigen Wirkung und auch entsprechende Erfolge. Das Land beschäftigt heute im Vergleich zum Jahr 2004 6.500 Mitarbeiter weniger und weitere 3.500 Stellen sollen eingespart werden. Ziel war es zum einen, die Personalausstattung an die Standards finanzschwacher Flächenländer West anzupassen, aber, meine Damen und Herren, gleichzeitig auch eine entsprechende Qualität in der Verwaltung zu garantieren und eine permanente Akzeptanzerhöhung für dieses Personalkonzept zu erhalten.

Meine Damen und Herren, die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD haben sich unter der Ziffer 333 ihrer Koalitionsvereinbarung entsprechend verständigt. Lassen Sie mich zitieren: „Ziel der Koalitionspartner ist die Anpassung der Stellenausstattung an die der westlichen Flächenländer. Das Personalkonzept 2004 wird planmäßig umgesetzt. Grundlage dafür ist eine Aufgabenkritik in der Verantwortung der jeweiligen Ressorts. Die Koalitionspartner sind sich einig, Möglichkeiten zur Erhöhung der Akzeptanz des Landespersonalkonzeptes zu prüfen. Im Jahre 2009 wird mit der Überprüfung begonnen, in welchem Umfang eine Fortschreibung des Personalkonzeptes erforderlich ist. Der notwendige Stellenabbau wird im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Landes sozialverträglich abgedeckt. Die Konsolidierung des Personalkörpers wird durch eine gezielte Personalentwicklung begleitet. Sie soll sicher stellen, dass die Verwaltungsaufgaben dauerhaft in hoher Qualität erfüllt werden können.“

Ich frage mich: Was wollen wir mehr? Genau das ist unser Ziel, es scheint auch Ihr Ziel zu sein. Wir werden sicherlich weiterhin konsequent gemeinschaftlich an der Umsetzung arbeiten. Die Landesregierung hat das eben deutlich gemacht und auch in verschiedenen Unterrichtungen und Berichterstattungen. Natürlich – und auch darauf hat die Finanzministerin hingewiesen – wird es im Zuge der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2010/2011 eine weitere Diskussion zur Umsetzung und zu den Prüfungsergebnissen geben.

Wir sind also der Meinung, liebe Kollegen der Fraktion DIE LINKE, dass sich für uns nicht so ganz erschließt, warum Sie tatsächlich die Landesregierung zu etwas auffordern wollen, was sie sehr engagiert gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen tut. Insofern werden wir Ihrem Antrag nicht zustimmen. Trotzdem freue ich mich darauf, weiter gemeinschaftlich konsequent an der Umsetzung des Personalkonzeptes zu arbeiten. – Recht herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Löttge.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Leonhard für die Fraktion der FDP.

Gino Leonhard, FDP: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eingangs feststellen, dass die „roten Drähte“ zwischen der SPD-Fraktion und auch der Fraktion der LINKEN offensichtlich nach wie vor funktionieren.

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE,
und Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Nein, nein.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das wird interessant, sprechen Sie weiter.)

Ich will Ihnen gleich sagen, warum wir diesen Antrag ablehnen werden. Die Folgen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Der
schwarz-gelbe Draht ist wohl auch in Ordnung.)

ausschließlich auf die Folgen will ich aufmerksam machen. Die Folgen von acht Jahren rot-roter Personalpolitik lassen sich an zwei exemplarischen Beispielen darstellen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Na, nun bin ich ja gespannt.)

So hat sich zum Beispiel der Innenausschuss unseres Hohen Hauses im Oktober 2008 auf Antrag meiner Fraktion mit der Situation der Polizei in Rostock beschäftigt. Ausgangspunkt war der offene Brief der dortigen Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei aus dem Sommer 2008. Die Anhörung, meine sehr verehrten Damen und Herren, in welcher Gewerkschaftsvertreter, der Hauptpersonalrat, der Direktionsleiter der Polizei Rostock und Vertreter des Innenministeriums zu Wort kamen, hat die schwierige Situation, in der sich die Polizisten vor Ort befinden, deutlich zutage treten lassen.

(Hans Kreher, FDP: Genau.)

Die Polizeieinsätze, meine sehr verehrten Damen und Herren, nehmen zu und werden schwieriger. Wir alle wissen auch, aus welchen Gründen diese Einsätze zunehmen. Gleichzeitig erschweren die dünne Personaldecke, der hohe Altersdurchschnitt und eine unbefriedigende Ausrüstungssituation die Durchsetzung von Sicherheit und Ordnung in diesem Land, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das wird sich über kurz oder lang negativ auf die Polizei vor Ort auswirken. Und nur dem herausragenden Engagement – und das will ich heute hier auch mal in dieser Runde sagen –, dem herausragenden Engagement der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten vor Ort ist es zu verdanken, dass die Sicherheit der Bevölkerung, der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land, in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern, bisher nicht beeinträchtigt worden ist.

Leider stehen die Probleme der Polizei in Rostock exemplarisch für die Situation im gesamten Land. Die rot-rote Vorgängerregierung hat einen massiven Stellenabbau in allen Bereichen der öffentlichen Daseinsfürsorge beschlossen, ohne, ja, ohne,

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

ohne, liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE, ohne die verschiedenen Herausforderungen zu beachten. Dieses undifferenzierte Vorgehen wirkt sich bei der Polizei besonders negativ aus und wurde von der neuen Regierung, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, einfach übernommen. Das ist aus Sicht meiner Fraktion fatal. Statt den Mangel zu verwalten, muss die Landesregierung diesen endlich abstellen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Irene Müller, DIE LINKE: Sie
sollten sich untereinander mal absprechen,
was Sie wollen und was Sie nicht wollen.)

Dazu müssen die Personalentwicklungskonzepte, insbesondere für die Polizei, unverzüglich überarbeitet werden.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Und
warum will er jetzt unseren Antrag ablehnen?)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt komme ich auf das Zweite.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das verstehe ich jetzt nicht. – Zuruf von
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Ja, Herr Professor Methling, einen kleinen Moment.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Spagat ist schwierig, ne?)

Ein weiteres Negativbeispiel, wie rot-roter Mangelverwaltung unverändert übernommen wurde, begegnet uns in diesen Tagen in jeder Zeitung,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Jetzt bin ich aber gespannt.)

meine sehr verehrten Damen und Herren: Das ist der Lehrermangel.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Barbara Borchardt, DIE LINKE: Oh!)

Alle streiten darüber,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Jetzt kommt's.)

alle streiten darüber, jeder stellt sich vorne an und sagt, wir wollen mehr Lehrer in diesem Land. Hier agiert,

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Was machen Sie denn dann?)

hier agiert ein

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Na, da kommen wir doch gleich zu.)

hilfloser Bildungsminister.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das stimmt. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ach Gott, ach Gott!)

Wir sprechen leider über jemanden, der hier heute nicht anwesend ist.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sind Sie
vorsichtig! Sie wollen Schwarz-Gelb haben. –
Zurufe von Irene Müller, DIE LINKE,
und Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Das bedauere ich zutiefst.

Statt das bestehende Lehrerpersonalkonzept endlich über Bord zu werfen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ha, ha!)

erwägt er eine Kurzzeitverbeamtung von angehenden Lehrern.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Na das ist genauso falsch.)

Ja.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ihres ist nicht besser, was Sie da vortragen.)

Lieber Kollege Bluhm, völlig richtig, völlig richtig. Wer dem ...

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sie wollten doch die Bereiche nennen,
wo Sie Personal abbauen wollen.)

Herr Professor Methling, lassen Sie mich doch ausreden, dann können Sie.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ach, das kommt noch. Na dann! –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ja.

Wer dem künftigen Lehrermangel mit einer eng befristeten Verbeamtung begegnen will, nimmt weder das Problem noch,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Sie wissen weder, worüber wir reden,
aber das mit ganzer Kraft.)

meine sehr verehrten Damen und Herren, die Lehrerinnen und Lehrer in diesem Land ernst. Schulen, Eltern, Schüler und Lehrer erwarten eine Gesamtlösung. Und Sie haben das auch letztlich in diesem Land zu verantworten und diese Stütze müssen wir ihnen geben. Lehrer erwarten vor allem attraktive Rahmenbedingungen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Dazu gehören die Vollzeitbeschäftigung und eine leistungsgerechte Bezahlung sowie attraktive Arbeitsbedingungen. Viele Lehrer im Land arbeiten immer noch zwangsweise in Teilzeitbeschäftigung. Das wissen wir alle hier in diesem Hohen Hause. Sie arbeiten für ein vergleichsweise geringes Gehalt, reisen zwischen mehreren Schulen hin und her und müssen sich mehr ...

(Dr. Harald Ringstorff, SPD: Was ist denn mit den Lehrern, die die FDP rausgeschmissen hat in der 1. Legislaturperiode, die vielen Tausend? Wissen Sie das?)

Herr Ministerpräsident a. D., ich denke, dass wir bisher immer den Usus hatten, ausreden zu lassen und dann auch reden zu können. Sie haben jederzeit die Chance, Herr Ministerpräsident a. D., Sie haben jederzeit die Chance, hier an dieses Pult zu gehen und zu diesem Tagesordnungspunkt zu reden.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ich warte immer noch auf Ihren Vorschlag,
Herr Leonhard. Das war ja null. –
Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
und Ilka Lochner-Borst, CDU)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, auch uns als Opposition wird nicht immer die Zeit gegeben, reden zu dürfen hier in diesem Hohen Hause, die wir eigentlich benötigen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach so!
Dann müssen Sie mehr Redezeit beantragen.)

Ihre Personalpolitik, meine Damen und Herren von den LINKEN, wirkt fort und gebiert vorwiegend Schlechtes.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Ihr Antrag ist daher ein Schlag ins Gesicht der betroffenen Landesbediensteten,

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

das will ich eindeutig hier mal sagen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Wer war denn in der ersten Landesregierung? –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Kommen Sie endlich zur Vernunft! Wir werden diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Leonhard.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster für die Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Personalkonzept ist das Paradebeispiel für das Leistungsvermögen der politischen Klasse. Seit Anfang der 90er-Jahre hat das Land nur eines im Sinn: Stellen abzubauen. Ein richtiges Konzept, in dem auch vorgesehen ist, wie die Landesregierung die Behörden zum Dienstleister für das Volk umgestalten will, sucht man allerdings vergeblich. Gründliche Arbeit bindet nun einmal Zeit und Personal.

Das aktuelle Personalkonzept ist eine Meisterleistung der Rot-Röter aus dem Jahr 2004. SPD und PDS beschlossen seinerzeit den massiven Stellenabbau in den Landesbehörden. Begründet wurde dieser Stellenabbau mit einem Schlagwort, dessen sich die Etablierten immer bedienen, wenn sie keine Antworten und Lösungsvorschläge auf die drängenden Fragen und Probleme der Gegenwart und Zukunft haben: demografische Entwicklung – also der Vergreisung und dem Aussterben ganzer Landstriche. Anstatt endlich einmal eine Bevölkerungspolitik in Gang zu setzen,

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

deren Folge langfristig eine erhebliche und spürbare Steigerung der Geburtenrate sein müsste, beugt sich die Landesregierung dem selbst verursachten und vielleicht auch gewollten Schicksal.

Noch einmal zur Verdeutlichung: Von 2004 bis 2009 sollten 8.835 Stellen in den Landesbehörden abgebaut werden. Ich wiederhole: 8.835 Mitarbeiter sollte es innerhalb von fünf Jahren weniger geben. Im Ergebnis bedeutet dies einen Abbau von mehr als 20 Prozent und somit auch eine Verringerung der Kaufkraft im Land, vor allem in der Region Schwerin. Was wäre in diesen Zeiten, in denen wir uns jetzt bewegen, von der politischen Klasse nicht alles mit Steuermitteln in Bewegung gesetzt worden, um eine derart hohe Stellenzahl zu erhalten?

Und betrachten wir das Konzept aus dem Jahr 2004 einmal näher, dann wird uns das Dilemma der sich demokratisch nennenden Fraktionen noch klarer. Den größten Posten der abzubauenen Stellen hat der Bildungsbereich zu ertragen, beinahe 4.900 Lehrer soll es in Mecklenburg-Vorpommern Ende dieses Jahres dem Plane nach weniger geben als noch im Jahr 2004. Auch das hierzu herangezogene Lehrpersonal-konzept hat die Vergreisung unserer Heimat als Ursache. Mit weiteren 600 Stellen an den Universitäten und Hochschulen wird der Bildungsbereich offensichtlich nach Lesart der Etablierten zusätzlich gestärkt. Auch die Gerichte und Staatsanwaltschaften, die nach der Denkart der politischen Klasse nicht ausgelastet sind, sollen etwa 300 Stellen abbauen. Und da Mecklenburg-Vorpommern das sicherste Land der Welt ist, vielleicht auch des Universums, können bis 2009 rund 400 Stellen bei der Polizei abgebaut werden.

Herr Minister Caffier, vielleicht haben Sie noch nicht vernommen, dass Mecklenburg-Vorpommern eine der höchsten Kriminalitätsraten der Flächenländer hat.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das müssen Sie ja wissen.)

Den geforderten Bericht sehen wir deshalb auch als sehr notwendig an,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

da wir davon ausgehen, dass der Bericht eine nicht unerhebliche Ursache für die vielen, vielen Missstände in unserem Land aufweist: Lehrermangel, hohe Kriminalitätsrate.

Es gibt den Zahlen nach sicherlich einen Personalüberhang in den Behörden des Landes. Wir machen Ihnen einen Vorschlag:

Erstens. Reduzieren Sie die Ministerien und den damit einhergehenden Verwaltungsapparat.

Zweitens. Bauen Sie die politischen Mitarbeiter zunächst ab, schließen Sie den Verfassungsschutz

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Und stellen Sie NPD-Mitglieder ein, ja?)

und wandeln Sie die Behörden zum Dienstleister für das Volk um.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schwebs für die Fraktion DIE LINKE.

Birgit Schwebs, DIE LINKE: Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin! Also ich höre schon, unser Antrag ist eigentlich überhaupt nicht erledigt, denn, Frau Ministerin Polzin, es geht nicht nur um Informationen im Nachklapp, sondern es geht um die Beteiligung des Parlamentes an einer solchen wichtigen Frage.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Dazu möchte ich mich nur auf drei Beispiele konzentrieren:

Welche Vorstellungen hat zum Beispiel das Innenministerium? Wie wird sich das neue, das neu zu erarbeitende Polizeiorganisationsgesetz auf das Personal auswirken? Welche konzeptionellen Ansätze gibt es da?

Oder: Wie soll es mit den Lehrern weitergehen? Wir hören doch vom Bildungsminister Herrn Tesch ganz neue Töne, seitdem er Vorsitzender der KMK ist. Das wird alles nicht billiger werden, denke ich, was er uns da erzählt.

Und, meine Damen und Herren, ich hörte auch die Kritik der Landräte und der Oberbürgermeister zu den Plänen zur geplanten Kreisgebietsreform im Zusammenhang mit dem notwendigen Übergang von Personal. Der Unmut über das Nichtwissen hat vielleicht auch zur verhärteten Position der Landräte und Oberbürgermeister von dieser Woche geführt. Darüber kann man ja mal nachdenken.

Und, meine Damen und Herren, ein vierter Punkt fällt mir ein. Wenn ich mit Mitarbeitern aus den Ministerien spreche, dann höre ich schon, dass sie sagen: Ja, wir haben genug Menschen, die verwalten können, aber es fehlt uns unter Umständen an fachlich qualifizierten Kräften, die Entscheidungen fachlich qualifiziert begleiten. Und darüber zu reden, denke ich, ist auch Aufgabe des Parlamentes und nicht nur die Information darüber.

Zum Zweiten, Herr Löttge: Natürlich gab es Berichterstattungen im Ausschuss, aber immer nur ausschnittsweise, nicht in der Gesamtschau. Wenn ich höre, die Ministerin hat gesagt, so steht es auch im Personal-konzept, über 10.000 Stellen sollten abgebaut werden, 5.600 sind davon bisher abgebaut worden und 700 sollen in diesem Jahr noch dazukommen, wenn ich das zusammenrechne, dann komme ich auf eine Summe von 6.100. Aber wir wollten über 10.000 abbauen. Wo und wann werden denn diese Arbeitskräfte abgebaut?

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Na,
dafür wird die FDP Vorschläge machen.)

Oder liegt das lediglich an der gescheiterten Verwaltungs- und Funktionalreform, dass wir da noch so viele Mitarbeiter im Bestand haben und das Personal-konzept dann eben nicht bis 2010 umsetzen können? Frau Ministerin hat gesagt, wir sind in der Verantwortung. Wir sind uns der Verantwortung bewusst und wir werden ihr auch zukünftig gerecht. Der Personalbestand muss angepasst werden und das Personal-konzept soll modifiziert fortgeführt werden.

Ich denke, Herr Leonhard, auch Rot-Schwarz wird dort weitermachen, wo Rot-Rot irgendwann einmal angefangen hat,

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

denn gerade das Personal-konzept, die Umsetzung des Personal-konzeptes, ist der Beweis dafür, dass man sich nicht waschen kann, ohne sich nass zu machen. Das wird auch in diesem Falle so sein.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Nur die FDP kann das, nur die FDP.)

Genau, nur die FDP kann das wahrscheinlich.

(Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

Kurz und gut, meine Damen und Herren, wir bleiben dabei: Es wäre an der Zeit, dass sich das Parlament mit dieser Problematik beschäftigt, nicht nur aus Regierungssicht, auch die Opposition muss in diese Diskussion mit einbezogen werden. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Schwebs.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2265. Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2265 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Zustimmung aus der Fraktion der NPD, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU und der FDP abgelehnt.

Die Fraktion der NPD hat einen Dringlichkeitsantrag zum Thema „Genmais stoppen“ auf Drucksache 5/2346 vorgelegt. Wir werden diese Vorlage, um die die Tagesordnung erweitert werden soll, nach dem Tagesordnungspunkt 32 aufrufen, das Wort zur Begründung dieses Dringlichkeitsantrages erteilen sowie die Abstimmung über deren Aufsetzung durchführen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 32:** Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Lehrpersonalmanagement liberalisieren statt weiter einschränken, Drucksache 5/2277.

**Antrag der Fraktion der FDP:
Lehrpersonalmanagement liberalisieren
statt weiter einschränken
– Drucksache 5/2277 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete und Vizepräsident Kreher für die Fraktion der FDP.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lehrermangel – seit wir Liberalen wieder im Landtag sind, weisen wir darauf hin, dass wir auf einen Lehrermangel zusteuern. In der Vergangenheit hatten wir es mit einem Überhang an Lehrern zu tun. Aber gerade in letzter Zeit und als wir unseren Antrag einbrachten, wussten wir noch gar nicht, wie sich dieses Problem zuspitzen würde. Die Plakatierung Baden-Württembergs war, als wir das einbrachten, noch nicht abzusehen. Wie sich jetzt die Kultusministerkonferenz damit befassen musste, war noch nicht abzusehen. Und deshalb ist dieser Antrag, egal wie Sie heute damit umgehen werden, aktuell und er wird uns auch in nächster Zeit noch beschäftigen.

Mit Zwangsteilzeit und einem Zurückfahren von Neueinstellungen versuchte das Ministerium, dem Überschuss an Lehrern gegenzusteuern. Die Schattenseite dieser Maßnahmen ist, dass aus dem einstigen Traumberuf Lehrer ein Beruf mit ungewisser Zukunft wurde, zumindest in Mecklenburg-Vorpommern. Die Zahl der Studienanfänger ist zu gering, vor allem in Mangelfächern. Viele junge und gut ausgebildete Lehrer verlassen unser Land. Unsere Fraktion fordert seit Langem ein Personalmanagement für Lehrer. Es existiert bis heute nicht, doch es ist zwingend notwendig. Dazu gehören eine Imagekampagne und bessere Bedingungen in Mecklenburg-Vorpommern.

Und, meine Damen und Herren, wir mögen ja zu dieser Sache aus Baden-Württemberg stehen, wie wir wollen, aber dass dadurch die Bedeutung des Lehrers auch in

diesem Land, und welche Rolle der Lehrer spielt, hier bei uns zu Bewusstseinsveränderungen beigetragen hat, das hoffe ich doch sehr. Dazu gehört mehr Deregulierung, damit Schulen weitgehend selbst entscheiden können, welche Lehrer sie unter welchen Konditionen einstellen wollen. Davon profitieren Lehrer wie Schulen. Dazu gehört neben einer attraktiven Gehaltspolitik die Schaffung von optimalen Freiräumen in der Lehrertätigkeit.

Lehrer sollen nicht durch die schöne Landschaft an unser Land gebunden werden, sondern durch ein flexibles Arbeitsangebot und durch ein Angebot von optimalen Arbeitsräumen für Lehrer, damit sie insbesondere im Ganztagsschulbetrieb perfekte Arbeitsbedingungen vorfinden. Wer Unterricht und Engagement differenziert gestalten will, muss Lehrer auch differenziert entlohnen. Engagierte und kreative Lehrer, die sich intensiv um ihre Schüler kümmern, müssen finanziell bessergestellt werden als andere. Dies gehört zur Eigenverantwortung von Schule. Eine einheitliche Lehrerbezahlung behindert Engagement und Innovation an den Schulen.

Dazu gehört auch die Chancengleichheit unter den Schulträgern,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Na wie wollen Sie das denn machen?)

wie wir es schon bei einer Schulgesetznovellierung angeht haben. Hier muss es gelingen, dass die Schulträger nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern im fairen Wettbewerb um die besten Lehrer und Schüler miteinander konkurrieren.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Wie denn?
Sagen Sie doch mal, wie Sie das machen wollen.)

Lehrer werden zurzeit nach Kassenlage eingestellt und danach, was das Lehrpersonalmanagement an Spielräumen lässt.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Na wie denn dann?)

Das ist nach unserer Meinung viel zu wenig, wenn wir in der Bildungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern wirklich vorankommen wollen.

Wir sind der Auffassung, dass die Teilzeit im Lehrerberreich weitergeführt werden kann, wenn die Schulen es selbstständig regeln, wie lange ihr Personal arbeiten soll. Hier fehlt immer noch die viel beschworene Selbstständigkeit der Schulen.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Oh Mann, oh Mann! – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Was halten Sie von Tarifen?)

Freiwillige Teilzeit und individuelle Arbeitsverträge böten die Möglichkeit,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Die Lehrer werden sich bedanken.)

junge Kollegen für ältere Kollegen mit in den Schuldienst hineinzunehmen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das werde ich morgen unserer Schulleiterin erzählen, was Sie hier sagen.)

Das können Sie gerne.

Zu einer Imagekampagne gehören nicht nur die schönen Strände an der Ostsee. Der Mehrwert liegt in der einmaligen Lebensqualität, die noch besser herausgestellt werden muss. Mecklenburg-Vorpommern hat genügend Vorzüge, die es auch bewerben kann. Beispielsweise kann eine junge Lehrerin in Mecklenburg-Vorpommern Beruf und Familie vereinbaren, in Baden-Württemberg gibt es hingegen kaum Krippenplätze. Wer dem zukünftigen Lehrermangel mit einer befristeten Verbeamtung bei Referendaren begegnen will, nimmt weder das Problem noch die Lehrer ernst. Schulen, Eltern, Schüler und Lehrer erwarten eine Gesamtlösung. Lehrer erwarten vor allem attraktive Rahmenbedingungen. Dazu gehören die Vollzeitbeschäftigung und eine leistungsgerechte Bezahlung sowie attraktive Rahmenbedingungen. Fast alle Lehrer im Land arbeiten immer noch zwangsweise in Teilzeitbeschäftigung. Sie arbeiten für ein vergleichsweise geringes Gehalt, reisen zwischen mehreren Schulen hin und her und müssen sich mehr als anderswo mit dem Thema Schulschließungen und Arbeitsplatzsicherheit auseinandersetzen. So kann man gute Lehrer nicht halten und auch keine engagierten Junglehrer ins Land locken.

Das ehrliche Bekenntnis der Landesregierung zu einem kommenden Lehrermangel kommt nicht zu spät, denn Lehrer bei Bedarf einfach so ad hoc einzustellen, ist schwierig. Wer im Wintersemester 2008 sein Studium anfängt, steht frühestens 2014 für den Einsatz an den Schulen zur Verfügung. Deshalb können wir es uns nicht leisten, die Entwicklung einfach abzuwarten. Mecklenburg-Vorpommern muss agieren, anstatt zu reagieren. Eines muss uns jedoch klar sein: Die Konkurrenz schläft nicht. Denn der Wettbewerb um die besten Lehrer zwischen den Bundesländern nimmt zu und andere Bundesländer, das habe ich bereits gesagt, werben mittlerweile sehr aggressiv mit Beamtenstatus und Vollzeitstellen. Oft genug haben sie damit auch Erfolg. Hier muss sich Mecklenburg-Vorpommern schnellstens etwas einfallen lassen.

Wir denken, ein verbindlicher Fahrplan zur Rückkehr in die Vollzeit der Lehrer ist überfällig. Wir denken, dass wir eine leistungsgerechte Vergütung brauchen, um die Besten zu locken und Engagement zu belohnen. Wir müssen versuchen, gerade in Mangelfächern abgewanderte Lehrer zurückzuholen, beispielsweise durch eine Stellenbörse und gezielte Anwerbung. Einige werden vielleicht einwenden, Schulen sind doch nicht für Lehrer da, sondern vor allem für die Schüler. Das stimmt. Doch ohne exzellente Lehrer gibt es keine motivierten Schüler und ohne exzellente Lehrer sind Spitzenleistungen an unseren Schulen schlichtweg unmöglich.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Lehrerinnen meinen Sie aber auch, ne?!)

Wir wollen auch nicht jeden für den Lehrerberuf gewinnen, sondern ausdrücklich die Besten, zum Beispiel bei den Naturwissenschaften.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Ach so,
und bei dem Rest ist das egal oder was?)

Die Idee von Bildungsministerin Schavan, nun vermehrt Fachkräfte aus der Wirtschaft für die Schulen zu gewinnen,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Na ja, das ist eine Schnapsidee.)

kommt dagegen einer Bankrotterklärung gleich. In der Schule zählt nicht allein das Fachwissen, sondern zählen vor allem die Pädagogik, die Methodik, die Didaktik. Meine Damen und Herren, wenn man so an das Problem herangeht wie unsere Bundesbildungsministerin, dann kann man einpacken.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Meine Damen und Herren, wir werden uns über dieses Problem, egal wie Sie heute abstimmen werden, in nächster Zeit auch im Ausschuss auseinandersetzen. Ich beantrage deshalb die Überweisung in den Bildungsausschuss, weil wir uns selbstverständlich auch mit dem, was der Bildungsminister jetzt in Stralsund ausgehandelt hat, befassen müssen, und das sehen wir im Zusammenhang. – Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Kreher.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst in Vertretung des Bildungsministers die Sozialministerin Frau Schwesig.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Mecklenburg-Vorpommern steht im bundesweiten Wettbewerb, im Wettbewerb um gute Ausbildungsergebnisse und im Wettbewerb um qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer. Die Zeiten, als man unabhängig von den Fachlichkeiten von einer sogenannten „Lehrerschwemme“ sprach, sind längst vorbei.

(Hans Kreher, FDP: Richtig.)

Heute geht es darum, sich die jungen Physik- und Chemielehrkräfte zu sichern, die unsere Kinder und Jugendlichen dafür begeistern sollen, einen Ingenieurberuf zu ergreifen. Es geht darum, Lateinlehrkräfte für unsere Schulen zu gewinnen, um den Schülern die Möglichkeit zu geben, Medizin studieren zu können. Diese Aufzählung ließe sich noch fortsetzen und das zeigt: Wir müssen uns mit ganzer Kraft für die Ausbildung unserer nachwachsenden Generation einsetzen, denn nur dann wird es uns gelingen, den Fachkräftebedarf, der sich bereits jetzt abzeichnet, abzudecken.

Meine Damen und Herren, unsere landesweite Hochschulwerbung steht unter dem Motto „Studieren mit Meerwert“, „Meer“ mit Doppel-E geschrieben, denn unsere schöne Küstenlandschaft liegt unmittelbar vor den Toren der Hochschulen. Wir sind ein Land ohne Studiengebühren und werben damit. Die hohen Bewerberzahlen im letzten Jahr bestätigen uns. Viele Lehramtstudierende absolvieren gern ihr Referendariat in Mecklenburg-Vorpommern, weil die Ausbildung gut ist und das Land viel Lebensqualität bietet. Und an dieser Stelle, Herr Kreher, lassen Sie mich betonen: Wir haben nicht nur gute Kita-Betreuung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie von Lehrerinnen, sondern auch von Lehrern, denn die Frage der Familie geht auch die Männer was an.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Wir haben uns bemüht, diesen jungen Lehrkräften eine Perspektive in unserem Land zu bieten, um hier in Mecklenburg-Vorpommern Fuß zu fassen und mit neuen Ideen die Kollegien unserer Schulen zu bereichern. Und das war gerade in der Vergangenheit, wie Sie wissen, nicht immer einfach. Sie wissen: Wir haben trotz rückläufiger Schülerzahlen keine Lehrerin und keinen Lehrer entlassen und den entstandenen Überhang mit Teilzeitvereinbarungen ausgeglichen.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Richtig.)

Außerdem haben wir mit den Verhandlungspartnern des Lehrpersonalkonzepts einen Stellenkorridor von 170 Stellen vereinbart. Das war eine große Aufgabe. Angesichts der zu Beginn der 90er-Jahre prognostizierten Schülerzahlenentwicklung und des damit verbundenen Rückgangs der Lehrerstellen waren Regelungen notwendig, um betriebsbedingte Kündigungen im Lehrerbereich zu verhindern. Die Herausforderung bestand darin, auf den Rückgang der Geburtenrate von circa 27.000 Kindern im Jahre 1989 auf nur noch 9.000 Kinder im Jahre 1994 zu reagieren.

Meine Damen und Herren, da war die Solidarität aller Lehrkräfte gefragt. Und deshalb ist es jetzt auch nur recht und billig, dass wir an die Lehrerinnen und Lehrer denken, die jetzt schon mit großem Engagement und viel Einsatz unser Bildungssystem tragen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Sie sind es, die für die Qualität des Unterrichts bei uns im Land sorgen. Deshalb müssen wir darüber nachdenken, wie wir ihnen für die Zukunft eine verlässliche Lebensperspektive geben. Diese Lehrkräfte haben es verdient, nach all den Jahren, in denen sie bei der Umsetzung des Lehrpersonalkonzepts Solidarität geübt haben, für dieses Entgegenkommen belohnt zu werden.

Meine Damen und Herren, in Zukunft wird die Arbeit, die unsere Lehrkräfte zu leisten haben, noch verantwortungsvoller. Mit dem neuen Schulgesetz verankern wir die Selbstständige Schule rechtlich. Somit beginnen wir bereits ab dem kommenden Schuljahr das umsetzen, was die FDP jetzt fordert. Die Schulen sind zukünftig nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, auf der Grundlage eines zu vereinbarenden Schulprogramms ihre Angelegenheiten selbstständig zu lösen. Das bedeutet, dass die Lehrkräfte nicht mehr in das Korsett enger staatlicher Vorgaben eingebunden sind, sondern dass sie vor Ort eigene pädagogische Ideen im Kollegium sinnvoll umsetzen können.

Ein solches Schulsystem macht uns bundesweit wettbewerbsfähig und ist in hohem Maße attraktiv für alle die, die an Schule beteiligt sind: Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie die Eltern. Und ich bin mir sicher, dass wir mit dieser neuen Schulorganisation einen wichtigen Standortvorteil für unser Land geschaffen haben. Lassen Sie uns gemeinsam an dieser wichtigen Aufgabe arbeiten!

Meine Damen und Herren Abgeordnete, lassen Sie mich auch als Sozialministerin anmerken, ich glaube, das habe ich in meiner kurzen Amtszeit immer wieder deutlich gemacht: Ich halte gerade die Bildung für den Schlüssel von Chancengleichheit für alle Kinder, für den Schlüssel dafür, gute Schulabschlüsse, gute Ausbildung oder Studien zu erwerben, um sozialen Aufstieg zu erhalten, um Teilhabe am Leben besser zu haben,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und deswegen liegt mir natürlich dieses Thema am Herzen. Und ich möchte betonen, dass in der Kabinettsitzung am Dienstag dieser Woche die Landesregierung auf Initiative des Ministerpräsidenten eine Arbeitsgruppe eingesetzt hat mit dem Ziel, den Lehrerberuf in Mecklenburg-Vorpommern attraktiver zu machen.

(Hans Kreher, FDP: Das ist doch schon ein Erfolg, das ist doch schon ein Erfolg.)

Denn natürlich gehören zur guten Bildung gut motivierte Lehrer. Dieser Arbeitsgruppe werden Vertreter des Finanz- und Bildungsministeriums sowie der Regierungsfractionen angehören. Die Leitung liegt beim Chef der Staatskanzlei. Und der Ministerpräsident hat betont, der Wettbewerb um gute Lehrerinnen und Lehrer ist schärfer geworden. Wir wollen jungen Lehrerinnen und Lehrern ein Angebot machen, damit sie sich für eine berufliche Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern entscheiden. Allerdings dürfen wir diejenigen nicht vergessen, die seit vielen Jahren im Schuldienst unter oft schwierigen Bedingungen gute Arbeit leisten und die aufgrund des Lehrpersonalkonzepts Einbußen hinnehmen mussten.

Die Arbeitsgruppe soll in den kommenden Wochen konkrete Vorschläge entwickeln. Vorfestlegungen gibt es dabei nicht. Anregungen aus dem Abschlussbericht der Bildungskommission „Zukunft der Erziehung und Bildung unter Berücksichtigung des lebenslangen Lernens in M-V“ sollen so weit wie möglich berücksichtigt werden. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Brodkorb für die Fraktion der SPD.

Mathias Brodkorb, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Kreher, es fällt mir ehrlich gesagt nicht so richtig leicht, auf Ihre Einbringung zu reagieren, weil ich so ein bisschen hin und her gerissen bin,

(Hans Kreher, FDP: Das wusste ich, das wusste ich.)

ein bisschen hin und her gerissen einerseits, weil Sie natürlich mit Ihrem Antrag ein berechtigtes Anliegen hier im Parlament vorbringen, ohne Zweifel, das belegen auch die Diskussionen der letzten Wochen. Und Sie haben eben gehört, man kann es heute auch in der SVZ lesen, bei uns ist diese Lehrerproblematik Chefsache. Die Staatskanzlei nimmt das sozusagen federführend in die Hand mit den zuständigen Ministerien.

(Hans Kreher, FDP: Das haben wir dann schon erreicht.)

Glauben Sie es mir, das ist etwas, was sich schon länger in der Diskussion befand und nicht durch Ihren Antrag hervorgerufen wurde.

(Hans Kreher, FDP: Das kann man behaupten, das kann man behaupten. Ja, natürlich.)

Aber es fällt zeitlich zusammen und es schadet nicht. Ja, Sie können umgekehrt genauso behaupten, Sie hätten es jetzt hervorgerufen. Also ich würde sagen, einigen wir

uns beide, darüber weiter zu sprechen. Es ist halt Chefsache.

(Hans Kreher, FDP: Mir geht's um die Sache und dann ist es gut.)

Der Grund, warum ich ein bisschen Schwierigkeiten habe, jetzt zu Ihrer Einbringung zu sprechen, ist tatsächlich der Wortlaut des Antrages. Also das Thema ist unbestritten wichtig. Lehrer gehören zu den wichtigsten Personen einer Gesellschaft, weil sie über die zukünftige Entwicklung mitentscheiden, indem sie Kinder und Jugendliche erziehen und bilden. Das wird mit Sicherheit in der Öffentlichkeit häufig zu wenig gewertschätzt. Insofern ist das eine ganz wichtige Berufsgruppe. Aber wenn man sich Ihren Antrag durchliest, dann muss man schon sagen, ich glaube, viele Lehrerinnen und Lehrer könnten das durchaus auch als stille Drohung interpretieren. Die Überschrift „Personalmanagement liberalisieren statt weiter einschränken“ – ich weiß nicht, ob da jeder Lehrer hinter dem Wort „liberalisieren“ nur Gutes vermutet. Und da schwanken Sie auch immer ein bisschen.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Wir jedenfalls nicht. – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Gestern wollten Sie noch ein Gutsherrenschutzprogramm durch den Staat ins Leben rufen. Da war nix mit Liberalisierung,

(Hans Kreher, FDP: Bleiben Sie mal beim Thema!)

da war nix mit Eigenverantwortung, sondern da ging es darum, dass der Staat die Gutshäuser ausbauen soll.

(Hans Kreher, FDP: Sie wollen immer abweichen vom Thema. Das ist immer wieder das Gleiche, immer abweichen vom Thema.)

Und heute ist es umgekehrt dann plötzlich so, dass Sie den Staat zurückdrängen wollen.

(Hans Kreher, FDP: Immer das Gleiche! Immer bleiben Sie nicht beim Thema.)

Deswegen suchen Sie sich immer, je nachdem, um welches Systemfeld es geht, die Strategie neu, um bestimmten Wählergruppen oder wem auch immer entgegenzukommen. Aber, Herr Kreher, Sie sind ja Lehrer, von Ihnen müsste man erwarten, dass Sie, wenn es ums Lehrerpersonalkonzept geht, auch mal ganz konkrete Vorschläge vorlegen, was wir denn jetzt tun wollen. Ich habe mir eine Formulierung von Ihnen wirklich aufgeschrieben. Sie haben gesagt: M-V muss sich irgendetwas einfallen lassen. Man stelle sich vor, man würde das in ein Gesetz schreiben: Wir müssen irgendetwas tun. Ja, was denn, Herr Kreher?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht so unkonkret.)

Sie sind doch Lehrer.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Sie sind doch eigentlich qualifizierter als viele andere hier im Land, um etwas zu tun. Was ist „irgendetwas“? Und dann gehen wir Ihren Antrag bitte mal durch. Was ist „irgendetwas“ für Herrn Kreher?

Erstens. Durch Deregulierung sollen die besten Lehrer ins Land geholt werden. Ja, was soll dereguliert werden?

(Hans Kreher, FDP: Das hab ich vorhin ausgeführt. Das hab ich vorhin ausgeführt.)

Was soll das jetzt konkret bedeuten? Und warum soll das dazu führen, dass Lehrer ins Land kommen?

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Zweitens finde ich besonders bemerkenswert, Sie fordern, wir brauchen eine Zitat, „optimale Entfaltungsmöglichkeit“, Zitatende, Herr Lehrer. Das ist der zweite wichtige Schwerpunkt. Was ist das? Was ist jetzt eine „optimale Entfaltungsmöglichkeit“?

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Also das wünscht sich ja jeder von uns. Aber was bedeutet das? Ich bin da ein bisschen ratlos.

Und der dritte Punkt ist nicht weniger interpretationsbedürftig. Wir brauchen eine „weitgehende Vereinfachung und Selbstständigkeit in der Schulverwaltung sowie Chancengleichheit unter den Schulträgern“. Was heißt das? Zwischen welchen Schulträgern? Also wir haben irgendwann freie Schulwahl. Dann gibt es zum Beispiel zwei öffentliche Schulträger und die stehen durchaus in Konkurrenz zueinander um Schüler, wenn die in der Nähe sind. Welchen Schulträger meinen Sie? Meinen Sie öffentliche, meinen Sie private?

Es ist alles völlig unklar. Und deswegen werden Sie vielleicht Verständnis dafür haben, dass wir der Überweisung nicht zustimmen werden, obwohl das Thema wichtig ist, denn aus Ihrem Antrag wird deutlich ...

(Hans Kreher, FDP: Obwohl die Richtung stimmt, obwohl die Richtung stimmt.)

Die Richtung stimmt eben nicht, deswegen überweisen wir es nicht mal.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Sehen Sie, Herr Kreher, wenn die Richtung auch nur ansatzweise ...

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Herr Kreher, ich hörte Ihnen doch auch schön zu. Sie sind Lehrer. In der Schule würden Sie auch den Schülern rügen, der Ihnen ständig dazwischenspricht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Hören Sie doch einfach mal zu!

Die Richtung stimmt bei Ihrem Antrag eben nicht. Deswegen wird er nicht mal überwiesen. Wenn zumindest die Richtung stimmen würde, könnte man es überweisen und weiter daran arbeiten.

(Hans Kreher, FDP: Das hab ich aber vorhin gesagt.)

Aber es geht in die völlig falsche Richtung. Sie haben ein richtiges Thema aufgegriffen, aber die Richtung, dass die richtig sein kann oder korrekt, davon kann nicht die Rede sein.

(Hans Kreher, FDP: Das ist mit Europa genauso.)

Also nächster, sozusagen letzter Punkt. Sie haben das Gespür, ohne Zweifel wie wir alle, für ein richtiges Thema gehabt, aber aus Ihrem Antrag wird deutlich, dass Sie gar nicht wissen, was wir machen sollen. Und das ist auch nicht schlimm, das ist ein schwieriges Thema. Nur,

was macht eigentlich ein Parlamentarier, wenn er noch nicht ganz genau weiß, wie die Problemlage ist?

(Hans Kreher, FDP: Dann geht das in den Ausschuss, dann geht das in den Ausschuss. –
Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

Was macht ein Parlamentarier, wenn er noch nicht ganz genau weiß, wie die Problemlage ist, wie Lösungen aussehen könnten? Dann macht er eins auf alle Fälle nicht, er beauftragt nicht die Regierung, irgendetwas zu tun, sondern er macht das, was die Koalitionsfraktionen gestern getan haben. Er beantragt eine nicht öffentliche Anhörung zum Thema „Zukunft der Lehrerbildung“ beziehungsweise „Situation der Lehrer in Mecklenburg-Vorpommern“. Unser Vorschlag ist, dass wir uns im Ausschuss von den Betroffenen überhaupt erst mal anhören, wie sie die Problemlage einschätzen. Und wenn wir uns dann einen vernünftigen Überblick verschafft haben über die Sachlage, macht es auch Sinn, einen Antrag an die Regierung zu stellen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr gut.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Brodkorb.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Vizepräsident Bluhm für die Fraktion DIE LINKE.

Andreas Bluhm, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP! Die frohe Botschaft zuerst: Ihr Antrag ist von der Landesregierung schon erhört worden. In den „Lübecker Nachrichten“ vom Mittwoch kündigt der Ministerpräsident die Einrichtung einer Arbeitsgruppe an, ich zitiere, „die nach Wegen suchen soll, den Lehrerberuf in Mecklenburg-Vorpommern attraktiver zu machen.“ Ende des Zitats.

(Hans Kreher, FDP: Das
ist die Aufgabe der Koalition.)

Die schlechte Botschaft ist, dass damit die Begründung für die Ablehnung Ihres Antrages auch schon vorliegt. Sie lautet wie immer: Das macht die Regierung schon. Es bedarf dieses Antrages nicht.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Aber so einfach will ich mir das denn doch nicht machen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie sind ja auch
nicht mehr in der Regierung, Herr Bluhm.)

Auch wir werden einer Überweisung dieses Antrages nicht zustimmen und ich versuche, das jetzt nachfolgend darzustellen.

Das Problem des bevorstehenden Mangels an Lehrkräften ist nicht neu. Ein bisschen erinnert mich die Diskussion zum Lehrermangel an die Diskussion zu den zurückgehenden Schülerzahlen am Anfang der 90er-Jahre und ich möchte es Ihnen einfach ins Stammbuch und in Ihre Geschichtsentwicklung sozusagen einschreiben. Es gab damals eine Stundentafelreduzierung in Größenordnungen, die zu 4.600 Entlassungen im Schuldienst führte,

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

vor allem junge Lehrerinnen und Lehrer dieses Landes betraf. Das war die CDU-FDP-Koalition, der Sie damals angehörten, und es war sozusagen absehbar, welche Folgen diese Entscheidung

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Genau.)

für die Lehrer-und-Lehrerinnen-Pyramide in ihrer Alterszusammensetzung haben wird.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

Es war also lange vorher abzusehen, wie sich auch diese demografische Entwicklung der Kinder entwickeln wird. Das wollte damals nicht jeder wirklich wahrhaben, der in Verantwortung war.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Und erst in der 2. Legislaturperiode, in der Großen Koalition aus SPD und CDU, gab es dann das Lehrpersonal-konzept. Mit dem wurde dann auf diese sich vollziehende Entwicklung reagiert. Wir hatten damals als Fraktion kritisiert, dass mit dem Lehrpersonal-konzept aus unserer Sicht mehr Stellen abgebaut werden sollen als erforderlich. Es wäre möglich gewesen, die Stundentafeln wieder aufzustocken, Zusatzaufgaben hätten vergütet werden können. Das hätte zwar mehr Geld gekostet, aber es hätte auch für mehr Beschäftigung gesorgt. Aber das sollte nicht so sein. So viel zu Ursachen und Wirkungen, so, wie sie sich heute eben auch darstellen.

Trotzdem, in der Tat, das Problem ist da, wir brauchen ohne Zweifel eine Lösung und diese Lösung brauchen wir relativ zügig. Die von Ihrer Fraktion, meine Kolleginnen und Kollegen von der FDP, im Antrag genannten Schwerpunkte sind allerdings sehr allgemein und führen aus unserer Sicht nicht in die richtige Richtung. Herr Brodkorb hat darüber schon geredet. Sie zielen vor allem auf die Steigerung der Motivation von Lehrkräften und Deregulierung. Und ich konnte mich beim Lesen des Eindrucks nicht erwehren, dass es im Kern darum geht, über diesen Weg die Schulen weiter zu liberalisieren, Herr Leonhard hat es im Tagesordnungspunkt davor deutlich erklärt, das Lehrpersonal-konzept als Solidar-konzept der Lehrerinnen und Lehrer abzuschaffen

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

und die Lehrerinnen und Lehrer zu kommunalisieren. Genau das halten wir für den falschen Weg,

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Hans Kreher, FDP)

weil sich damit das Problem überhaupt nicht lösen lässt. Es wird nur auf eine andere Ebene verlagert, Herr Kreher. Schulen dürfen eben nicht einem ungezügeltten marktliberalen Wettbewerb ausgesetzt werden. Ein solcher Wettbewerb würde zudem die Situation der Lehrkräfte nicht verbessern, sondern sie massiv verschlechtern.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Genau.)

Der Mangel an Lehrkräften ist ein bundesweites Problem. Wenn gestern und heute die Kultusminister bei uns im Lande dazu tagen, dann macht das dies auch deutlich. Das macht natürlich Lösungen für unser Land auch nicht unbedingt einfacher. Und es gibt so manche Problem-

lagen, die sich auch in Ost- und West-Problemen darstellen. Es gibt eben noch Unterschiede in der Bezahlung zwischen Ost und West, es gibt auch Unterschiede in der Eingruppierung in den entsprechenden Entgeltgruppen. Im Westen werden die Lehrkräfte zumeist verbeamtet, die Finanzkraft vieler westlicher Bundesländer ist in den meisten Fällen höher und eröffnet den dortigen Landesregierungen viel größere Spielräume.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Und von uns wollen sie Geld haben.)

In den alten Bundesländern ist Teilzeit eher eine Ausnahme. Wir haben also in Mecklenburg-Vorpommern ziemlich schlechte Karten. Und hinzu kommen die massiven und hoch egoistischen Werbekampagnen, die zulasten aller neuen Bundesländer gehen, nicht nur Mecklenburg-Vorpommerns. Aber es ist so, wie es ist, selbst wenn die Kultusminister heute in Stralsund eine Befriedung verkünden.

Es zeigt sich hier wiederum, dass der Föderalismus im Bildungswesen Teil des Problems und nicht Teil der Lösung ist. Wir können also unter den gegebenen Bedingungen nur mit eigenen Komponenten, mit eigenen Konzepten reagieren und das mit eigenen Mitteln des Landes umsetzen. Ja, ein längerfristiges Programm für die Sicherung des Bedarfs an Lehrerinnen und Lehrern in diesem Land muss ziemlich schnell auf den Tisch. Eine Beschränkung nur auf junge Lehrkräfte greift zu kurz.

(Hans Kreher, FDP: Das ist richtig. Das ist richtig.)

Es muss den gesamten Lehrkörper berücksichtigen und über das magische Jahr 2020 hinausgehen, denn Mitte der 20er-Jahre werden wir erneut einen relativ großen Schülerrückgang in diesem Lande haben. Das Programm muss aus unserer Sicht neben mittel- und langfristigen Maßnahmen auch Sofortmaßnahmen berücksichtigen, aber es müssen solche Dinge sein, die das Land auch selbst gestalten und lösen kann.

Und ich will hier einige Vorschläge machen, so, wie sich das meine Fraktion vorstellen könnte:

Erstens wäre da natürlich die Verbesserung der Bedingungen von Studierenden und Referendaren. Die Überlast in der Lehrerausbildung bei uns im Land ist sichtbar. Gehen Sie an die Universitäten, gucken Sie sich die Hörsäle, gucken Sie sich die Seminarräume an!

Was spricht im Übrigen dagegen, zusätzlich Stipendien für Studierende mit Lehramt aus Landesmitteln zu vergeben oder das BAföG landesseitig sozusagen zusätzlich aufzustocken? Auch Stipendien analog dem Meister-BAföG für Seiteneinsteiger, die eine pädagogische Zusatzqualifikation erwerben wollen, wären denkbar. Auch die Erhöhung der Vergütung der Referendarinnen und Referendare wäre eine Variante. In diesen Fällen wäre es möglich, diese Sonderzahlung mit einer Verpflichtung zu einer Aufnahme einer Tätigkeit in unserem Land zu koppeln, auch zeitlich befristet. Die Leerlaufzeit vom Referendariat bis zur Übernahme in die Schulen ist aus unserer Sicht abzuschaffen. Die Referendariatszeit könnte unter Beachtung der hochschulrechtlichen Vorschriften verkürzt werden. Und auch, wenn ich weiß, dass ich mich damit im Widerspruch zu den Gewerkschaften befinde: Warum nicht ein Vollzeitangebot für junge Lehrkräfte? Das wäre sicherlich denkbar. Aber der Vorschlag einer Teilverbeamtung nur für junge

Lehrkräfte, das, so, wie das der Minister im „Nordmagazin“ vorgeschlagen hat, ist mit Verlaub eine Schnaps-idee.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen DIE LINKE und FDP)

Zweitens. Die Angebote von Lehramtsstudiengängen an Universitäten des Landes müssen am Bedarf ausgerichtet sein und durch ihre Attraktivität Studierende aus dem eigenen Bundesland und anderen anziehen. Bleibt die Lehramtsausbildung weiter Bestandteil der alleinigen Hochschulautonomie oder müssen wir nicht wieder mehr Landeseinfluss auf die Frage der Lehrerausbildung gesetzlich im Hochschulgesetz regeln?

Das angekündigte Lehrerbildungsgesetz muss den perspektivischen Anforderungen entsprechen und vielfältigere Einsatzmöglichkeiten sicherstellen. Auch über die Zweckmäßigkeit der bisherigen Einteilung in starre Lehrämter wäre in diesem Zusammenhang sinnhaft zu diskutieren.

Drittens geht es um die Festsetzung eines verbindlichen Endtermins für das Ende der Teilzeitregelung nach dem jetzigen Lehrpersonal-konzept. Die jetzige Ankündigung, im Jahre 2014 einen Beschäftigungsumfang von 80 Prozent zu haben, ist auch ein wesentlicher Grund für die Abwanderung, und nicht nur von jungen Lehrerinnen und Lehrern.

Eine weitere Möglichkeit für die Bindung an das Land ist die Änderung der Beförderungspolitik. Wer sich die Antwort auf meine Kleine Anfrage auf Drucksache 5/2174 ansieht, erkennt das Dilemma. Es gab in den Jahren 2006, 2007 und 2008 sage und schreibe 216 Aufstiege beziehungsweise Beförderungen im gesamten Bereich aller Lehrkräfte in allgemeinbildenden Schulen, Beruflichen Schulen und bei den PMSA.

Und was die Arbeitsbedingungen betrifft, gibt es ebenfalls Handlungsbedarfe. Nach wie vor muss für jede Stunde im Rahmen der Ganztagschule eine zusätzliche Stunde unentgeltlich geleistet werden. Aufsichtspflicht zählt nicht als Arbeitszeit. Und schon heute ist klar, dass mit der Einführung der Selbstständigen Schule ein zusätzlicher Arbeitsaufwand entsteht, der mit der schülerbezogenen Stundenzuweisung, dieser sogenannten Flatrate, nicht annähernd abgedeckt ist. Das heißt im Klartext: Mehrarbeit für Lehrerinnen und Lehrer in diesem Land ohne Vergütung. Es könnte die Ankündigung im Rahmen der Pflichtstundenerhöhung umgesetzt werden, die besagt, dass, wenn es dem Land finanziell wieder besser geht, die damalige Erhöhung wieder zurückgenommen wird. Ich sage dies ausdrücklich an meine Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion der SPD, da wir diese Zusage damals gemeinsam gegeben haben.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Viele der genannten Vorschläge sind durch politische Entscheidungen des Landes umsetzbar. Entscheidend ist wie immer die Verfügbarkeit von finanziellen Mitteln. Mit der Diskussion um den neuen Doppelhaushalt wird es deshalb die Nagelprobe geben, wie ernst es die Landesregierung und ihre neue Arbeitsgruppe meint, Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Abwanderung stoppen und die auch die Arbeitsbedingungen derjenigen verbessern, die hier bei uns im Lande bleiben. Mit Blick jedenfalls auf die Bedeutung des Berufsstandes der Pädagoginnen und Pädagogen für die kommenden

Generationen ist das Geld immer gewinnbringend investiert. Das unterscheidet sie in der Tat von vielen Banken. Es ist wohl schwer zu begründen, warum wir Zockern mit Milliarden an Steuergeldern aus der Klemme helfen und danach zu Sparsamkeit aufrufen, wenn es um die Bildung geht.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Richtig.)

Also, meine Damen und Herren, wir gehen davon aus, dass natürlich durch die Landesregierung, durch das Parlament entsprechende Maßnahmen in die Wege geleitet werden müssen, die den gesamten Komplex berücksichtigen. Eine Liberalisierung, so, wie es in Ihrem Antrag das Thema ist, sozusagen als Überschrift, halten wir für die grundsätzlich falsche Richtung, denn die Frage der Umsetzung des bisherigen Lehrpersonalkonzepts war eine große, sozial gerechte vereinbarte Maßnahme, die für Beschäftigung der in diesem Bereich Tätigen gesorgt hat. Und wenn Sie jetzt meinen, das Lehrpersonalkonzept aufkündigen zu wollen, ich habe Ihnen das schon mehrfach erklärt, dann würde es automatisch gemäß bundesdeutschem Recht und Arbeitsrecht wieder dazu führen, dass zuallererst junge Lehrerinnen und Lehrer aus dem Schuldienst ausscheiden müssten. Das ist doch aber etwas, was wir alle gemeinsam nicht wollen. Deswegen vergessen Sie nun endlich ein für alle Mal Ihre Forderung der Abschaffung des Lehrpersonalkonzepts!

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Bluhm.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Reinhardt für die Fraktion der CDU.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen!

Sehr guten Morgen, Frau Lehrerin! Sehr guten Morgen, Herr Lehrer! Sehr guten Morgen, sehr geehrte Kollegen! Auch schon wach? Eigentlich muss man den Baden-Württembergern ja dankbar sein, dass es ihnen gelungen ist, das Thema Lehrerinnen und Lehrer so in der Öffentlichkeit zu platzieren, dass es tatsächlich überall öffentlich, also breit in der Gesellschaft ankommt und diskutiert wird. Die süddeutsche Werbekampagne könnte als witzig durchgehen, aber vielen Lehrern ist beim Versuch des Lachens einmal mehr bewusst geworden, wo die Unterschiede und Probleme liegen – hausgemacht, sowohl bei uns im Land Mecklenburg-Vorpommern als auch in der ganzen Bundesrepublik.

Heute und hier fällt uns auf die Füße, was in den vergangenen Jahren in der Bildungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern nicht angepackt wurde. Heute und hier fällt uns in ganz Deutschland auf die Füße, was die Länder nicht geschafft haben, gemeinsam zu koordinieren, zu planen und zu bedenken. Potenzieller Nachwuchs ist jahrelang mit Gehaltskürzungen und Schmähreden gegen unsere Pauker verschreckt worden. Einstellungen gab es nur nach Haushaltslage. Problemlösungen wurden regelmäßig in die Zukunft verschoben. Die Pensionierungswelle hat man tatenlos auf sich zurollen lassen. Lehrerkollegien wurden nicht verjüngt, Lehrer wurden praktisch nicht eingestellt. Auch in Mangelfächern ist Teilzeit auf der Tagesordnung. Reduzierte Stellen wurden per Konzept verordnet. An Stellschrauben wie Klassen-

stärken oder Stundenkontingent wurde gedreht, ohne langfristig personelle Konsequenzen zu beachten.

Nun können wir weiter darüber lamentieren, aber das ist nicht unsere Art, die Probleme anzupacken. Ich bin Bildungsminister Henry Tesch sehr dankbar, dass er bereits im Herbst des letzten Jahres als Erster mehr als deutlich auf die Notwendigkeit geeigneter Maßnahmen zur Verhinderung drohenden Lehrermangels in unserem Land hingewiesen hat. Und ich kann der „Schweriner Volkszeitung“ vom 27.02. nur recht geben, wenn sie feststellt: „Als Schulleiter weiß Tesch, es ist höchste Zeit. Aber er ist der erste Bildungsminister in MV, der das Problem anpackt.“

Weit bevor die durch Baden-Württemberg losgetretene Debatte öffentlich Raum gegriffen hat, machte der Bildungsminister unseres Landes darauf aufmerksam, dass wir dringend ein Personalentwicklungsprogramm für die Lehrer brauchen. Klare Analyse, klare Antwort, weit weg vom Zeitgeist und politischer Sensationslust und dem Schielen auf Wahlergebnisse. Das, was wir wirklich brauchen, geht über den Antrag der FDP hinaus. Der Bildungsminister hat öffentlich ein Junglehrerprogramm gefordert. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass er im Herbst dafür gelobt oder in seinen Bemühungen unterstützt wurde. Mit Lob in der Politik ist es ohnehin eine seltsame Sache.

Ihr Antrag von der FDP ist leider auch keine wirkliche Unterstützung. Er ist mir etwas zu dürftig, er ist einfach zu kurz gesprungen. Deshalb werden wir ihn heute auch ablehnen. Auf der politischen Tagesordnung steht doch nicht die Liberalisierung eines vorhandenen, auskömmlichen Lehrpersonalmanagements. Es geht um viel mehr. Es geht um ein zeitgemäßes Programm zur Bewältigung manifester Personalprobleme. Wir reden hier nicht mehr, aber auch nicht weniger über die Zukunft des Berufsstandes der Lehrerinnen und Lehrer in unserem Land. Wir reden hier nicht mehr und nicht weniger auch über die Entwicklungschancen und Bildungschancen unserer Kinder, die stark von der Qualifikation und der Qualität der künftigen Lehrerinnen und Lehrer abhängt, und nicht zuletzt über die Zahl junger Lehrer, die uns angesichts anstehender Pensionierungen in den kommenden Jahren zur Verfügung stehen müssen und die vorhandenen Stellen besetzen müssen.

Unsere Aufgabe ist viel größer. Es geht wieder einmal um grundsätzliche Fragen, welchen Stellenwert wir der Bildung in unserem Land beimessen und wie wir mit denjenigen umgehen, die die Hauptlast täglich tragen. Wir müssen weiter springen, wir müssen uns heute die entscheidenden Weichenstellungen vornehmen. Wir müssen geeignete Strategien der Nachwuchsgewinnung finden und mit einem in die Zukunft gerichteten Personalentwicklungskonzept für die Lehrer Vorsorge treffen.

(Udo Pastörs, NPD: Binsenweisheit.)

Wir müssen quantitativ und qualitativ die Unterrichtsversorgung auch in den nächsten Jahren sichern, und zwar an allen Schulstandorten in der gesamten Fläche unseres Landes.

(Hans Kreher, FDP: Das ist aber auch sehr allgemein: Wir müssen, wir müssen, wir müssen.)

Nicht: Wir wollen?! Wir müssen, wir müssen!

Warten Sie doch ab! Wir reden ja noch ein wenig. Ich komme noch dazu, Herr Kreher.

Wir müssen zugleich darauf achten, dass die Balance zwischen Lehrernachwuchs und bewährten Lehrern gewahrt bleibt. Wir brauchen neue Ideen ebenso wie die Erfahrung der im Dienst befindlichen Lehrer/-innen. Wir brauchen die einen und die anderen. Wir wollen keinen verprellen. Angesichts der verschiedenen Aktivitäten verschiedener Bundesländer sind wir auch gehalten, so attraktive Arbeitsbedingungen anzubieten, dass die mobil ortsunabhängigen jungen Lehrer nach ihrer Ausbildung in unserem Land bleiben. Das ist nicht zuletzt auch eine Frage der Würdigung dieses Berufsstandes, bei dem wir nicht müde werden, und das alle zusammen, ihm in politischen Sonntagsreden immer wieder zu danken und zu loben. Aber getan haben wir wenig für unsere Lehrerinnen und Lehrer.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
War das jetzt Selbstkritik?)

Es ist sowohl Kritik als auch Selbstkritik, Herr Bluhm.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ah ja, gut.)

Ich nehme hier keinen davon aus.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Okay.)

So ähnlich haben Sie es in Ihrer Rede auch getan.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja.)

Die Ereignisse haben sich in den letzten Tagen überschlagen. Viele nehmen seit Langem wieder mal wahr, dass der Berufsstand Lehrerin und Lehrer sowohl einer neuen Wertschätzung bedarf als auch diese erlangt. Die Werbekampagne von Baden-Württemberg zeigt zugleich die Veränderung auf dem Arbeitsmarkt. Daher werbe ich schon heute von dieser Stelle aus darum: Lassen Sie uns gemeinsam mit dem Bildungsminister Henry Tesch geeignete Maßnahmen ergreifen, um die bestehenden Probleme schnellstens zu lösen.

Die Handlungsfelder hat der Bildungsminister bereits genannt:

Erstens. Eine Verdopplung der Referendarstellen im Vorbereitungsdienst zum Beispiel ist eine unabdingbare Vorsorgemaßnahme, um im Zyklus der Ausbildung eines Lehrers rechtzeitig die nötige Zahl der Absolventen für frei werdende Stellen zur Verfügung zu haben.

Zweitens. Der Einstellungskorridor für junge Lehrerinnen und Lehrer von gegenwärtig 170 muss auf jährlich mindestens 300 Stellen erhöht werden. Zu beachten ist, dass es uns schon heute nicht gelungen ist, diesen Einstellungskorridor auszuschöpfen. Schon in den Jahren 2000 bis 2006 konnten wir diesen Korridor nur bis zu 50 Prozent in Anspruch nehmen. Heute können wir nahezu 100 Stellen besetzen.

Damit verbindet sich die nächste Herausforderung. Für die Einstellung junger Lehrer müssen wir attraktive Konditionen definieren. Gleichzeitig stehen wir vor der Herausforderung, angesichts eines überlebten Lehrerpersonalkonzeptes den Lehrerinnen und Lehrern heute gerecht zu werden und eine Balance zu halten zwischen neuen und bewährten Lehrkräften. „Die Besten für die Jüngsten“ ist eine Formel des Bildungsministers für die künftige Auswahl derer, die Lehrer und Erzieher werden wollen. Lassen Sie uns schnell das Lehrerbildungsgesetz verabschieden, um damit der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern eine moderne Ausrichtung zu geben.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Dann legen Sie es doch vor! –
Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Der Minister verfolgt den konsequenten Ansatz, dass jeder Student, der Lehrer werden will, dies auch schon im ersten Semester seines Studiums merkt, dass er Lehrer werden soll. Verstärkte Anstrengungen sind notwendig, um vor allem im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich und in den Fremdsprachen Lehrer zu gewinnen.

Und nicht zuletzt steht die alles entscheidende Frage: Wie ermöglichen wir eine höhere Wertschätzung des Berufsstandes Lehrerinnen und Lehrer in der Gesellschaft? In Mecklenburg-Vorpommern müssen wir in den kommenden Jahren jährlich mindestens 300 vorhandene Stellen neu besetzen.

(Vizepräsidentin Renate Holznapel
übernimmt den Vorsitz.)

Wohlgemerkt: Wir sprechen hier an dieser konkreten Stelle nicht davon, neue Stellen zu schaffen, sondern vielmehr vorhandene Stellen zu besetzen. Dass auch Mecklenburg-Vorpommern für eine bessere Bildung eigentlich mehr Stellen benötigt, zeigt das Beispiel Baden-Württemberg. Warum wird diese Kampagne gefahren? Weil in diesem Land 4.000 Lehrer zusätzlich benötigt werden, um die vom Land, vom Landtag beschlossenen Verbesserungen pädagogischer Parameter in diesem Mehrbedarf zu decken. In Mecklenburg-Vorpommern müssen wir aufpassen, dass sich in Deutschland nicht weiterhin eine bildungspolitische Schere zu unseren Lasten öffnet.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Wo kommt die her?)

Mit Blick darauf haben wir langfristig ohne ein klares Bekenntnis zur Vollbeschäftigung, zur angemessenen Vergütung und zu guten Startbedingungen keine Aussichten auf Chancen, im bundesweiten Wettbewerb um die besten Köpfe zu bestehen. Alle von mir aufgezeigten Fragen und Probleme lassen sich wahrlich nur gemeinsam lösen. Längst ist es fällig, alle Anstrengungen auf eine erfolgreiche Nachwuchsgewinnung zu konzentrieren. Derzeit werden 1.000 Lehramtsstudenten an unseren Universitäten ausgebildet. 340 von ihnen nehmen ein Referendariat in unserem Land auf. Aber es gelingt uns noch nicht einmal, 100 junge Lehrer einzustellen. Wir müssen also deutlich mehr Referendare einstellen.

Wir brauchen ein flächendeckendes System von Ausbildungsschulen nicht nur in Ballungsgebieten, sondern auch auf dem flachen Land, denn dort werden Lehrer gebraucht. Eine frühe Bindung der Referendare an andere Einsatzorte kann eben nur durch die Erweiterung eines Netzes der Ausbildungsschulen gewährleistet werden. Wir müssen die Frage nach der Verbeamtung von Referendaren und nicht, wie einige falsch verstanden haben, von jungen Lehrern klären. Dies gilt nicht nur hinsichtlich des verbundenen Vergütungsgewinns für Referendare bei gleichzeitiger Entlastung des Haushalts, sondern vor allem, um flächendeckende Nachwuchsprobleme auch mithilfe des Beamtenrechts in der Fläche lösen zu können, denn Verbeamtung bedeutet Sicherheit für Lehrkräfte, die das erste Staatsexamen absolviert haben.

Auf der Tagesordnung steht natürlich ebenso Werbung, Werbung, Werbung für diesen Beruf und Begleitung talentierter Schüler und Studenten als Lehrernachwuchs für unser Land. Wir leben in einem landschaftlich wunderschönen Land, allerdings nicht auf der Insel der Glückseligen. Der gesamtdeutsche Lehrmarkt wankt und ist vom Wandel gekennzeichnet. Wenn wir diesen Wandel jetzt verschlafen, stehen wir morgen mit einer großen Schar Schlechtgebildeter an der Gleiskante hinter Possemuckel, winken dem Zug mit den Wissenden und den Schnelleren in die Zukunft hinterher und warten womöglich auf den Zug nach Nirgendwo.

Ich möchte es noch einmal sagen: Das Junglehrerprogramm, das Personalentwicklungskonzept, das gleichermaßen die im Dienst befindlichen Kollegen einschließt, ein Konzept, das ich mir wünsche, ist hoch notwendig und wichtig und wird gerade sehr konzentriert vom Bildungsminister vorbereitet. Ebenso wichtig ist die Wertschätzung, die wir gegenüber den im Land bereits beschäftigten Lehrerinnen und Lehrern zeigen.

Es ist auch überfällig, darüber nachzudenken, ob Alleinstellungsmerkmale wie Unterrichtsverpflichtung in unserem Land noch zeit- und wettbewerbsgemäß sind. Genauso ist darüber nachzudenken, dass aufgrund haushaltsrechtlicher Rahmenbedingungen seit fast zehn Jahren kaum noch Beförderungsmöglichkeiten für Lehrerinnen und Lehrer bestehen. Das muss man sich einmal vorstellen! Also wir müssen beides tun, junge Lehrer für unser Land gewinnen und zugleich verhindern, dass der Erfahrungsschatz der bereits Tätigen verloren geht.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben im Januar ein neues Schulgesetz verabschiedet und damit einen Handlungsrahmen, der die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt stellt. Mit diesem Gesetz wird flächendeckend die Selbstständige Schule zum Leitbild der pädagogischen Arbeit. Lehrerinnen und Lehrer erhalten Freiräume für die Gestaltung moderner pädagogischer Programme. Jetzt brauchen wir – das steht als Nächstes an – ein Lehrerbildungsgesetz, mit dem sowohl Aus- als auch die Fort- und Weiterbildung den wachsenden Anforderungen angepasst wird. Es wird erarbeitet und diesem Haus, Herr Bluhm, in Kürze vorgestellt.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Da freuen wir uns drauf. – Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren, diesen Vorsprung dürfen wir nicht verspielen. Ein wettbewerbsfähiges Schulsystem und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes bedingen einander. Wir können keinen mehr zurücklassen. Wir brauchen jeden. Alle Schulabgänger werden sich in absehbarer Zeit die Ausbildungsplätze aussuchen können. Was hier in der Zukunft zählt, ist die Qualität der Abschlüsse, sind die Fähigkeiten und Fertigkeiten, mit denen die Schüler die Schule verlassen. Wir sind aufgefordert, jetzt zu handeln und bereits mit dem nächsten Haushalt notwendige Weichenstellungen herbeizuführen. Der Dank allein reicht den Lehrerinnen und Lehrern schon lange nicht mehr. Die Arbeitsplatzsicherheit wird nicht mehr erwähnt. Viele leisten mehr, als ihnen tatsächlich vergütet wird.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Na ja, die Worte hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.)

Worte allein machen nicht satt und zufrieden. Der Minister handelt. Unterstützen wir ihn dabei, denn er ist der

erste Bildungsminister, der diese Probleme im Land anpackt.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Ha, ha! – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Und ein kleiner Hinweis zum Schluss: Wir werden die genannten Ressourcen aufbringen müssen. Die Ministerpräsidenten aller Länder haben sich im Rahmen des Bildungsgipfels verpflichtet, auch Mecklenburg-Vorpommern, bis 2015 zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Bildungsausgaben zu verwenden. Daran werden uns die Menschen messen.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Wir auch, wir auch!)

Machen wir gemeinsam den ersten Schritt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Andreas Bluhm, DIE LINKE: Warten wir mal auf den Doppelhaushalt.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Reinhardt.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Lüssow von der Fraktion der NPD.

Birger Lüssow, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die FDP will also das Lehrpersonalmanagement liberalisieren, statt es weiter einzuschränken. Ein echter FDP-Antrag – Management und liberal. Die Signalweite stimmt für Ihre Wählerschaft, die sich den Nachwächterstaat wünscht, der mit der Laterne nur eben vorbeischaute, wenn die Wirtschaft mit ihrem Plünderungszug fertig ist. Wenn es nach Ihnen geht, meine Damen und Herren von der FDP, dann würde das Schulwesen am besten direkt von der Wirtschaft gesponsert werden. Der Biologieunterricht mit freundlicher Unterstützung von Bayer, Geschichtsunterricht von Bertelsmann und so weiter. Sie schaffen es hier dann immer wieder mit der freundlichen Maske, Ihren Freihandextremismus, der uns gerade in den Ruin geführt hat, zu verdecken. Herr Kreher tritt dann als Biedermann an, der nur das Beste will, während Ihre Stichwortgeber bei Bertelsmann längst Hand ans deutsche Bildungswesen anlegen und zündeln.

Sie wollen also eine Deregulierung, um mehr Lehrer ins Land zu holen. Deregulierung ist ein schönes Wort. Freie Schule klingt auch nicht schlecht. Sie könnten auch sagen, jeder macht, was er will, der Stärkste gewinnt. Nein, verehrte Liberale, das Bildungssystem braucht keine Deregulierung, sondern es muss verlässlich abgesichert sein, finanziell und damit personell. Der Lehrer muss gut ausgestattet sein, was sein Gehalt anbetrifft und was die Ausstattung der Schule anbetrifft, und er muss sich auf den Unterricht konzentrieren können. Das kann er am besten, wenn er nicht durch die Verordnungsflut von Herrn Tesch belästigt wird. Klare, einfache Regeln sind entscheidend für ein vernünftig funktionierendes Bildungssystem und nicht Ihre Chaosaktion „Freie Schule“, bei der Bildungspläne und Profile freie Verfügungsmasse sind. Lehrer sollen sich vor allem mit den Schülern beschäftigen und nicht mit Verwaltungsaufgaben beschäftigt sein.

Was heißt denn bitte schön, Lehrer seien mit attraktiven Angeboten ins Land zu holen und an den Standort zu binden? Mit Standort meinen Sie wohl unsere Heimat Mecklenburg und Pommern.

(Irene Müller, DIE LINKE,
und Peter Ritter, DIE LINKE:
Mecklenburg-Vorpommern!)

Und, was sollen attraktive Angebote sein? Erlebnispädagogik? Eventkultur? Noch mal, es würde schon genügen, wenn die Schulen anständig finanziell ausgestattet werden und die Lehrer ebenso anständig bezahlt würden. Die Landesregierung soll einfach die Lehrergehälter anheben und dann können Sie sich Ihr ganzes Lehrermanagement, was Sie wohl am liebsten bei Roland Berger bestellen würden, sparen. Was sind denn optimale Entfaltungsmöglichkeiten? Die optimale Entfaltungsmöglichkeit, das sage ich jetzt zum dritten Mal, sind gut renovierte und gut ausgestattete Schulen.

Und dann, Herr Kreher, Sie wollen eine weiter gehende Vereinfachung haben sowie Chancengleichheit. Deregulierung schafft aber keine Chancengleichheit. Ihr Liberalismus führt zu Schulen für Besserverdienende und jene, die hinten wegfallen in diesem System.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Die NPD setzt sich für ein von der Gemeinschaft gut ausgestattetes einheitliches Schulsystem ein. Das würde gerechte Bildungschancen bieten. Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Lüssow.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Vizepräsident der Fraktion der FDP Herr Kreher.

(Vincent Kokert, CDU:
Nun aber Butter bei die Fische hier.)

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Brodkorb, offenbar ist das Wort „liberalisieren“ wirklich bei Ihnen ein Angstbegriff. Das ist leider so. Ich habe aber andererseits gerade bei Ihnen gemerkt,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Er kritisiert
das, wohin die Liberalisierung
geführt hat, die Finanzkrise.)

auf einen kleinen Zwischenruf, den ich gebracht habe, dass Sie offenbar unter Liberalisierung etwas ganz anderes verstehen als wir echten Liberalen.

(Beifall und Heiterkeit bei
Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Als ich dazwischengerufen habe, haben Sie gesagt, ich müsse doch als Lehrer wissen, dass man nicht dazwischenruft. Herr Brodkorb, Sie haben eine wirklich äußerst konservative Vorstellung vom Beruf des Lehrers.

(Vincent Kokert, CDU: Herr Brodkorb ist
konservativ. Das ist mir noch nicht aufgefallen.)

Meinen Sie, der Lehrer würde heute noch, wenn er auf der Tatsache der heutigen Pädagogik ist, immer nur frontal unterrichten?

(Michael Andrejewski, NPD: Mit Rohrstock. –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Meinen Sie das wirklich? In meinem Beruf, ich als Lehrer in meinen Fächern habe es durchaus gern gesehen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

wenn Schüler auch ihre Meinungen mit eingebracht haben im Dialog miteinander. Das ist nicht einfach Undiszipliniertheit, sondern das ist Mitarbeit.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Das haben Sie offenbar nicht verstanden. Sie gehen immer noch von einem alten Lehrerbild aus. Und das meinen wir unter anderem mit Liberalisierung,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Das würde ich ihm aber nicht unterstellen.)

dass wir hier dem Lehrer im Land die Möglichkeiten schaffen, dass er seine Vorstellungen von Pädagogik mit einbringen kann, dass er diese Gestaltungsmöglichkeiten hat, und zwar möglichst mit Voraussetzungen, die besser sind als in anderen Bundesländern. Das ist Liberalisierung. Und warum wollen Sie das nicht?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Das ist das, was ich zu Ihnen sagen wollte.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist vielleicht
liberale Politik, aber Liberalisierung ist was
anderes. Das müssten Sie eigentlich wissen.)

Ganz kurze Sache, Frau Ministerin: Frau Ministerin, Sie haben bei mir kritisiert, dass ich nicht immer bei jedem Mal von Lehrer und Lehrerin spreche. Also im Schulgesetz haben wir auch immer von Lehrern gesprochen und zum Schluss bemerkt, dass es sich natürlich um Lehrer und Lehrerinnen handelt. Ich werde grundsätzlich, sage ich Ihnen, immer seltener Lehrer und Lehrerinnen betonen, weil mir das auch manchmal zuwider ist, wenn zum Beispiel der Finanzminister, der Bundesfinanzminister von Sparinnen und Sparern spricht, wenn viele Politiker nur noch von Lehrern und Lehrern sprechen.

(Zuruf von Ministerin Manuela Schwesig)

Also es geht doch darum, ein Bewusstsein zu haben von Gleichstellung

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Richtig.)

und ich glaube, Frau Dr. Seemann wird mir bestätigen können, dass ich mich in dieser Weise besonders einsetze. Also das ist auch etwas, was ich kurz hier noch mal klarstellen wollte. Ich habe nicht viel Zeit, ich habe nicht 19 Minuten Zeit wie Herr Reinhardt, ich muss kurz sprechen, meine Damen und Herren.

(Udo Pastörs, NPD: Schnell. –
Zuruf von Peter Stein, CDU)

Herr Bluhm, in Ihrer Anregung ist viel drin gewesen, worüber ich gern nachdenken würde,

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Das ist konstruktiv gewesen. –
Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

worüber ich gern im Ausschuss mit Ihnen gemeinsam über den richtigen Weg sprechen würde. Deshalb wollen wir es im Ausschuss behandeln. Und dass wir in unseren kurzen Begründungen das manchmal, Herr Brodkorb, nur kurz fassen konnten und es dabei zwangsläufig wie auch bei all Ihren Anträgen immer allgemein bleibt,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, na, na, na!)

das ist doch wohl klar. Das müssen wir uns doch nicht jedes Mal gegenseitig vorwerfen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Peter Ritter, DIE LINKE: Das stimmt so nicht. Das ist eine Unterstellung.)

Wir wollen doch. Und das sage ich hier auch noch mal: Wir haben heute Morgen gesagt, Ihr Antrag geht in die richtige Richtung. Wir haben in vielen Bereichen auch was auszusetzen

(Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

und deshalb haben wir gesagt, wir stimmen der ganzen Sache zu. Also wenn es Ihnen wirklich um die Sache, wenn es Ihnen wirklich darum geht, gemeinsam hier zwischen allen Parteien, die in demokratischer Hinsicht für das Land wirken wollen, zu agieren, wenn es Ihnen darum geht, dann können Sie doch nichts dagegen haben, dass wir dies im Ausschuss genauer beraten,

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Doch. Warum denn nicht?)

und da ist sachliche Beratung angebracht. Das wollen wir und nichts anderes, meine Damen und Herren.

(Gino Leonhard, FDP: Ganz genauso ist das.)

Wir wollen etwas für dieses Land tun mit Ihnen,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

soweit es möglich ist, zusammen.

Dass wir in manchen Punkten unterschiedliche Auffassungen haben, Herr Bluhm, das brauchen wir nicht zu betonen. Eins möchte ich Ihnen allerdings noch sagen: Ich habe immer wieder gesagt, wir müssen das Lehrpersonalkonzept überwinden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Überwinden heißt ja nicht abschaffen. – Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Überwinden, das heißt nicht, dass wir, das ist vollkommen klar, es von heute auf morgen abschaffen können. Aber wenn wir dem Lehrermangel entgegenwirken wollen, dann müssen wir doch für alle – junge und ältere Lehrer – Perspektiven geben. Was soll werden in diesem Land? Das ist das Wichtigste: Wer sich hier engagieren will, der muss Hoffnungen haben, dass er sich einbringen kann. Und darum geht es uns, das ist auch das Ziel der Liberalisierung. Auch wenn Ihnen dieser Begriff immer nicht passt, uns ist er sehr lieb. – Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Kreher.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Heydorn von der Fraktion der SPD.

(Ralf Grabow, FDP: Herr Heydorn ist auch noch Lehrer geworden. Super!)

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Also ich bin kein Lehrer und ich habe auch nicht die Absicht, Lehrer zu werden,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aber Experte.)

aber als Nichtlehrer werfen sich für mich einige Fragen auf.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Also beispielsweise die erste Frage: Wie soll denn ein gepflegter Diskurs zwischen Lehrern und Schülern möglich sein, wenn die Schüler immer unqualifiziert dazwischenrufen?

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Also, Herr Kreher, Sie haben ja hier gerade meinen Kollegen Brodkorb kritisiert

(Hans Kreher, FDP: Also ich habe nichts von unqualifiziert gesagt.)

und haben uns dann Ihre Vorstellung dargelegt von Liberalisierung, Liberalisierung des Lehrerberufes und des Lehrereinsatzes. Und wenn ich Sie richtig verstanden habe, heißt für Sie Liberalisierung, dass bei uns in Mecklenburg-Vorpommern Lehrer, ich sage mal, didaktische Methoden zur Anwendung bringen dürfen, die es im letzten Jahrhundert noch nicht gegeben hat. Was ich bisher nicht wusste, Herr Kreher, ist, dass bei uns im Land die Lehrer bis heute verpflichtet sind, Frontalunterricht mit Rohrstock durchführen zu müssen.

(allgemeine Heiterkeit)

Also insofern verstehe ich das jetzt nicht so ganz. Vielleicht haben Sie noch Redezeit und können uns das noch mal näherbringen,

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

was damit im Detail von Ihnen gemeint war.

(Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

Damit möchte ich meine Rede auch schon beenden und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Also erhellend war das nicht.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Heydorn.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2277 zur Beratung an den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion der FDP und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der NPD abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2277 in der Sache. Wer diesem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2277 bei Zustimmung der Fraktion der FDP und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der NPD abgelehnt.

Meine Damen und Herren, von der Fraktion der NPD liegt Ihnen auf Drucksache 5/2346 ein Antrag zum Thema „Genmais stoppen“ vor. Auf Wunsch der Antrag-

steller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraph 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden.

Wird zur Begründung der Dringlichkeit das Wort gewünscht? – Bitte, Herr Abgeordneter Borrmann.

Raimund Frank Borrmann, NPD (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Abgeordnete des Landtages! Wir haben in der gestrigen Fragestunde vernommen, dass der Minister, der zuständige Minister, der gerade mal nicht anwesend ist, an die Bundesministerin geschrieben hat mit der dringenden Bitte, doch das Problem, das die Bundesministerin angesprochen hat, eines möglichen Verbotes von Genmais MON810 zu beantworten.

Der Minister hat auch darauf hingewiesen, dass ein ähnlich lautender Brief, den er vor circa zwei Jahren geschrieben hat, nicht beantwortet worden ist. Daraus haben wir geschlossen, dass es dringlich erforderlich ist, dass der Landtag den Minister insofern unterstützt, dass der Landtag sich dafür ausspricht, dass die zuständige Bundesministerin den Brief beantwortet, um die Interessen der Bauern des Landes, die erwägen, hier ein gentechnisch verändertes Gut auszusäen, dass also für diese Bauern Rechtssicherheit geschaffen wird, dass auch für Bürger des Landes Rechtssicherheit geschaffen wird, zu wissen, welche Zukunft diese Maissorte bei uns in diesem Land hat.

Es ist dringend erforderlich, da im April die Aussaat beginnt, Wochen vorher bereits das Saatgut geordert werden muss. Ja, nicht nur das Saatgut geordert, es ist auch dringend erforderlich, dass Verträge abgeschlossen werden. Das alles hat einen bestimmten Zeitraum und es bedeutet eine Schädigung und eine Interessenverletzung, wenn dann ein Verbot kommt und die entsprechenden Bauern das nicht wissen oder sie überhaupt nicht wissen, wie sie darauf reagieren sollen. Deshalb ist es dringend erforderlich, dass die Bundesministerin hier eine Antwort gibt, dass nicht wieder die Zeit verstreicht und dann irgendwelche spontanen Aktionen kommen. Und deshalb halten wir es auch für dringend geboten, dass der Landtag den Brief des Ministers dahin gehend unterstützt und sich dafür ausspricht, dass die Ministerin hier eine Antwort in kurzer Zeit vorgibt. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Borrmann.

Wird das Wort zur Gegenrede gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Ich lasse dann über die Erweiterung der Tagesordnung abstimmen. Wer der Erweiterung der Tagesordnung zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Erweiterung der Tagesordnung bei Zustimmung der Fraktion der NPD, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der FDP abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 33**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Gesetzliche Rente muss tragende, armutsfeste Säule der Alterssicherung werden, Drucksache 5/2183. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2341 vor.

Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Gesetzliche Rente muss tragende, armutsfeste Säule der Alterssicherung werden
– Drucksache 5/2183 –

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 5/2341 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Müller von der Fraktion DIE LINKE.

Irene Müller, DIE LINKE: Werte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Abgeordnete! Mein Hund muss in Rente und das hat er uns jetzt klar und deutlich gezeigt. Wir sprechen aber heute hier nicht zu einem Antrag, wo es um Rente für Tiere geht, sondern um die Rente von der unserigen jetzigen Generation und der zukünftigen Generation. Und in diesem Zusammenhang stellten wir als Fraktion DIE LINKE am 28. Januar einen Antrag, einen Dringlichkeitsantrag, weil wir davon erfahren hatten, dass Anfang Februar der Bundesminister für Arbeit und Soziales die Ministerpräsidenten zu sich rufen möchte, um Rentenprobleme zu diskutieren. Und wer wenn nicht wir hier in den neuen Bundesländern weiß um Rentenprobleme, die von Anfang an bestanden haben und die wir immer noch für unsere Rentnerinnen und Rentner versuchen glatt zu bügeln, aber in der Zwischenzeit selbstverständlich auch glatt zu bügeln als Rentensystem für alle Rentner und Rentnerinnen in Deutschland.

Und da muss ich zu Ihnen sagen, Herr Kreher, ja, Rentner und Rentnerinnen. Und wenn Sie so liberal davon sprechen, das ist eine Einstellung,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Der geht gerade raus.)

dann könnten Sie ja auch mal von Lehrerinnen sprechen und die Lehrer dürfen sich mit einbezogen fühlen. Wie wär's denn damit?

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Unser Rentenanspruch sollte Herrn Sellering, unserem Ministerpräsidenten, den Rücken stützen und noch einmal darauf aufmerksam machen, was wir als Rentenpolitik für wichtig halten. Wir sprachen davon in Punkt 1, dass es uns um die Rentenerhöhung geht, die Rentenerhöhung, die für dieses Jahr geplant ist, und dass wir darauf aufmerksam machen wollen, dass wir vorschlagen, diese Erhöhung um 2,75 Prozent ausfallen zu lassen, so, wie es von dem Schätzungsrat vorgeschlagen worden ist.

Unter 2. hatten wir dargestellt, dass wir dafür sind, dass die Rente höher ausfällt in der Erhöhung, wenn das Lohnniveau sich 2008 mehr erhöht, als erst mal gedacht worden war.

Unter 3. hatten wir vorgeschlagen, dass der Rentenwert Ost unbedingt an den Rentenwert West angeglichen wird, und zwar merklich vor dem Jahr 2012, und hatten in diesem Zusammenhang auch davon gesprochen und hier dargestellt, dass die Höherbewertung unserer Renten in Ost beibehalten werden muss, dass diese Höherbewertung nicht im kausalen Zusammenhang steht mit einer Rentenangleichung. Das ist eine politische Entscheidung, die treffen wir und da braucht kein Druck aufgebaut zu werden.

Dann haben wir davon gesprochen unter Punkt 4, dass wir für die Abschaffung der Abwertung sind für Frühberentung, dass wir dafür sind, dass Rentenzeiten während SGB II höher berechnet werden. Und im Endeffekt haben wir dann noch gesagt, dass wir auch dafür sind, dass es keine Rente ab 67 gibt, sondern zurückgegangen wird auf die Rente ab 65.

(Udo Pastörs, NPD: Das können die gar nicht mehr bezahlen.)

So war das.

Heute ist das zwar so, dass wir mit dem Dringlichkeitsantrag nicht mehr in Richtung des Datums gehen, um Unterstützung geben zu können. Heute stehen aber Fragen, und zwar steht die Frage: Was hat das Gespräch beim Bundesminister gebracht? Was haben Sie, Herr Ministerpräsident, vertreten und welche Positionen haben Sie dargestellt im Sinne der Rentnerinnen und Rentner einmal Ost und einmal im Sinne der Rentnerinnen und Rentner in ganz Deutschland? Welche Positionen? Von den Dingen, die uns durch die Presse zu Ohren gekommen sind, ist von dem, was in unserem Rentenanspruch gesprochen worden war, ziemlich wenig übergekommen. Ganz abgesehen von der Anpassung Rentenwert Ost/West, da habe ich gar nichts hören können. Vielleicht hat Herr Ministerpräsident Frau Ministerin Schweigig in der Richtung was mitgegeben, was wir heute hier erfahren können.

Wir wissen und wir wussten immer, dass das Rentenproblem an sich hier in Deutschland ein sehr schwieriges Thema ist. Sich aber darum zu treffen, um das miteinander zu erklären, ist zu wenig. Das erkläre nicht ich jetzt hier an diesem Podium, sondern das sagte Herr Dr. Niederland als Vorsitzender der VS. Ja, das ist zu wenig und deswegen unsere Frage. Es geht uns um die Vollendung der sozialen Einheit hier in Deutschland. Und solange wir ein Rentenrecht Ost/West besitzen, eine Berechnung Ost/West, mehrere Rentenlücken immer noch bei der Überführung der Ostrenten in Westrenten und so weiter und so fort bestehen, ist diese Einheit nicht gebracht. Wenn wir diese Einheit nicht bringen, lösen wir ein Versprechen nicht ein, ein Versprechen, das vertraglich geregelt wurde im Einigungsvertrag und endlich seiner Erfüllung wartet.

Zwei Dinge sind für mich in diesem Zusammenhang sehr, sehr wichtig und für unsere Fraktion auch sehr wichtig und in der Zuspitzung der Finanzkrise, die den ganzen Erdball umspannt, werden sie lebenswichtig: Wir stellen fest, dass die Abkopplung der Rente von den Gewinnen der Konzerne ein vollkommen falscher Weg war, nicht nur in Hinsicht auf die Rentenberechnung für die Zukünftigen, sondern überhaupt. Wir stellen fest, dass die zunehmende Privatisierung unserer Renten der völlig falsche Weg ist. Es gibt immer mehr Menschen, die überhaupt nicht in der Lage sind, für eine private Vorsorge in Richtung Rente zu sorgen. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Das wird uns auch laut Statistik bewiesen. Es gibt immer mehr Menschen, die, obwohl sie private Vorsorge leisten wollen und es auch in einem gewissen Maße tun, es im Endeffekt viel zu gering tun, weil sie einfach nicht mehr Geld zur Verfügung haben, um eine andere Rentenzuzahlung im Alter zu erreichen.

Wir stellen uns natürlich sehr besorgt die Frage, mit einem Lächeln, ob die Rentenpolitik, die zurzeit uns vorgegaukelt wird, irgendetwas mit den Wahlen zu tun

hat. Wir wissen aus der Erfahrung der letzten Jahre, dass, wenn Wahlen anstanden, immer irgendwelche Dinge als Brosamen unter die Welt geschmissen wurden, wonach sich alle Rentnerinnen und Rentner dann richtig freuen sollten.

Dass wir das so feststellen, ist eigentlich aus der Verfahrensweise zu bemerken, die sich die Regierung selbst gegeben hat. Wie sonst würde man eine Rentenerhöhung des Jahres 2008 und 2009 auf 2010 und 2011 anrechnen und in der Quintessenz dann eine Rentenerhöhung in 2010 und 2011 vornehmen von 0,6 Prozent? Bei der Art und Weise, wie durch die Finanzkrise die Inflation steigt, ist das im Vorfeld schon als eine lächerliche Art und Weise anzunehmen, mit der Rentner abgepeist werden sollen.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist nicht wahr, wir kriegen Deflation demnächst.)

Und zu der Bemerkung an uns, wir sollten bitte die Rente nicht zum Wahlkampftema unserer Partei machen, da muss ich ganz einfach sagen, meine Damen und Herren: Solange wir hier in der Bundesrepublik Deutschland – in Anführungsstrichen – angekommen sind, setzt sich unsere Fraktion für gerechte Rentenlösungen ein. Wir konnten nichts dafür, dass die Rentenüberleitungsgesetze I und II so was von lückenhaft waren, dass sie in der Umsetzung nur Ungerechtigkeit brachten. Wir haben die ganzen Jahre nicht verpasst, die dementsprechenden Anträge in Bund und Land zu stellen, und wir werden das auch weiter so tun. Unsere Rentenkampagne „Gute Arbeit, gute Löhne, gute Renten“ hat schon im Jahr 2008 angefangen, im Juni, und zieht sich selbstverständlich durch dieses ganze Jahr durch.

Ob Sie das als Extrawahlthema nehmen oder endlich akzeptieren als eine Politik der Partei DIE LINKE für unsere Rentnerinnen und Rentner, ist Ihnen überlassen. Ich sage Ihnen: Wahlkampf ist es auch, sehr wohl, aber nicht Wahlkampf des Wahlkampfes wegen, sondern Thema, Thema der LINKEN. Wir sind dafür, dass die Lebensstandardsicherung durch gesetzliche Rente gesichert wird, durch gesetzliche Rente. Ich hörte einen Zwischenruf, dass das Geld dafür nicht reicht. Nein, so, wie Sie jetzt das Geld einsammeln, reicht es nicht. Es gibt aber dementsprechende Rentenkonzepte, wie die gesetzliche Rente reicht, ...

Vizepräsidentin Renate Holznel: Frau Müller, Sie haben in einer Minute die Einbringungszeit ausgeschöpft.

Irene Müller, DIE LINKE: Danke.

... ohne irgendeinen Generationskonflikt aufzumachen. Wir wollen eine gesetzliche, armutsfeste, solidarische Rente.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Und das verlangen wir von Ihnen und werden das immer wieder verlangen. Wir sind uns da einig mit Verbänden, Vereinen, Gewerkschaften und so weiter. Das hat auch unser Rentengipfel am 24. Januar in Rostock gezeigt. Demzufolge bleiben die Fragen, wie mit Rente umgegangen wird, wie mit dem Rentenproblem umgegangen wird, vom Land unterstützt, dann in den Bund, nach wie vor, auch wenn der Dringlichkeitsantrag für das Gespräch Anfang Februar nicht mehr ist. Das Problem an sich ist aber da, und deshalb bin ich froh, dass wir es heute auf der Tagesordnung haben. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Müller.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Rühls von der Fraktion der CDU.

Oh, Entschuldigung! Das Wort hat die Ministerin für Soziales und Gesundheit Frau Schwesig.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Das derzeitige System der Rentenberechnung muss überarbeitet werden und ich möchte Ihnen drei Gründe dafür nennen. Es gibt tatsächliche und vor allem große gefühlte Ungerechtigkeiten in der unterschiedlichen Berechnung der Renten zwischen Ost und West

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Das ist nicht gefühlt, das ist ganz real.)

und deshalb müssen wir langfristig zu einem einheitlichen Berechnungssystem kommen. Auch die vielen Einzelprobleme aus der Überleitung der DDR-Renten müssen endlich geklärt werden, zum Beispiel die der geschiedenen DDR-Frauen. Und es droht zunehmende Altersarmut. Insbesondere künftige Rentnerinnen und Rentner werden zu Teilen finanziell unter Druck stehen. Die Gründe sind schnell aufgezählt. Sie heißen: Langzeitarbeitslosigkeit, Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung und Niedriglohn.

(Gabriele Měšťán, DIE LINKE: Richtig. –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Und diese Phänomene lassen die Renten schrumpfen.

Vor diesem Hintergrund wünscht sich auch die Sozialministerin, dass gehandelt wird. Deshalb unterschreibe ich die Forderung, die die Linksfraktion in die Überschrift ihres Antrags gepackt hat: Die gesetzliche Rente muss eine tragende, armutsfeste Säule der Alterssicherung werden. Wir sind uns auch einig, dass Rentnerinnen und Rentner in Ost und West gleich behandelt werden sollten. Bei der Berechnung der Rente darf es keine Rolle spielen, ob der Empfänger in Rostock oder in Bremen, in Torgelow oder Travemünde wohnt.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Richtig.)

Allerdings, um diese harte Nuss zu knacken, brauchen wir Lösungen, die realistisch und ehrlich sind und die vor allem im Osten und im Westen akzeptiert werden. Und an dieser Stelle, sehr geehrte Abgeordnete der Linkspartei, enden unsere Gemeinsamkeiten.

Ich will skizzieren, wie wir versuchen wollen, mithilfe auskömmlicher Renten Altersarmut zu verhindern.

Eine Vorbemerkung: Im Zuge der Wiedervereinigung war es notwendig und berechtigt, in Ost und West unterschiedliche Systeme zur Berechnung von Renten zu installieren. Schließlich ging es darum, den Arbeitnehmern in Ostdeutschland eine angemessene Alterssicherung zu verschaffen, obwohl die Wirtschaft in Ostdeutschland als Folge der Teilung unbestritten schwächer war als die in Westdeutschland. Daraus

resultieren auch im Übrigen die geringeren Löhne in Ostdeutschland. Ohne diesen Schutzschirm wäre die Altersarmut im Osten schnell zu einem großen Problem herangewuchert. Diese Unterschiede bei der Festsetzung der Renten dürfen allerdings nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag gelten.

(Irene Müller, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Dass wir dieses Problem anpacken müssen, geht vor allem darauf zurück, dass die Angleichung der Löhne in Ost und West ins Stocken geraten ist. Dazu kommt ein Effekt, den die Hochwertung der Ostlöhne mit sich gebracht hat. Ein Arbeitnehmer aus Stralsund – in einigen Branchen ist das bereits der Fall –, der keine Einkommensnachteile gegenüber einem Kollegen in Göttingen hat, kommt bei der Rente besser weg. Das ist eigentlich auch nicht mehr im Sinne der Erfinder und das führt eben zu Ungerechtigkeitsempfindungen, die bei uns in Ostdeutschland natürlich herrschen, aber mittlerweile auch zu Teilen in Westdeutschland.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Und deshalb können wir auch nicht die Angleichung der Rentenwerte und den Erhalt der Höherwertung fordern, so, wie es die LINKE macht.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Nein. Stufenweise Absenkung.)

Das ist nicht vermittelbar. Die Einheit bei der Rentenberechnung müssen wir auf politischem Weg schaffen. Die Anwartschaften und Entgeltpunkte, die bis dahin erworben werden, dürfen nicht angetastet werden. Das Wort „Besitzstandswahrung“ hat heutzutage einen negativen Unterton. Bei der angestrebten Angleichung ist die Forderung, Besitzstände zu wahren, aber sehr berechtigt. Wir müssen das Problem der sogenannten Bestandsrentner lösen, die ihre Ansprüche bereits erworben haben. Hier müssen wir unterschiedliche Behandlungen von Ost- und Westrentnern ausgleichen. Sobald es in Ost und West nur noch ein System zur Berechnung von Renten gibt, ist die Hochwertung der ostdeutschen Löhne und Gehälter aufzugeben. Dies würde allerdings jene Versicherten in Ostdeutschland besonders treffen, die auf dem Niedriglohnsektor arbeiten. Hier droht Altersarmut. Deshalb müssen wir den Wegfall der Hochwertung abfedern. Auch droht im Westen diese Altersarmut, denn hier arbeiten auch viele Menschen im Niedriglohnsektor. Und deshalb müssen wir für alle Beschäftigten, unabhängig von Ost und West, die insbesondere im Niedriglohnsektor arbeiten, Vorkehrungen treffen, die drohende Altersarmut verhindern.

Aus Sicht des Sozialministeriums ist dies am besten durch ein Bündel von Maßnahmen zu erreichen. Zunächst sollte die Zeit des ALG-II-Bezugs bei der Festsetzung der Rente höher bewertet werden als bislang üblich. Heutige ALG-II-Empfänger erwerben für jedes Jahr, in dem sie Leistungen beziehen, einen monatlichen Rentenanspruch von 2 Euro und 17 Cent. Das ist natürlich zu wenig. Diese Praxis schmälert die Ansprüche so sehr, dass jemand durch längere Arbeitslosigkeit Gefahr läuft, mit seiner Rente unter der Grundsicherung zu bleiben. Für die zukünftigen Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland könnte das zu Teilen wegen der gebrochenen Erwerbsbiografien nach der Wende ein großes Problem werden.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Das wird es auch, das ist jetzt schon klar.)

Um langjährig Versicherte, die Zeit ihres Lebens wenig verdient haben, aber gearbeitet haben, nicht zu benachteiligen, sollte darüber hinaus über eine Mindestrente gesprochen werden. Hierfür müsste man niedrige Einkommen hochwerten. Und das Problem besteht eben in Ost und West.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Eben.)

Allerdings gilt hier wie bei der Aufwertung des ALG-II-Bezugs, der ALG-II-Bezugszeit: Die Kosten trägt der Steuerzahler und es wird keine Lösung geben, die nicht mehr Geld kostet. Das zu erwähnen, verlangt das Gebot der Ehrlichkeit.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Na klar. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Zum Schluss würde ...

Nein, Frau Müller, Entschuldigung. Sie haben gesagt, das würde alles irgendwie, also generationsgerecht, gehen und ohne Mehrkosten. Das ist nicht der Fall.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Das hat sie nicht gesagt. – Irene Müller, DIE LINKE: Das habe ich nicht gesagt.)

Und das ist das große Problem bei der Rente.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ich habe gesagt, das Konzept verlangt mehr Geld.)

Und fragen Sie die Sozialverbände! Die teilen unsere Auffassung hier in Ostdeutschland, aber sie haben selbst innerhalb ihrer Strukturen große Probleme mit den vielen, vielen Mitgliedern aus Westdeutschland. Wer denkt, dass dieses Problem einfach zu lösen ist,

(Irene Müller, DIE LINKE: Wir haben immer gesagt, die Einnahmesituation muss verbessert werden und demzufolge müssen Vorschläge gemacht werden.)

irrt, und das dürfen wir den Menschen auch nicht versprechen.

Zum Schluss würde ich Ihnen gern vorrechnen, warum ich die Einführung von Mindestlöhnen für unverzichtbar halte. Der Grundsicherungsbedarf im Alter beläuft sich im Durchschnitt auf etwa 627 Euro im Monat. Um eine gesetzliche Rente in dieser Höhe zu erhalten, muss ein versicherungspflichtig Beschäftigter brutto rund 1.450 Euro pro Monat verdient haben, und zwar 45 Jahre lang. Wenn ich 40 Stunden pro Woche zugrunde lege, komme ich auf einen Stundenlohn von etwa 8,30 Euro. Wohlgemerkt, dieser Stundenlohn von 8,30 Euro würde bei 40 Stunden über 45 Jahre erst die Grundsicherung erwirtschaften. 8,30 Euro, vor allem in den strukturschwachen Gebieten unseres Landes sind Frauen und Männer von einem solchen Stundenlohn weit entfernt. Die Zeitungen sind voll von Artikeln, die immer neue Niedrigstlöhne geißeln. Oft beantragen Arbeitnehmer zusätzlich ALG-II-Leistungen, um überhaupt über die Runden zu kommen. Und das darf nicht sein.

(Irene Müller, DIE LINKE: Richtig.)

Wer Vollzeit arbeitet, muss so viel verdienen, dass der Staat diesen Lohn nicht noch aufstocken muss.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Irene Müller, DIE LINKE: Das ganze System ist falsch.)

Und genau hier schließt sich der Kreis. Vernünftige Löhne erhöhen auch die Renten.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das habe ich ganz genau gesagt.)

Und ich möchte betonen, dass die von mir skizzierten Positionen durch den Ministerpräsidenten bereits in die bundesweite Diskussion eingebracht wurden.

(Rudolf Borchert, SPD: Sehr gut. – Irene Müller, DIE LINKE: Gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente, so stimmt's.)

Das Thema Rente ist in unserer Landesregierung also Chefsache und das ist gut so.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Es ist nichts passiert.)

Abschließend möchte ich einen Appell an alle Demokraten richten. Wir brauchen eine bundesweite, und ich betone, bundesweite, und das heißt eben Ost und West, parteiübergreifende Lösungen und deshalb kann ich nur eindringlich davor warnen, das Thema Rente als Wahlkampfthema zu missbrauchen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Irene Müller, DIE LINKE: Wir missbrauchen es nicht, wir benennen es.)

Wenn Sie es nicht tun, dann müssen Sie sich nicht angesprochen fühlen. Ich habe es an alle Demokraten gerichtet, weil ich bin in diesen Bundesdiskussionen, und glauben Sie es mir, Frau Müller, es wird kein leichter Weg.

(Irene Müller, DIE LINKE: Es ist kein leichter. Gucken Sie sich das Konzept an!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Rühls von der Fraktion der CDU.

Günter Rühls, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch hier handelt es sich wieder um einen Dringlichkeitsantrag aus dem Januar-Landtag, der aufgrund der damaligen Ablehnung der Dringlichkeit jetzt automatisch wieder auf der Tagesordnung ist. Es ist ein Folgeantrag zum Antrag der Fraktion DIE LINKE, die gesetzliche Rente zu einer armutsfesten Alterssicherung zu entwickeln, der im Dezember vergangenen Jahres hier ebenfalls keine Mehrheit fand, ein Antrag voller schöner Worte aus der Kategorie „Wünsch dir was“ und „Mehr für alle“. Die Frage der Finanzierung beantworten Sie nicht.

(Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Doch, ich wünsche mir auch was. – Irene Müller, DIE LINKE: Sie müssten den Antrag bloß mal lesen.)

Auch wird mit diesem Antrag, Frau Müller, das grundgesetzlich geschützte Beitragsprinzip infrage gestellt.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Das geltende Prinzip besagt nämlich, dass sich die Rente nach der Höhe der eingezahlten Beiträge bemisst.

(Irene Müller, DIE LINKE: Eben! Und dann muss man die eingezahlten Beiträge erhöhen, dann muss man vernünftige Arbeit haben.)

Nach dem Grundgesetz muss jeder Beitragseuro gleich behandelt werden. Wer das Beitragsprinzip in der Rentenversicherung infrage stellt,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Machen wir ja nicht. – Irene Müller, DIE LINKE: Das machen wir gar nicht.)

sägt an einem Eckpfeiler unserer sozialen Marktwirtschaft und unserer Sozialversicherung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Irene Müller, DIE LINKE: Wo haben Sie denn das gelesen?)

Zudem wird verkannt, dass es schon jetzt mit der Grundsicherung im Alter gemäß SGB XII de facto eine Mindestrente gibt.

(Irene Müller, DIE LINKE: Wir wollen die solidarische Rente erhalten.)

Zudem wird verkannt, dass schon jetzt in der Ostrentenkasse ein Milliardenloch existiert,

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, weshalb ist das denn so?)

das nur durch Transfers aus dem Westen gestopft werden kann, Tendenz: weiter dramatisch ansteigend. Das Minus in der Ostrentenkasse steigt von derzeit 12,1 Milliarden Euro in diesem Jahr bereits auf 18,8 Milliarden Euro im Jahr 2022. Das ist somit ein Plus von 55 Prozent in den nächsten 15 Jahren.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, dann gibt es die BRD nicht mehr.)

Außerdem ist der gesetzliche Zuschuss aus Steuergeldern zur gesetzlichen Rentenversicherung schon jetzt der größte Einzelposten im Bundeshaushalt, 78,2 Milliarden Euro zusätzlich aus der Staatskasse. Dazu kommen die Beamtenpensionen. Damit wird mehr als ein Viertel beziehungsweise fast ein Drittel des Bundeshaushaltes in Höhe von 283 Milliarden Euro zur Finanzierung der Rente heute verwendet.

Ich kann abschließend nur feststellen, und Sie haben es ja auch gesagt, Sie eröffnen den Bundestagswahlkampf, Sie führen ihn hiermit. Ich kann hier nur feststellen, dass wir den Antrag erneut ablehnen werden. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Rühls.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Grabow von der Fraktion der FDP.

(Vincent Kokert, CDU: Liberale Wunderwaffe. – Irene Müller, DIE LINKE: Jetzt kommt die liberale Rente.)

Ralf Grabow, FDP: Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine lieben Kollegen! Die OECD-Studie aus dem Jahr 2007 zum Deutschen Rentensystem befürwortet den grundsätzlichen Ansatz des deutschen Systems der Altersvorsorge. Rente in Deutschland ist ein Vorsorgemix

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

aus umlagefinanzierter, gesetzlicher Rentenversicherung und kapitalgedeckter, betrieblicher, privater Vorsorge. Dass das Niveau der Vorsorge aus der gesetzlichen Rentenversicherung als ein Teil dieses Mixes in den nächsten Jahren deutlich zurückgeht, ist für sich genommen doch kein Grund zur Panikmache. Erst wenn es nicht gelingt, die durch die Absenkung des Nettorentenniveaus vor Steuern entstehenden Versorgungslücken durch den Ausbau der kapitalgedeckten Eigenversorgung anderweitig zu schließen, werden wir ein ernstes Problem hinsichtlich der Sicherung des Lebensstandards im Alter bekommen.

Die gesetzliche Rente reduziert sich in ihrer Funktion mehr und mehr auf eine Existenzsicherung. Wer mehr als nur Existenzsicherung will, ist gut beraten, sich beizeiten darum zu kümmern.

(Udo Pastörs, NPD:
Am Aktienmarkt zu investieren.)

In diesem Zusammenhang möchte ich mehrere Anmerkungen machen. Zunächst einmal muss man, wenn man die betriebliche oder private Eigenversorgung aktivieren will, den Menschen die ungeschminkte Wahrheit sagen. Die FDP fordert seit Langem, dass die Renteninformation der gesetzlichen Rentenversicherung für ihre Prognosen inflationsbereinigte Werte ausweist, um den Versicherten einen realistischen Wert ihrer künftigen Rentenansprüche zu vermitteln. Bisher wird in den Informationsbriefen nur darauf hingewiesen, dass dieser Wert noch inflationsbereinigt werden muss. Es ist aus meiner Sicht zumindest zweifelhaft, ob alle Versicherten den sich daraus ergebenden Handlungsbedarf in seiner ganzen Brisanz erkennen. Sodann ist die Politik aufgefordert, denen, die eine Notwendigkeit für eine ergänzende Vorsorge für sich erkannt haben, die notwendige Förderung zukommen zu lassen.

Ferner ist beim Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand mehr Flexibilität erforderlich. Altersarmut kann auch dadurch vermieden werden, dass ältere Arbeitnehmer nicht mehr wie bisher regelrecht aus dem Arbeitsleben verdrängt werden und bei Hartz IV landen. Ihnen sollte auf der Basis einer freien Entscheidung eine lange Teilhabe am Erwerbsleben ermöglicht werden.

Die FDP hat auf ihrem Bundesparteitag in Stuttgart, wen es interessiert, hierzu Ideen beschlossen und fordert daher, dass Versicherte ab dem 60. Lebensjahr durch den Bezug einer Voll- oder Teilrente auf erworbene Rentenanwartschaften auch zur Vermeidung von Altersarmut zurückgreifen können. Gleichzeitig müssen die bisherigen bestehenden Zuverdienstgrenzen wegfallen. Das wäre aus unserer Sicht ein entscheidender Schritt nach vorne, mit dem die individuelle Entscheidung eines jeden Einzelnen in den Vordergrund gestellt wird. Das ist besser als ein starres gesetzliches Rentenalter, beispielsweise 67 Jahre, das unter den heutigen Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt viele nicht erreichen werden.

Schließlich sollte nicht vergessen werden, dass wir zur Vermeidung von Altersarmut eine bedarfsgerechte Grundsicherung im Alter haben. So wünschen wir, dass nur wenige Menschen unseres Landes auf eine Grundsicherung zurückgreifen müssen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir sollten gemeinsam die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass möglichst viele durch eigene Erwerbstätigkeit in die Situation versetzt werden, am Ende ihres Erwerbslebens in der Summe aus gesetzlicher, privater, betrieblicher Vorsorge auf einen guten Betrag zurückgreifen zu können, der ihn nicht nur die Existenz, sondern auch ihren Lebensstandard sichert. Dem vorliegenden Antrag werden wir nicht zustimmen, weil er nur das versucht, was SPD und CDU seit Jahren machen, an einem völlig überholten Rentensystem herumzudoktern, anstatt über einen grundsätzlichen Systemwechsel nachzudenken. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Grabow.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heydorn von der Fraktion der SPD.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wie der grundsätzliche Systemwechsel beim Thema Rente nach Auffassung der FDP aussieht, ist bekannt.

(Hans Kreher, FDP: Aha!)

Das bedeutet dann wahrscheinlich

(Hans Kreher, FDP:
Wahrscheinlich, wahrscheinlich!)

vollständige Privatisierung.

(Hans Kreher, FDP: Aha! Da müssen Sie sich mal genau damit befassen.)

Aber dass die vollständige Privatisierung nichts bringt, wissen wir ja.

(Zurufe von Ralf Grabow, FDP,
und Hans Kreher, FDP)

Das ist letztendlich inzwischen bekannt und durchgerechnet. Die Einführung der Riesterrente führt zu Profiten bei den verschiedensten Anbietern. Ob das zum Nutzen der Einzahler in diese Rentensysteme ist, das kann man inzwischen, glaube ich, trefflich infrage stellen.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Also insofern sollten wir lieber hier bei dem bleiben, was wir haben und was sich bewährt hat.

(Zurufe von Irene Müller, DIE LINKE,
und Hans Kreher, FDP)

Als ich den Antrag der LINKEN hier allerdings gelesen habe, da ist mir Folgendes aufgefallen: Herzlichen Glückwunsch zum Realitätsverlust! Ich glaube, damit lebt man leichter.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Hans Kreher, FDP: Reden Sie weiter. –
Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Damit lebt man leichter, Herr Schnur.

(Irene Müller, DIE LINKE: Inwiefern?)

Das kann ich Ihnen sagen. Ich will jetzt hier nicht das tun, was der Kollege Rühls gemacht hat, und darauf hinweisen, wie Ostrenten subventioniert werden. Das ist nicht das Thema.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das stimmt ja auch nicht. Das stimmt ja auch nicht. Das ist ja diskriminierend.)

Meines Wissens gehen jährlich 80 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt, sprich aus Steuermitteln, in die gesetzliche Rente. Sie subventionieren die gesetzliche Rente, damit jeder Rentner zum Monatsanfang die Rente auf dem Konto hat.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das ist die Anerkennung der Lebensleistung.)

Ja, 80 Milliarden Euro.

Und wenn man sich jetzt mal den Antrag der LINKEN ansieht, dann wird in Punkt 1 gefordert, dass die Ankopplung an die Lohnerhöhung aufgegeben wird, wenn die Lohnerhöhungen unter einer gewissen Höhe zurückbleiben. Ja, kann man fordern. In Punkt 2 wird allerdings gefordert, ist die Lohnentwicklung höher, dann muss es noch zusätzlich was obendrauf geben.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, es kommt ja auch mehr rein. –
Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Ja, da muss zusätzlich was obendrauf.

In Punkt 3 wird gefordert, dass die Höherbewertung der Ostrenten unbedingt erhalten bleiben muss, aber gleichzeitig eine Rentenangleichung an das Niveau West bis zum Jahr 2012 abgeschlossen sein muss.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, weil das nicht miteinander zusammenhängt.)

Größeren Realitätsverlust gibt es doch nicht. Von Ihnen habe ich in vielen Diskussionen erlebt, dass Ihre Vertreter vorne standen und sagten, die Ungerechtigkeiten müssen aufhören, und heute sind Sie diejenigen, die diese Ungerechtigkeiten zugunsten der Menschen in Ostdeutschland fortsetzen wollen,

(Irene Müller, DIE LINKE: Soweit das hier nicht anders bezahlt wird als im Westen.)

indem Sie den Höherbewertungsfaktor beibehalten wollen. Und ich weiß auch, warum Sie das wollen. Weil wenn man den Höherbewertungsfaktor zugunsten einer Rentenangleichung abschaffen würde, dann würde man große Teile der arbeitenden Bevölkerung im Osten schlechterstellen, und damit möchten Sie nicht in Erscheinung treten.

(Irene Müller, DIE LINKE: Sie verkennen, dass wir ungleiche Löhne haben und auf ungleiche Löhne die Höherbewertung erzielen.)

So ist das. Und deswegen drehen Sie diese Pirouetten.

(Zurufe von Regine Lück, DIE LINKE,
und Toralf Schnur, FDP)

In Punkt 4 wird gefordert, dass die Empfänger von SGB-II-Leistungen unbedingt in größerem Umfang Rentenerhöhungen für sich in Anspruch nehmen können müssen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Größerer Umfang steht überhaupt nicht, nur höhere Renten.)

Natürlich soll der Leistungsbezug deutlich verbessert werden.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja.)

Wir wissen, SGB-II-Leistungsbezug führt zu einer Rentenerhöhung von etwas über 2 Euro per annum.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das führt zur Rentenarmut, zur Rentenarmut.)

Und jetzt setzen wir uns mal ruhig hin und fragen: Wie hoch müsste der Rentenzuwachs per annum denn sein,

um über diese Grenze von Grundsicherungshöhe hinauszukommen? Braucht man 10 Euro per annum? Das wird nicht reichen. Braucht man 20 Euro per annum? Das wird vielleicht auch nicht reichen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Sehen Sie, wie Sie analysieren, dass das ganze System nicht stimmt! Das haben Sie wenigstens begriffen.)

Vielleicht ist man irgendwo so bei einer Erhöhung von 30 Euro per annum für Transferleistungsempfänger. Ich frage Sie: Wer soll das bezahlen?

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU, und Irene Müller, DIE LINKE)

Ich bin sehr dafür, aber Sie müssen doch die Frage beantworten, woher das Geld kommt.

(Irene Müller, DIE LINKE: Lesen Sie nur unser Rentenkonzept. – Toralf Schnur, FDP: Oh Gott! Oh Gott!)

Und die nächste Frage, die sich in dem Kontext stellt, ist die Frage: Wer soll denn alles von der armutsfestgesetzlichen Rente partizipieren? Sind das nur die Beitragszahler oder die SGB-II-Leistungsempfänger?

(Irene Müller, DIE LINKE: Sind die keine Beitragszahler oder was?)

Sind es die SGB-XII-Leistungsempfänger? Und was ist mit der großen Anzahl von kleinen Selbstständigen,

(Irene Müller, DIE LINKE: Richtig. – Toralf Schnur, FDP: Richtig, genau die!)

die auch 45 Jahre gearbeitet und die es vielleicht sogar geschafft haben, den einen oder anderen noch zu beschäftigen,

(Irene Müller, DIE LINKE: Sehen Sie!)

aber für die eigene Alterssicherung hat es nicht gereicht? Was ist denn mit denen?

(Irene Müller, DIE LINKE: Die Einzahlungen müssen verändert werden, da gehören die alle mit rein. Steht alles in unserem Rentenbericht.)

Kommen die dann auch in die gesetzliche Rentenversicherung und woher wird das finanziert?

(Toralf Schnur, FDP: Das interessiert doch gar nicht.)

Wir haben, das ist vom Kollegen Rühs schon angesprochen worden, im SGB XII den Bereich der Grundsicherung. Der Bereich der Grundsicherung wird meines Wissens auch unter dem Grundsatz der Nachrangigkeit gewährt. Das heißt: Wenn ich im Lotto gewinne, kriege ich keine Grundsicherung mehr. Wenn ich jemanden heirate, der gut verdient, kriege ich keine Grundsicherung mehr. Soll denn dieser Grundsatz der Nachrangigkeit in Ihrem Konzept aufgegeben werden? Spielt das keine Rolle mehr?

(Irene Müller, DIE LINKE: Genau.)

Ist man nicht mehr verpflichtet, wenn man sich selbst helfen kann, diese Dinge auch einzusetzen? Also in welche Richtung soll das Ganze gehen?

(Irene Müller, DIE LINKE: Sie stellen alle Fragen, die im Rentenkonzept beantwortet worden sind. Also lesen Sie! – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Diese Antworten geben Sie nicht. Sie stellen Forderungen in den Raum, die in der heutigen Zeit nicht zu finanzieren sind. Wir haben Steuerausfälle zu verkraften und Sie wollen immer noch weiter einen drauflegen.

(Hans Kreher, FDP: Ja, genau.)

Das ist einfach unseriös und hat mit der Realität in diesem Land überhaupt nichts mehr zu tun.

(Toralf Schnur, FDP: Das stimmt.)

Deswegen können wir Ihren Antrag nur ablehnen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Irene Müller, DIE LINKE: Sie sollten trotzdem mal lesen. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Heydorn.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Angst vor der Altersarmut ist ein beherrschendes Thema, wenn es um die Versorgung im Alter geht. Während die Rentenbeiträge stabil bleiben, erhalte ich im Alter überhaupt noch aus der gesetzlichen Rentenversicherung eine Rente? Wenn ja, in welcher Höhe? Und reicht diese Rente dann für ein halbwegs sorgenfreies Leben? Was muss ich zusätzlich jetzt unternehmen, um der Armut im Alter zu entgehen? Sind die privaten Vorsorgemöglichkeiten angesichts der weltweiten Systemkrise überhaupt noch sicher? Diese und viele andere Fragen stellen sich im Augenblick viele im Land. Was ist eigentlich noch sicher in unserem Land? Beim Blüm'schen Wahlspruch „Die Renten sind sicher.“ handelt es sich genauso um eine Wählerverarschung – entschuldigen Sie bitte das Wort, aber es passt so dazu – wie bei vielen anderen Aussagen der politischen Klasse. Der Staat hat in der Vergangenheit durch versicherungsfremde Leistungen die Sozialkassen ausgeplündert. Der Staat steht nun in der Pflicht, den angerichteten Schaden wieder gutzumachen.

Wofür stehen wir Nationalisten? Die NPD spricht sich über den Mindestlohn hinaus für eine Mindestrente aus, um Altersarmut zu vermeiden. Gleichzeitig erteilen wir weiteren Anhebungen des Renteneintrittsalters eine klare Absage. Wir benötigen eine komplette Neuordnung des Sozialversicherungssystems, an dessen Ende unter anderem die Versicherungspflicht jedes Staatsbürgers stehen muss. Es muss endlich mehr Gemeinschaftsinn in Deutschland den Alltag beherrschen. Hiervon ist unsere Heimat leider noch weit entfernt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Köster.

Auch wenn Sie sich entschuldigen, weise ich Ihren Ausdruck als unparlamentarisch zurück.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Koplín von der Fraktion DIE LINKE.

Torsten Koplín, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin sehr froh, dass wir seitens der LINKEN diesen Antrag auf der Tagesordnung gelassen haben. Er war anlassbezogen. Herr Rühs hat darauf hingewiesen. Er bezog sich auf das vorgesehene

und nunmehr stattgefundenes Gespräch zwischen der Bundesregierung und den Ministerpräsidenten. Aber es ist gut und wichtig, dass wir ihn auf der Tagesordnung gelassen haben,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Sehr richtig.)

weil wir zum einen hier deutlich noch mal Unterschiede in der Bewertung der Situation und des Verständnisses von einer gesetzlichen Rentenversicherung haben.

Ich möchte gern auf Herrn Heydorn eingehen. Ich glaube, es gab noch weitere Redebeiträge in dieser Hinsicht.

Frau Ministerin, es wird unterstellt, wenn es zu einer Angleichung der Rentenwerte zwischen Ost und West kommt, müsse das zwingend mit dem Wegfall der Höherbewertung einhergehen. Die Angleichung ist aber ein schrittweiser Prozess. Und ich habe mich gerade bei dem Redebeitrag von Herrn Heydorn gefragt, warum das immer definitiv so dargestellt wird, dass eine Angleichung definitiv mit dem Wegfall der Höherbewertung einhergehen muss. Ich glaube, Sie sollten einmal Ihr Herz befragen. Sie wollen die Rentenungerechtigkeit nicht wirklich abschaffen in diesem Land. Das ist sozusagen die Quintessenz für mich. Da schwang mit: Die haben nicht mehr verdient. Die Rentenkasse für die Rentnerinnen und Rentner aus den neuen Bundesländern würde mit 80 Milliarden Euro subventioniert werden, als wäre da eine Gefälligkeit gegeben.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Es ist Abbild einer Lebensleistung und insofern korrespondiert das mit den Intentionen des Einigungsvertrages.

Ein zweiter Grund, warum ich meine, dass es gut und richtig ist, dass wir diesen Antrag auf der Tagesordnung gelassen haben, ist, weil er an Aktualität nichts eingebüßt hat. Wir haben eine Situation zu konstatieren – das hat gestern schon mal eine Rolle gespielt –, dass es in zunehmender Zahl Grundsicherungsempfängerinnen und Grundsicherungsempfänger in unserem Land gibt. Das sind gegenwärtig 15.000, sofern die Zahl stimmt, die mir vorliegt, aber das dürfte sehr realistisch sein. Die Frage ist: Wo entwickelt sich das denn hin, wenn man bedenkt, dass zurzeit 80.000 stetig in Langzeitarbeitslosigkeit sind? Das ist der Personenkreis, der unweigerlich in die Grundsicherung fällt. Also die Zahl wird sich enorm erhöhen. Und die Frage ist: Wie gehen wir mit dieser Situation, mit dieser Entwicklung um? Und die ungleichen Renten in Ost und West, Frau Ministerin, sind bei Weitem keine gefühlte Größe. Sie sind ganz real.

(Ministerin Manuela Schwesig:
Das habe ich ja gesagt.)

Ich beziehe mich auf die Veranstaltung der Volkssolidarität aus dem Dezember vergangenen Jahres und auch auf die Pressemitteilung – Frau Müller hat davon gesprochen – von Herrn Dr. Niederland, wo anhand von Zahlen und Fakten noch mal dargestellt wird, zwölf Prozent bekommen die Rentnerinnen und Rentner hierzulande weniger als in den alten Bundesländern.

Und wenn man sich das Szenario an Zahlen und Fakten anguckt, ist die Brisanz dieser Situation belegbar. Ich möchte einige nennen: Die aktuelle Rentenhöhe für Männer in den neuen Bundesländern beträgt 967 Euro. Die zwischen 1957 und 1961 Geborenen können nur noch mit einer Rente von 820 Euro rechnen – gemessen an den gegenwärtigen Basen. Und bei Frauen sieht es

noch trüber aus. Bei Frauen gibt es aktuell eine Durchschnittsrente von 785 Euro. Sie werden zukünftig mit einer Rente von durchschnittlich 690 Euro zu rechnen haben. Das sind nicht Zahlen, die die Linkspartei erhoben hat, das sind Zahlen aus dem Papier von Herrn Bullerjahn und Herrn SELLERING aus dem April 2008. Die Frage, die sich für uns stellt – und da bin ich wieder bei der Aktualität unseres Antrages –, besorgt über die Situation zu sein, ist das eine, die Frage ist aber, es tut sich nichts. Es tut sich nichts.

(Toralf Schnur, FDP: Sie sind die Retter.)

Und ich bin der Meinung, wir müssen an dieser Stelle die Logik der Politik ändern.

Jetzt bringe ich mal ein paar Vergleiche, da werden Sie sagen, die hinken. Aber Hinken ist ja irgendwie auch eine Form des Gehens und so meine ich: Die gehen doch. Die gehen doch.

(Zurufe von Irene Müller, DIE LINKE,
Toralf Schnur, FDP, und Udo Pastörs, NPD)

Ich will mal drei bringen: 102 Millionen Euro für die Hypo Real Estate zu haben und keinen Cent mehr für die Rentenkasse, das ist ein Widerspruch.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Das ist ein Widerspruch, der sich für uns hier stellt.

Oder noch so ein Beispiel: 2.500 Euro für ein altes Auto und 100 Euro fürs Kind. 2.500 gegen 100 Euro.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Oder die Rentenberechnung,

(Egbert Liskow, CDU:
Wo kommt denn die Rente her?)

die aktuell zugrunde liegt, Herr Liskow, geht von einem idealtypischen Rentner aus,

(Egbert Liskow, CDU: Aus einem Topf!
Die kommt doch aus einem Topf.)

der 45 Jahre eingezahlt haben muss.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ein männlicher Wert!)

Und im gleichen Moment, wo Sie diesen Mechanismus eingeführt haben, streichen Sie die Ausbildungszeiten aus der Rentenbewertung.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das ist ein Widerspruch. Wie sollen diejenigen, gerade angesichts der Situation, die wir hier jeden Tag beschreiben, auf eine ungebrochene Erwerbsbiografie für 45 Jahre kommen? Das ist also wirklich eine Frage.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Indem sie noch länger arbeiten. –
Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Es geht also letztlich um die Frage: Ist es eine Politik für die Menschen oder geht es um den Fetisch Rendite?

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Toralf Schnur, FDP)

Und um die Entscheidung, sehr geehrte Damen und Herren der Koalitionsfraktionen, kommen Sie nicht herum.

Ich möchte Bezug nehmen auf eine Rede von Herrn SELLERING aus dem Dezember vergangenen Jahres. In

einem Workshop in Berlin sagte er, das ist auch nachzulesen in Veröffentlichungen, er bezog sich darauf, dass diejenigen, die Hartz-IV-Empfängerinnen und -empfänger sind, eine Rente pro Jahr von 2,19 Euro bekommen: „Das ist jämmerlich, sagt der Ministerpräsident, das geht so nicht.“

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Aber die Frage ist – SPD und Grüne haben im März 2006 eben genau für diesen Mechanismus gesorgt. Vorher waren es 4,26 Euro, die waren schon jämmerlich. Jetzt sind es 2,19 Euro, also fast halbiert. Insofern beklagen Sie Ihre eigene Politik.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Und an Ratschlägen, sehr geehrte Damen und Herren, mangelt es nicht. Veröffentlichung der Böckler-Stiftung „Impulse“ aus dem Dezember vergangenen Jahres: Wissenschaftler/-innen der FU Berlin haben deutlich gemacht, dass umgesteuert werden muss. Sie kritisieren: Die Rentenpolitik der Bundesregierung ist ziellos. Die Prognosen sind zu optimistisch. Das Armutsrisiko künftiger Rentner wird unterschätzt.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Es geht doch darum, die Rentenberechnung, überhaupt die Rentensystematik auf eine andere Grundlage zu stellen. Wir sagen – und ich knüpfe an die Rede meiner Kollegin Irene Müller an –,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

wir brauchen eine solidarische Rentenversicherung,

(allgemeine Unruhe – Ilka Lochner-Borst, CDU:
Wie sieht denn diese Grundlage aus? –
Glocke der Vizepräsidentin)

die eine Erwerbstätigenversicherung sein muss.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Und da will ich Ihnen ein Beispiel bringen, das mir gestern ...

(allgemeine Unruhe)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Entschuldigung, Herr Koplín.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, es ist sehr unruhig hier. Die Rede des Redners muss noch verstanden werden.

Bitte, Sie haben das Wort, Herr Koplín.

Torsten Koplín, DIE LINKE: Danke schön, Frau Präsidentin.

Ich will ein Beispiel bringen, das gestern im Fernsehen eine Rolle gespielt hat. In der Talkrunde bei Frau Illner ist vermittelt worden, wie sich Managergehälter entwickelt haben, und zwar als Beispiel der Chef der Deutschen Bank. Der hat im Jahr 1977 – das war zwar eine andere Person, es geht hier nur um die absoluten Zahlen – das 24-Fache einer Schalterangestellten der Deutschen Bank bekommen. Im Jahre 2007 – 30 Jahre später – hat er das 290-Fache bekommen. Die Frage ist: Spiegelt dieses Verhältnis auch die Veränderung, die Dynamik in diesem Verhältnis in der Rentenkasse wider, in den Rentenbeiträgen? Nein, die spiegelt sich nicht wider. Und da bin ich bei der Frage, wie es denn nun eigentlich mit dem sehr anschaulichen Spruch von Herrn Ex-Bundeskanz-

ler Schröder, ist, der damals sagte: „Breite Schultern müssen auch mehr wegtragen können. Das ist Solidarität.“

Ich fand dieses Bild und diese Situationsbeschreibung sehr zutreffend. Insofern geht mein Appell insbesondere an die SPD. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD, gemeinsam können wir umsteuern und es gibt sehr viele Anknüpfungspunkte,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

die deutlich geworden sind in der Rede der Ministerin.

Ich bin gleich zu Ende, Frau Präsidentin.

Sie haben es in der Hand: Führt der Weg durch die Krise zu CDU und FDP und einem marktradikalen Kurs – genug Avancen hat es gegeben –

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

oder führt der Weg durch die Krise zu SPD und der LINKEN und einem neu konstruierten Sozialstaat? Die Mehrheit gibt es bereits jetzt in diesem Haus dafür. – Schönen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Zurufe von Hans Kreher, FDP,
und Toralf Schnur, FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Koplín.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2341 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2341 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und Stimmenthaltung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2183 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2183 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und Stimmenthaltung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Ich rufe auf **Tagesordnungspunkt 34:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Unterstützung der Stasi-Beurteilungskommission des Landtages, Drucksache 5/2274.

**Antrag der Fraktion der NPD:
Unterstützung der Stasi-Beurteilungskommission des Landtages
– Drucksache 5/2274 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Köster von der NPD-Fraktion.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Vertrauen in die Politik im Allgemeinen und in den Rechtsstaat im Besonderen ist bei vielen Landsleu-

ten schwer erschüttert beziehungsweise gar nicht mehr vorhanden. Ursächlich hierfür verantwortlich sind vor allem die vielen Lobbykandale der politischen Klasse wie auch der massive Sozialabbau auf breiter Ebene, der unverständlicherweise in vielen Fällen erst in der letzten Instanz zu Fall gebracht werden kann. Das Vertrauen in den Rechtsstaat gründet sich auch auf die Transparenz der politischen Prozesse und auf die Glaubwürdigkeit der gewählten Volksvertreter. Die Bereitschaft, auch nach außen hin klares Zeugnis über die eigene Vergangenheit abzulegen, gehört ohne Wenn und Aber dazu.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, dann fangen Sie mal an, Herr Köster.)

Aus diesem Grunde fordert die NPD-Fraktion das Landtagspräsidium auf, dass ausnahmslos über alle Mitglieder des Landtages, die sich nicht der Überprüfung auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR durch die Kommission gemäß Paragraf 48 Absatz 3 Abgeordnetengesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern gestellt haben, in amtlichen Veröffentlichungen Auskunft gegeben wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Die Abgeordneten der LINKEN, die teilweise über vielfache Stasi-Erfahrungen verfügen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

verweigern sich aktuell der Stasi-Untersuchung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Weil jeder Bescheid weiß. Ich kann Ihnen meine Persilscheine zeigen.)

„Wer nichts zu verbergen hat, braucht auch nichts zu befürchten“, sagt der Volksmund. Der Wille zu mehr Durchschaubarkeit ist bei den linken Genossen wohl weniger stark ausgeprägt. Sicherlich entspricht es der DDR-Grausamkeit, dass viele Bürger zu Spitzeltätigkeiten in den eigenen Familien und im persönlichen Umfeld,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Sie müssen es ja wissen.)

im Betrieb und darüber hinaus gezwungen wurden. Viele haben auch aus politischer Blindheit gespitzelt. Wer eine Spitzeltätigkeit in seinem Lebenslauf hat, verwirkt unserer Auffassung nach das Recht, politische Verantwortung zu übernehmen.

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Wie wollen diese Personen überzeugend darlegen, dass sie ihre früheren kriminellen Verhaltensweisen abgelegt haben

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Wer Frauen schlägt, der sollte da vorne jedenfalls nicht stehen. Da sind wir uns einig.)

und nun zum Wohle des Volkes nach dem Anspruch des Grundgesetzes handeln würden?

(Udo Pastörs, NPD: Wir machen jetzt beim VS weiter.)

Es ist an dieser Stelle nicht notwendig, auf den IM Martin alias Torsten Koplin hinzuweisen,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Nein, weil es jeder weiß.)

dessen zwielichtige Vergangenheit ist größtenteils bekannt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Er hat Gott sei Dank kein Verständnis dafür. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Er hat es offengelegt.)

Und Aussagen wie: „Die DDR war kein Unrechtsstaat, weil es Recht gab und dieses Recht verlässlich war“, zeugen von seiner Geisteshaltung. Auch die Falschangabe zu seinem Studienabschluss ist nur Beleg seiner Persönlichkeit.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mann,
Sie reden über Persönlichkeit, ja?! –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Aber DIE LINKE hat auch einige andere Vorzeigegegnossen in ihren Reihen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Wen haben wir denn noch?)

Gerd Walther, auch IM Thomas Winter genannt, zum Beispiel.

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE,
und Michael Andrejewski, NPD)

Ihm soll ein Gerichtsurteil bescheinigt haben, dass sein Verhalten im Zusammenhang mit der Spitzeltätigkeit auf eine offenbare Charakterschwäche hinweise.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Sie haben Charakterstärke, ja?)

Aber auch in vielen Kommunen wirken die Verräter von damals, auch geheime Informanten genannt, heute noch an führenden politischen Stellen mit.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Na dann hören wir mal.)

Als Beispiel sei hier nur der Löcknitzer Bürgermeister Lothar Meistring, auch Atze oder Gerhard Richter genannt, erwähnt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ein erfolgreicher
Bürgermeister, der immer wieder
gewählt wird von seinen Bürgern.)

Sicherlich können und werden Sie entgegenhalten, dass der Öffentlichkeit ein Bericht der Stasi-Prüfungskommission zugänglich gemacht wird. Aber dieser Bericht ist doch schon wenige Tage nach der Veröffentlichung wieder aus dem Bewusstsein der Medien verschwunden.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Na, mehr Beispiele haben Sie nicht,
Herr Köster? Das ist aber schwach.)

Deshalb halten wir Nationalisten es für zwingend geboten, dass in allen amtlichen Veröffentlichungen des Landtages über Mitglieder des Landtages ausnahmslos auch darüber Auskunft gegeben wird, dass sie sich nicht der Überprüfung auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der untergegangenen DDR durch die Stasi-Prüfungskommission gestellt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Peter Ritter, DIE LINKE: Das sage ich hier,
dass ich mich nicht mehr überprüfen lasse.
Das können Sie von mir schriftlich haben.)

Den zahlreichen Opfern des DDR-Unrechtsregimes gegenüber wäre diese Ehrlichkeit ein Zeichen von Respekt, wenn jene Zeitgenossen, die sich der Prüfung entziehen, immer und immer wieder öffentlich gemacht werden. „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht“, heißt es im Volksmund.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Reden Sie von sich selber, ja? Wer einmal schlägt, schlägt immer wieder. Herr Köster, wer von uns beiden ist eigentlich verurteilt? – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

„Wer einmal spitzelt, dem traut man nicht“, kann und muss man diesem Ausspruch hinzufügen. Deshalb halten wir es darüber hinaus für zwingend geboten, dass sich die Abgeordneten dieses Hauses auch hinsichtlich einer Tätigkeit eines inländischen Geheimdienstes der BRD West

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da werden Sie aber Ihr Wunder erleben.)

sowie auch eines ausländischen Geheimdienstes überprüfen lassen. Und auch diese Mitarbeiter sollten der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist wohl der eigentliche Grund, weil Sie wissen wollen, wer das ist.)

denn in Ihrer Tätigkeit und Wirkung unterscheiden sich die Geheimdienste der Neuzeit nicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hätten Sie doch gleich gesagt, dass es um die V-Leute geht, Herr Köster!)

Was haben Sie zu verbergen, verehrte Vertreter der politischen Klasse? Dass die Deutschen Ihre Charakterchwächen noch besser erkennen? Mit der gleichen Konsequenz und Hartnäckigkeit,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

mit denen wir Nationalisten die Auflösung des Verfassungsschutzes fordern, fordern wir auch die notwendige Aufklärung der Deutschen darüber, welche Abgeordneten aus welchen Gründen für Geheimdienste geschnüffelt haben.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ein Staat, der von sich behauptet, ein Rechtsstaat zu sein, hat die zwingende Pflicht, größtmögliche Transparenz innenpolitischer Zusammenhänge zu gewährleisten. Er hat die Pflicht darzulegen, wann und warum welche Personen der Öffentlichkeit, zu denen die Abgeordneten auch dieses Hauses gehören, in- und offizielle Mitarbeiter von Geheimdiensten waren.

(Udo Pastörs, NPD: Das weiß der Innenminister ja noch nicht mal. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Ein Anfang wäre es, wenn jene immer und immer wieder öffentlich benannt werden, die sich der Untersuchung entziehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich entziehe mich, Herr Köster. Fürs Protokoll noch mal.)

„Die DDR ist wieder auferstanden“, so Professor Dr. Bernd Rabehl über die Verfolgung missliebiger Meinungen in der BRD. Vielfach wird die BRD von Bürgern gerade

auch im Zusammenhang mit der Systemkrise als DDR-light bezeichnet. Was die Bespitzelung der politischen Opposition betrifft, befinden wir uns schon längst in einer DDR-haevy. Deshalb unsere Aufforderung an Sie: absolute Öffentlichkeit in Bezug auf Stasi-Prüfungsverweigerer herstellen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich sage es noch mal, ich lasse mich nicht noch mal überprüfen. Was wollen Sie denn noch mehr?)

Machen Sie die Personen, die sich weigern, der Öffentlichkeit über ihre schmutzige Vergangenheit Auskunft zu geben, öffentlich.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Öffentlicher als hier geht's nicht.)

Vizepräsidentin Renate Holznel: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dankert von der Fraktion der SPD.

Reinhard Dankert, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Köster, der letzte Satz zeigt natürlich die Intention Ihres Antrags. Und eigentlich kann ich mich davon sehr schnell verabschieden. Aber gut, ich habe etwas vorbereitet.

(Udo Pastörs, NPD: Na setzen Sie sich doch wieder hin. – Stefan Köster, NPD: Dann ist das Bartgemurmel zu Ende.)

Herr Pastörs, ich setze mich dann hin, wann ich lustig bin.

(Zurufe von Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Ihr blödes Dazwischengequatsche stört mich eigentlich nicht. Sie unterstellen allen, die sich nicht überprüfen lassen, eine schmutzige Vergangenheit. Wir kommen noch zu dem Thema.

Meine Herren von der NPD, Sie müssen sich endlich mal entscheiden. Draußen ziehen Sie die verbalen Springerstiefel an

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Udo Pastörs, NPD: Die habe ich immer mit. Wenn ich rausgehe, ziehe ich die an.)

und wollen das System zertreten. Hier binden Sie sich eine Krawatte, vielleicht auch eine Fliege um oder gehen manchmal sogar ohne und bleiben im System, das Sie dann auch noch bezahlt,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und stellen in diesem System dann noch einen systemgerechten Antrag, dass die Stasi-Beurteilungskommission, so, wie Sie sie nennen, unterstützt wird.

(Zurufe von Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Ist Ihnen entgangen, dass diese Kommission von diesen Systemparteien gewählt wurde?

(Udo Pastörs, NPD: Sie sind konform, wir nicht.)

Also bleiben Sie doch endlich mal konsequent – so mache ich das auch –

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und bewegen wir uns mal in dem System,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

in dem Sie sich zurzeit offensichtlich recht wohlfühlen. In diesem System bleiben wir.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann können sie ihre leeren Kassen füllen.)

Der Inhalt des Antrags verlangt vom Landtagspräsidium, dass es sich gesetzeswidrig verhalten soll,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

also werden wir das ablehnen. Wenn Sie konsequenterweise dieses Gesetz nicht haben wollen, dann bringen Sie doch einen Gesetzentwurf ein. Das wäre systemgerecht.

(Udo Pastörs, NPD: Es gibt auch freiwillige Überprüfungen. Es gibt auch freiwillige Überprüfungen. Das Gesetz, was Sie gemacht haben, soll gerade die Möglichkeit eröffnen, dass die Spitzel weiter hier sitzen können. –

Peter Ritter, DIE LINKE: Das Gesetz schreibt freiwillige Überprüfungen vor. – Glocke der Vizepräsidentin)

Aber das machen Sie nicht, weil Sie Abgeordnete, wie es im letzten Satz von Herrn Köster gefallen ist, natürlich diffamieren wollen. Das ist die eigentliche Intention Ihres Antrags. Sie bringen das als Antrag, der die Abgeordneten diffamieren soll, so nach dem Motto: „Wer sich nicht überprüfen lässt, der hat Dreck am Stecken.“ – in etwa so, wie Herr Köster das gesagt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Und dabei schrecken Sie nicht davor zurück – und jetzt wird's langsam pervers –, die Opfer des DDR-Unrechtsstaats, so, wie Sie es nennen, für Ihre zweifelhaften Ziele zu vereinnahmen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich bin mir sicher, dass das Letzte, was diese Opfer brauchen, Ihre Unterstützung ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Diese wollen bestimmt nicht, dass man schon wieder nur auf einen Verdacht hin verurteilt oder beurteilt wird.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und wenn Sie auf den fehlenden Respekt verweisen, dann tun Sie so, als ob es die klaren Verurteilungen seitens der im Landtag vertretenen Parteien nie gegeben hätte. Die hat es gegeben.

(Stefan Köster, NPD: Wo denn? –

Udo Pastörs, NPD: Und damit ist alles erledigt?)

Dann müssen Sie mal richtig lesen.

(Udo Pastörs, NPD: Damit ist dann alles erledigt. Der hat sich entschuldigt, tut mir leid. Damit ist das erledigt. – Glocke der Vizepräsidentin)

Und ein klares Wort an alle diejenigen, die in irgendeiner Form Stasi-Vergangenheit haben:

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:

Lesen Sie mal die Enquetekommission, Aufarbeitung und Versöhnung, elf Bände!)

Es ist richtig, dass diese Kolleginnen und Kollegen ein klares Bekenntnis dazu machen, was sie getan haben. Es ist richtig, dass sie es offenlegen,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, bitte, das fordern wir! – Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist lange geschehen, Herr Pastörs. Das ist lange geschehen. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und dann ist ihnen persönlich auch wohler, aber nicht auf eine bloße Verdächtigung hin. Sie sprechen von einem – in Führungsstrichen – Vertrauen in den Rechtsstaat. Bei Ihnen muss man das in Führungszeichen setzen. Den wollen Sie doch eigentlich abschaffen?

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja, mal wollen Sie es, mal wollen Sie es nicht. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Sie sprechen von Transparenz politischer Prozesse, wo Sie doch die totale Gleichschaltung wollen.

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Udo Pastörs, NPD)

Und dann kommt es: Ein klares Zeugnis über die eigene Vergangenheit gehört dazu. Reden wir doch mal darüber, wie die Stasi mit rechtsextremen Kräften in der DDR und der BRD verknüpft war. Reden wir doch mal über die Vergangenheit.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Meine Damen und Herren, Sie haben doch nur das Glück, dass der Älteste von Ihnen zu jung ist, um mit der Gestapo verknüpft gewesen zu sein.

(Udo Pastörs, NPD: Reden wir mal über die Verknüpfung von Verfassungsschutz und rechten Straftaten! Arbeiten Sie das mal auf! Sie sind keinen Deut besser!)

Ist es nicht so, dass Ende der 60er-Jahre, ab Ende der 60er-Jahre NPD-Leute gegen Bezahlung der Stasi gedient haben? Ich rede nicht, um korrekt zu bleiben, von den eingeschleusten Spitzeln. Ist es nicht so?

(Stefan Köster, NPD: Vielleicht waren die ja auch eingeschleust? – Udo Pastörs, NPD: Das ist das Problem, wenn man Spitzelorganisationen zu groß werden lässt.)

Oder ist es nicht so, dass 1987 in der DDR die Stasi und die Polizei zugeschaut haben, als rechtsradikale Skinheads in und vor der Zionskirche Punks zusammengeslagen haben?

(Udo Pastörs, NPD: Ach!)

Wie war das denn mit der DDR und den Rechtsextremen und der Stasi, meine Damen und Herren?

(Michael Andrejewski, NPD: Gute Frage. – Udo Pastörs, NPD: Sehr interessante Frage.)

Und ist es nicht so, dass für Ihre düsteren Vorstellungen einer Staatsform Sie nicht insgeheim doch lieber eine Art Stasi bräuchten,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Da müssen Sie aber Herrn Ritter fragen und nicht uns.)

auch wenn Sie so tun, als wenn Sie sie nicht haben wollen?

(Michael Andrejewski, NPD: Wir haben das nicht nötig. – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zurufe von Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD – Glocke der Vizepräsidentin)

Noch sind Sie ja auch im System, Herr Andrejewski, und offensichtlich fühlen Sie sich da so sauwohl, dass Sie hier nicht einmal Gesetzesinitiativen bringen, was eigentlich dann dazugehörte, wenn man Ihre eigene Forderung konsequent umsetzte.

(Stefan Köster, NPD: Dann machen wir das beim nächsten Mal. – Raimund Frank Borrmann, NPD: Nicht mal die Säue fühlen sich in diesem Land wohl. Gucken Sie sich mal die Massentierhaltung an!)

Zu Ihnen komme ich noch, Herr Borrmann. Ich habe da einen guten Spruch – ja, ja, aber das ist, glaube ich, anlässlich dieses Themas vielleicht nicht so angemessen –, weil Sie so ein Sprichwortliebhaber sind.

Aber zurück zum Gegenstand dieses Antrags. Sollten Sie, meine Herren von der NPD, einen konkreten Anhaltspunkt haben, dann verfahren Sie nach Paragraph 48 Absatz 2. Dort können nämlich bei hinreichenden Verdachtsmomenten im Rechtsausschuss diese Sachen vorgetragen werden. Und wenn es Verdächtigungen und Hinweise der Stasi-Überprüfungskommission gibt, ich will mal Ihre Wortwahl verwenden, dann gibt es nach Ziffer 7 die Veröffentlichung. Und das ist hier im Landtag passiert, damit jeder weiß, wer es hier mit wem zu tun hat.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich weiß gar nicht, was Sie wollen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht nur in der Theorie, das ist praktisch umgesetzt. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber das können Sie alles nicht, also muss eine allgemeine Diffamierung erhalten, weil das Ihr Prinzip ist, die Systemparteien zu diffamieren,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Udo Pastörs, NPD: Die Systemparteien, bravo, das war sehr gut, die Systemparteien!)

obwohl Sie sich gleichzeitig wieder in diesem System recht wohlfühlen, Sie mit dem System richtig arbeiten, Sie von diesem System sogar Geld bekommen und sich Ihre Krawatte kaufen können, die Sie sich heute wieder umgebunden haben.

(Udo Pastörs, NPD: Das hätte ich nicht nötig gehabt, Herr Dankert. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Und das ist der zweite Grund, Ihren Antrag abzulehnen.

Meine Herren von der NPD, Sie sind unehrlich, Sie sind schizophran,

(Udo Pastörs, NPD: Oh, oh, oh!)

verfolgen eine Doppelstrategie, einerseits hier den Normalen zu markieren

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist unparlamentarisch.)

und das Ihren Anhängern zu sagen, und draußen hauen Sie das System nach Ihrer Meinung wieder in die Pfanne.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Also entscheiden Sie sich, was Sie wollen!

(Udo Pastörs, NPD: Das haben wir schon längst entschieden!)

Hier kommen Sie mit solchen Sachen nicht durch.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dankert.

Ich muss aber auch bei Ihnen im Redebeitrag die unparlamentarischen Worte zurückweisen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Dann können Sie ja gleich die ganze Rede zurückweisen.)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: „Kein Pardon für Stasi-Mitarbeiter“, „Keine Politik mit Stasi-Kontakten“ – so der „Stern“ im Juni vergangenen Jahres. Die Mehrheit der Deutschen sind einer Umfrage zufolge der Ansicht, dass Politiker, die früher für die Staatssicherheit der DDR als informelle Mitarbeiter gearbeitet haben, zurücktreten sollten. Selbst 32 Prozent der Wähler der LINKEN sind hierfür. Welche Gründe sprechen denn hierfür? Ich habe mir diesbezüglich einige politische Foren im Weltnetz einmal angesehen und eine Meinung zu dieser Problematik ist sehr schlüssig,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

weshalb ich diese einmal zitiere: „Politiker müssen vertrauensvoll sein und wenn sie jahrelang unter einer falschen Maske, ihre Freunde, Familie, Arbeitskollegen oder unschuldige Menschen hintergangen haben, dann dürfen sie keine verantwortungsvolle Aufgabe bekommen. So ein Spitzel kennt doch jede Tricks, er hat genug Erfahrung andere Menschen den Kopf zu verdrehen“

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Woher wissen Sie denn das? – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

„und solchen Menschen darf man einfach nicht trauen und für die Verbrechen gegen die Menschlichkeit sollten sie auch keine Aufgabe bekommen die über Menschen entscheidet.“ Zitatende.

Die „Welt“ hat sich am heutigen Tag auch mit diesem Thema beschäftigt. Unter der Überschrift „Inoffizielle Mitarbeiter“, „Stasi – verharmlost, verdrängt und vergessen“ beschäftigt sich ein Artikel mit den ehemaligen Spitzeln der Stasi in öffentlichen Ämtern. Und gerade in Brandenburg, unserem Nachbarbundesland, da sind die Journalisten fündig geworden. Ich hoffe, dass die Journalisten sich auch einmal Mecklenburg und Pommern angucken,

(allgemeine Unruhe)

denn dort finden sie ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter Köster, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf. Sie sind auch schon in der vorhergehenden Parlamentsdebatte

darauf hingewiesen worden, dass unser Land Mecklenburg-Vorpommern heißt.

Stefan Köster, NPD: Ich habe nicht von unserem Land gesprochen, sondern von den beiden Landesteilen.

Das Problem mit den Spitzeln ist allgegenwärtig und die Opfer sind häufig bis an ihr Lebensende durch die Spitzelei gezeichnet. Sie kommen sehr häufig mit den erlittenen Grausamkeiten und dem Stasi-Terror 20 Jahre nach Ende der kommunistischen Bonzendiktatur nicht zurecht. Immer und immer wieder werden sie an die erlittenen Schmerzen erinnert. Und hier sitzen welche, die Leute an den Staat verraten haben und damit den Menschen auch noch Schaden zugefügt haben. Das ist echt erbärmlich.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Die Landtagsverwaltung hat die Möglichkeit und diese sollte sie auch nutzen, die Bürger unseres Landes über die Verweigerer der Stasi-Prüfung zu informieren.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Köster, wir haben selbst erklärt, dass wir uns dieses Mal nicht überprüfen lassen. Wie oft soll ich Ihnen das noch sagen?!)

Und der Landtag hat auch die moralische Pflicht, die Landtagsverwaltung hierzu aufzufordern: Spitzel raus aus dem Haus!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/2274. Wer diesem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/2274 bei Zustimmung der Fraktion der NPD und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der FDP abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 35:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Kinder-, jugend- und erwachsenenspezifische Regelsätze nach SGB II sowie SGB XII – für eine chancengleiche Entwicklung aller Kinder und Jugendlichen, Drucksache 5/2185. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2340 vor.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Kinder-, jugend- und erwachsenenspezifische
Regelsätze nach SGB II sowie SGB XII –
für eine chancengleiche Entwicklung
aller Kinder und Jugendlichen
– Drucksache 5/2185 –**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 5/2340 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Dr. Linke von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Zum wiederholten Male liegt Ihnen ein Antrag meiner Fraktion zum Thema „Regelsätze für Kinder und Jugendliche nach dem SGB II und dem SGB XII“ vor. Das ist erforderlich, weil Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, zwar immer wieder hier und auch außerhalb

dieses Hauses in wortreichen Erklärungen beteuern, wie bedeutsam Kinder in unserer Gesellschaft sind und was Sie alles tun wollen, dann aber, wenn es zum Schwur kommt, sitzen Sie mäuschenstill vor Ihren Papieren und tragen wie Musterschüler die Bundesbeschlüsse Ihrer Parteien mit.

(Udo Pastörs, NPD: So, wie Sie das gemacht haben, als Sie in der Regierung waren.)

Sozialpolitik, Sozialgesetzgebung bildet nun einmal den Rahmen für die Chancengleichheit von benachteiligten Menschen. Dieser gesetzliche Rahmen kann weit oder so eng gefasst sein, dass er Menschen noch stärker benachteiligt, sie in Armut stürzt und ihnen Lebensperspektiven raubt. Das ist besonders zu verurteilen, wenn es sich um Kinder und Jugendliche handelt. Große Vereine und Verbände der Bundesrepublik – ob das Kinderhilfswerk, der Kinderschutzbund, Parität, Diakonie oder Volkssolidarität – kritisieren seit Jahren, dass die Festsetzung der Regelsätze von Kindern, deren Eltern Sozialleistungen erhalten, willkürlich, also ohne Beachtung des tatsächlichen Bedarfes, erfolgt.

Es sind aber nicht nur die Betroffenen und die Verbände, nein, inzwischen hat auch die Rechtsprechung sehr umfassend eine bedarfsgerechte Ermittlung der Regelleistungen für Kinder und Jugendliche angeordnet. Der Bundesrat hat durch einen entsprechenden Beschluss im Mai 2008 die Bundesregierung aufgefordert, für Kinder einen elternunabhängigen spezifischen Regelsatz zu ermitteln. Im November 2007 und dann auch ein Jahr später auf der 85. Arbeits- und Sozialministerkonferenz wurden diese Standpunkte erneut bekräftigt.

Ich darf aus dem Beschluss der Arbeits- und Sozialministerkonferenz 2008 zitieren: „Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder fordern entsprechend der Entschließung des Bundesrates vom 23.05.2008 ... erneut, dass die Bundesregierung bis Ende 2008 eine Regelung vorlegt, mit der die Regelleistung für Kinder nach dem SGB II sowie die Regelsätze nach dem SGB XII unter Berücksichtigung des besonderen Bedarfs von Kindern neu bemessen wird.“ Als Kriterien wurden unter anderem genannt: „Mittagsverpflegung in Ganztagschulen oder Schulen mit einem Bildungs- und Betreuungsangebot am Nachmittag und in Kindertageseinrichtungen“. Die Ministerinnen und Minister forderten auch, diejenigen Daten zu prüfen, die sich eventuell auf Sachleistungen beziehen, um diese als effektivere Leistungen anstelle von Geldleistungen zu zahlen, damit Kindern eine chancengerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird.

Ja, so weit, so gut, möchte man meinen, und man möchte darauf vertrauen, dass die Bundesregierung dem Bundesgesetzgeber die erforderlichen Gesetzentwürfe vorlegt. Aber weit gefehlt. Brav sitzen die Damen und Herren Abgeordneten der Regierungsparteien im Bundestag, ebenso brav sitzen die Herren Ministerpräsidenten im Bundesrat und folgen der Bundesregierung, die da im Konjunkturpaket II unter Punkt 13, zweiter Stabsstrich, erklärt: „Die ... Regelsätze für Kinder im SGB II und SGB XII werden stärker differenziert. Für Kinder im Alter von 6 bis 13 soll die Förderung auf 70 % des Eckregelsatzes zum 1.7.2009 erhöht werden.“ Höre, höre! Weiter heißt es dann: „Damit ist dem Anliegen ... des Bundesrates, die Regelsätze für Kinder nach einer Überprüfung anhand des realen Bedarfes anzupassen, Rechnung getragen.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, natürlich ist es schön, wenn einige Kinder etwas mehr Geld erhalten. Aber auch bei dieser Festsetzung wurde eher willkürlich als sachdienlich vorgegangen, und das zu einer Zeit, als reihenweise die Sozialgerichte feststellten, dass die Regelsätze für Kinder und Jugendliche möglicherweise verfassungswidrig seien, und dieses Gesetz dem Bundesverfassungsgesetz zur Prüfung vorgelegt haben.

Heribert Prantl kommentierte in der „Süddeutschen Zeitung“ am 28. Januar, und zwar zu einer Zeit, als der genannte Punkt 13 schon vorlag, wie folgt: „Das Bundessozialgericht hat nämlich soeben die Beträge, die nach Hartz IV für die Kinder von Arbeitslosen bezahlt werden, für so pauschal niedrig gehalten, dass das mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz nicht in Einklang zu bringen sei. Kinder von Arbeitslosen würden vom Staat verfassungswidrig kurz gehalten ... das Landessozialgericht Darmstadt hat nicht nur dieses Detail, sondern die Gesamtkonstruktion der Bedarfsbemessung nach Hartz IV für verfassungswidrig erklärt. ... Man braucht keine prophetische Kraft“, so schreibt er weiter, „um zu prognostizieren, dass das Hartz-IV-Gesetz die Prüfung in Karlsruhe nicht unbeschadet überstehen wird. Der Gesetzgeber wird das Gesetz völlig neu durchdenken, neu konstruieren und neu schreiben müssen – im Geist des sozialen Rechtsstaats, also ohne die Kleinlichkeiten, ohne die bürokratischen Schikanen und ohne die Verwaltungssexzesse, die das Gesetz heute verlangt.“

Wir sollten von dieser Stelle aus deshalb unbedingt den Bundesgesetzgeber über die Landesregierung, also über den Bundesrat, auffordern, vor dem Bundesverfassungsgericht tätig zu werden, also umgehend eine alters- und bedarfsgerechte Ermittlung der Regelsätze für Kinder und Jugendliche in Hartz-IV-Familien vorzunehmen. Warum ist das so wichtig? Schauen wir in die Studien der Wohlfahrtsverbände, ob Paritätär, Diakonie oder des kommunalpolitischen forums. Letztgenannte Studie wurde am vergangenen Freitag hier in Schwerin zur Armut von Kindern und Familien vorgestellt. Gehen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, in die Wahlkreise. Leider sind die Kollegen von der SPD hier sehr wenig präsent.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Die sind schon draußen.)

Sprechen Sie mit Erzieherinnen und Erziehern in Kindergärten, in Freizeiteinrichtungen.

Vielleicht sind sie gerade losgelaufen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja, ja.)

Sprechen Sie mit Eltern oder Lehrern. Alle zeichnen Ihnen das gleiche Bild. Kinder in armen Familien brauchen unsere Unterstützung, nicht allein in einer wirtschaftlichen Krisensituation bei einer Arbeitslosigkeit, zum Beispiel wie in Grimmen, dem Wahlkreis unseres Herrn Abgeordneten Glawe. Bei 33 Prozent bedarf es auch eines Mentalitätswechsels, Frau Sozialministerin, um sich für Kinder zu entscheiden. Zuallererst bedarf es aber einer konsequenten materiellen und finanziellen Unterstützung der Eltern.

Herr Heydorn hat gestern überzeugend zur Nachrangigkeit der Sozialhilfe gesprochen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Wo ist denn der?)

Und er meinte, unsere Anträge zur Nichtanrechnung des Kindergeldes beziehungsweise der Riemer-Rente, die wir in den vergangenen Sitzungen hier gestellt haben, seien im Sinne der Nachrangigkeit der Sozialhilfe ein Systembruch. Verehrter Herr Abgeordneter Heydorn, der Systembruch wurde 1990 eingeleitet. Zum 01.07.1990 wurde eingeführt, die Regelsätze auf der Basis der Verbrauchsausgaben armer Haushalte festzusetzen,

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

nicht mehr auf der Basis der Warenkörbe, mit denen bis dahin ein Niveau von Mindestbedürfnissen festgelegt wurde. Ab 01.07.1990 galt das sogenannte Statistik-Modell. Die neue Bemessungsgrundlage trat ins Leben mit einer drastischen Senkung der Regelsätze von Kindern und Jugendlichen. Man hielt das damals für geboten, um, wie es heißt, dem gesetzlichen Abstandsgebot gerecht zu werden, so die Ministerpräsidenten, zitiert nach der „Frankfurter Rundschau“ vom 27.03.1990. Die „Bild“-Zeitung bereitete derartige Veränderungen langfristig vor und strickte am Bild des schmarotzenden Sozialhilfeempfängers. Sie titelte am 10.03.1987, und das könnte von gestern sein: „Warum hat ein Sozialhilfeempfänger oft mehr Geld als ein Arbeiter?“

(Egbert Liskow, CDU: Das ist die Frage. –

Ilka Lochner-Borst, CDU: Ja. –

Udo Pastörs, NPD: Ja, das gibt's, ja, das gibt's.)

Mit Juli 1993 wurde die Anpassung der Regelsätze an die Lebenshaltungskosten abgeschafft. Die mediale Begleitung durch den BDA kommt uns sehr bekannt vor. In der „Frankfurter Rundschau“ wird der BDA zitiert, und zwar am 08.02.1993, und es heißt, auch den Satz kennen wir: „Die Beschäftigten müssen sich zunehmend fragen, ob Arbeit noch lohnt.“

(Egbert Liskow, CDU: Ja.)

Systembruch, Sozialabbau wird immer von einem Chor unterschiedlicher Stimmen, sei es der Medien – gestern hatten wir Herrn Missfelder hier – thematisiert, begleitet und dadurch auch vorbereitet. 2005 dann wurden das BSHG mit den 120 Sonderleistungen sowie die bezüglich der Höhe am Einkommen des Arbeitslosen orientierte und dynamisierte Arbeitslosenhilfe abgeschafft.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Richtig.)

Damals wurde Hartz IV geschaffen. Seit der Einführung von Hartz IV hat sich in Deutschland die Armut als gesellschaftliches Phänomen drastisch erhöht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, dieser Situation müssen wir uns stellen: Arme Kinder haben arme Eltern. Die Dimension der Auswirkungen von Hartz IV, die Dimension der geistig-kulturellen Armut, in der diese Kinder zunehmend aufwachsen, wird offensichtlich weder von den Regierenden in Berlin und, ich befürchte, auch von vielen hier im Saal gar nicht erfasst, denn sonst würden Sie hier nicht so ruhig auf Ihren Stühlen sitzen,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:

Sitzen sie ja nicht mehr. –

Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

solche Festreden wie am Mittwochmorgen halten und diese Politik mit diesen Gesetzen ein ums andere Mal verteidigen.

Meine Fraktion hält es für dringend erforderlich, dass, anders als mit den Gesetzen zum Konjunkturprogramm

verabschiedet, die Regelsätze für Kinder und Jugendliche altersbezogen und damit bedarfsabhängig ermittelt werden, und zwar unverzüglich.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Der Punkt 1 unseres Antrages hat sich durch Fristablauf erledigt. Die Punkte 2 und 3 des Antrages bleiben hingegen politisch hochaktuell. Diese Aktualität wird gerade auch dadurch begründet, dass die Bundesregierung beabsichtigt, mögliche Änderungen an den Regelsätzen nicht vor 2011 vorzunehmen, zumal im zweiten Halbjahr 2010 die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe vorliegen würden. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, sollte Sie ganz besonders veranlassen, unserem Antrag zuzustimmen, denn die Kritik an der Höhe der Regelsätze ist ganz besonders eng verknüpft mit der untauglichen Datenbasis ihrer Ermittlung, also mit der EVS. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Dr. Linke.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Das Wort hat die Ministerin für Soziales und Gesundheit Frau Schwesig.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Welche Bedürfnisse haben zwölfjährige Mädchen und Jungen? Wer diese Frage fünf Eltern stellt, bekommt wahrscheinlich fünf verschiedene Antworten. Für den Fall, dass die Eltern Hartz IV beziehen, hat das Gesetz eine eindeutige Antwort: Die Bedürfnisse eines oder einer Zwölfjährigen dürfen nur 60 Prozent von dem kosten, was sich ein Erwachsener leisten kann. Das steht im Sozialgesetzbuch II. Wenn ich ein bisschen abrunde, behauptet das Sozialgesetzbuch II also: Zwölfjährige sind Zweidrittel-Erwachsene.

Sehr geehrte Abgeordnete, das mag vielleicht für das Gewicht gelten, aber sicher nicht für die Bedürfnisse dieser Zwölfjährigen. Nein, diese Regelung ist nicht klug und erst recht nicht nahe am Leben. Deswegen muss sie geändert werden. Wir müssen zunächst herausfinden, was eine Zwölfjährige oder ein Zwölfjähriger zum Leben, Essen und Spielen braucht. Dass Kinder spezifische Bedürfnisse haben, weiß jeder Vater und jede Mutter, die ihrem Sohn eine Hose anziehen will, deren Beine knapp unterhalb der Knie enden, weil der Junge längst aus der Hose rausgewachsen ist. Dieses Problem stellt sich dem, der Kinder hat, alle paar Monate, während sich Erwachsene eher seltener damit abplagen. Kinder brauchen häufiger neue Hosen als Erwachsene und nicht seltener, wie es die 60-Prozent-Regelung nahelegt.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Und nicht selten sind diese Hosen teurer.)

Die Forderung nach genauer Ermittlung und Definition des kinderspezifischen Bedarfs hat mächtig Rückenwind bekommen, seit sie sich das Bundessozialgericht zu eigen gemacht hat. Die Pressemitteilung des Gerichts vom 27. Januar lässt jedenfalls an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die Überschrift lautet: „Vorschrift über

die abgesenkte Regelleistung für Kinder unter 14 Jahre ist verfassungswidrig“.

Mecklenburg-Vorpommerns Regierung hat diese soziale Schieflage bereits sehr frühzeitig erkannt. Weil sie durch ein Bundesgesetz entstanden ist, muss sie auch auf Bundesebene begründet werden. Mein Vorgänger, der jetzige Ministerpräsident Erwin Sellering, hat sich als erster Landesminister dafür eingesetzt und ich habe diesen Einsatz uneingeschränkt fortgesetzt. Auf der Konferenz der Arbeits- und Sozialminister hat die Forderung Mecklenburg-Vorpommerns mehrfach Unterstützung gefunden, zuletzt im November mit 16:0. Wir brauchen Hartz-IV-Regelsätze, die den kinderspezifischen Bedarf berücksichtigen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ja, und wie lange dauert das noch?)

Trotz meiner kritischen Anmerkungen darf man aber nicht vergessen, dass die Bundesregierung in jüngster Zeit viel unternommen hat, um Kindern zu helfen, die in finanziell schwachen Familien aufwachsen. Am 20. Februar dieses Jahres hat der Bundesrat dem Konjunkturpaket II zugestimmt. Dessen Inhalt tut auch den Kindern von Hartz-IV-Empfängern gut. Wenn sie zwischen 6 und 13 Jahre alt sind, bekommen sie ab Juli nicht mehr 60, sondern 70 Prozent des Regelsatzes, der für Erwachsene gilt – in Euro heißt das 246 statt 211. Einmal im Jahr bekommen sie ein sogenanntes Schulstarterpaket in Höhe von 100 Euro. Es soll die Anschaffung von Ranzen, Schreibutensilien oder Taschenrechnern erleichtern. Und Sie erinnern sich, dass ich in der Aktuellen Stunde am Mittwoch wiederholt die Forderung gestellt habe, diese 100 Euro auch auf die Abiturstufe auszuweiten, denn man darf diesen Kindern beim Abitur das nicht verwehren. Und ich freue mich, dass der Koalitionsausschuss der Bundesregierung gestern beschlossen hat, diese 100 Euro auf die Abiturstufe auszuweiten.

Der Bund zahlt für das Jahr 2009 einen Bonus von 100 Euro für jedes Kind und dieses Geld wird nicht auf Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe angerechnet. Wenn man alles zusammenrechnet, erhält ein 6 bis 13 Jahre altes Kind, dessen Familie Hartz IV oder Sozialhilfe bezieht, in diesem Jahr ein Extra in Höhe von 620 Euro. Und das, sehr geehrte Frau Dr. Linke, haben Sie unter acht Jahren Linkspartei-Sozialministerium nicht geschafft.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der
SPD und CDU – Harry Glawe, CDU:
Genau. – Egbert Liskow, CDU:
Das stimmt. – Unruhe bei
Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Marianne Linke, DIE LINKE:
Wir hatten 120 Einzelleistungen. –
Irene Müller, DIE LINKE:
Schlecht recherchiert.)

Ich will an dieser Stelle aber noch einmal grundsätzlich werden: Für mich besitzt die Förderung von Familien mit Kindern höchste politische Priorität. Kinder sind die Zukunft dieses Landes, und wir alle sollten ein starkes Interesse daran haben, die Chancen von Kindern zu verbessern, sich frei und gesund zu entwickeln. Nur so können Familien das sein, was sie sein sollen – Keimzellen der Gesellschaft. Die Hilfen, die der Staat oder das Land geben, müssen aber auch tatsächlich bei den Kindern ankommen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und dafür eignen sich Investitionen in Angebote und Infrastrukturen. Wir müssen allen Kindern Zugang zur gesunden Ernährung, zur Bildung und Freizeit, zu Sport und Kultur sichern. Dazu gehört der kostenlose Bildungsweg von der Kita über die Ganztagschule bis zur Ausbildung beziehungsweise bis zum Studium. Nur so gewährleisten wir Chancengleichheit. Das ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Darüber hinaus können wir es uns vor dem Hintergrund des demografischen Wandels auch ökonomisch nicht leisten, nur ein Kind zurückzulassen. Unser Sozialsystem ist aber immer noch ein Reparatursystem und wir müssen mehr zum Investitionsbetrieb kommen. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Kommunen in diesem Land und das Land selber leisten bereits sehr viel und der Bund muss sich noch stärker engagieren.

Ich möchte die Infrastruktur unserer Familienpolitik ausbauen und vier Beispiele sollen dies belegen. Wir bezuschussen das Kita-Essen für Kinder, deren Eltern mit jedem Cent rechnen müssen, und das Vorschuljahr für alle Eltern. Auch das ist ein Erfolg dieser Koalition und wurde nicht erreicht unter Ihrer Führung, Frau Dr. Linke. Wir erarbeiten ein neues Gesetz, das die Bedingungen verbessern soll, unter denen unsere Kindertagesstätten arbeiten. Und das heißt, mehr Zeit und Angebote für die frühzeitige Förderung unserer Kinder, insbesondere Kinder, die diese Förderung von Hause aus nicht erfahren. Wir verkleinern die Maschen des Netzes, das wir für Kinder geknüpft haben, die von Vernachlässigung oder Misshandlung bedroht sind. Und wir haben ein Bonus-system eingeführt, das Mütter und Väter belohnt, die an einem Elterntermin in der Kita teilnehmen. Die Punkte, die ihnen dafür gutgeschrieben werden, können sie bei einem Urlaub in den Familienfreizeitstätten dieses Landes anrechnen.

Wenn wir Familien mit derart klugen Konzepten stützen, stellen wir sicher, dass kein Kind zurückbleibt, unabhängig davon, wie viel Geld die Eltern zur Verfügung haben. So kommen wir unserem Ziel näher, dass alle Kinder beim Start ins Leben die gleiche Chance haben müssen.

Und, sehr geehrte Frau Dr. Linke, ich habe es bisher vermieden zu sagen, wer hat das gemacht, wer hat das gemacht, aber ich kann's eben einfach hier nicht stehen lassen, dass Sie den Abgeordneten der Regierungsfractionen und der Landesregierung unterstellen, dass sie bei diesem Thema überhaupt nichts machen. Sie wissen, dass es anders ist. Sie wissen, dass wir sogar viele Übereinstimmungen haben,

(Egbert Liskow, CDU:

Aber sie will es nicht aussprechen.)

und Sie wissen, dass jetzt für diese Kinder, die aus diesen Familien kommen, Mecklenburg-Vorpommern einen großen Anteil an diesem Kampf um mehr Geld hat. Und Sie können sich entscheiden ...

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:

Aber an dieser Situation hat die SPD auch einen großen Anteil. Das sollten wir auch nicht vergessen an dieser Stelle.)

Sie können sich entscheiden, da vielleicht ein Stück weit neidisch drauf zu sein, oder sich entscheiden zu sagen, Sie wollen auch diese Politik und es ist richtig, dass wir versuchen, diese Wege zu gehen. Für diese Unterstützung wäre ich Ihnen sehr dankbar.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Rüks von der Fraktion der CDU.

Günter Rüks, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch dies ist ein Dringlichkeitsantrag, der bereits auf der Januar-Sitzung abgelehnt wurde. Es handelt sich hierbei um ein bundespolitisches Dauerthema der Partei DIE LINKE, das auf allen Bühnen regelmäßig der Öffentlichkeit präsentiert wird, zur Abwechslung nun einmal wieder im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das ist so.)

Die Partei DIE LINKE stellt hierbei in ihrem Antrag richtigerweise fest, dass es hierzu bereits einen Gesetzentwurf der Bundesregierung gibt,

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Wir haben immer recht.)

ebenso ein Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene, an dem der Deutsche Bundestag und der Deutsche Bundesrat beteiligt sind. Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ist somit nicht verfahrensbeteiligt, da es sich eben nicht um Landes-, sondern um Bundesgesetzgebung handelt.

Ferner möchte ich erneut ausdrücklich betonen, dass wir die Ansicht der Bundesregierung zur Anhebung der Regelsätze für Kinder teilen und das Vorhaben ausdrücklich begrüßen. Um arme Familien zu unterstützen, hat die Bundesregierung im Rahmen des Konjunkturpaketes II die Anhebung des Hartz-IV-Regelsatzes für Kinder bis zum 13. Lebensjahr

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

auf 70 Prozent des Erwachsenenregelsatzes und somit auf 246 Euro monatlich beschlossen. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung. Ferner sind die beschlossenen Investitionen in Bildungseinrichtungen und der einmalige Zuschuss von 100 Euro auf das Kindergeld ausdrücklich zu begrüßen. Außerdem bekommt jeder Schüler, dessen Eltern Hartz-IV-Leistungen beziehen, ab dem Jahr 2009 jährlich 100 Euro zusätzlich als Schulstarterpaket.

Wir sind der Meinung, dass damit dem gemeinsamen Anliegen des Bundesrates und seiner Mitglieder, die Regelsätze für Kinder anzupassen, Rechnung getragen wurde. Im Übrigen verweise ich auf den Antrag der Koalition – bereits vom 16. Januar 2008 – und den entsprechenden Beschluss des Landtages vom 31. Januar 2008 zu diesem Thema. Damit ist alles gesagt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das ist über ein Jahr her.)

Es hilft nichts, wenn DIE LINKE jetzt fortwährend mit immer neuen Anträgen versucht, bei diesem Thema den Ereignissen hinterherzulaufen,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Steter Tropfen höhlt den Stein.)

zum Beispiel mit Antrag vom 9. April 2008,

(Irene Müller, DIE LINKE: Das hilft. Und wie das hilft! – Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

am 24. April des letzten Jahres hier abgelehnt, um Handeln zu suggerieren. Ich kann auch diesmal nur feststellen: Für Sie ist der Bundestagswahlkampf offensichtlich eröffnet und wir werden den Antrag erneut ablehnen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Rühls.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Grabow von der Fraktion der FDP.

Ralf Grabow, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine lieben Kollegen!

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU –
Barbara Borchardt, DIE LINKE: Na, na, na!)

Ich begrüße die Feststellung des Bundessozialgerichtes, wonach die Regelsätze für Kinder nicht einfach prozentual zum Regelsatz für Erwachsene abgeleitet werden dürfen. Ich glaube, da sind wir uns alle einig.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wir haben jetzt gerade drei oder vier Meinungen gehört. Ich glaube, es gibt keinen in diesem Saale, der da nicht meint, dass es richtig ist.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Na ja, glauben ist gut, wissen ist besser.)

Die FDP hat seit Jahren immer wieder dargestellt, dass die Ermittlung des tatsächlichen Bedarfes für Kinder notwendig ist. Das ist, glaube ich, auch kein Geheimnis. Das haben wir, glaube ich, auch in diesem Hause fünf- oder zehnmal mindestens schon gesagt.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Dies sehen wir im Übrigen nicht nur bei der Sozialleistung für Kinder so, sondern auch bei dem Nachteilsausgleich für Blinde und Sehbehinderte. Darüber haben wir auch während dieser Landtagssitzung geredet.

Sollte ein bedarfsgerechter Regelsatz zu einer Anhebung der bisherigen Sätze führen, müssen aber auch Kinder von Eltern, die arbeiten, bessergestellt werden. Das Lohnabstandsgebot zwingt bei höheren Leistungsbezügen dazu, dass Arbeitnehmerhaushalte mit geringen Einkünften, die für den Bedarf ihrer Kinder selbst ansparen müssen, nicht die Dummen sind.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Begreifen Sie doch mal Kinder als
eigenständiges Individuum, Mensch!)

Deshalb fordert die FDP seit Langem einen eigenen Grundfreibetrag für jedes Kind von 8.000 Euro,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Erhöhung des Kindergeldes auf 200 Euro.

Der Staatssekretär im Bundesministerium hat bekräftigt, die Regelsätze für Kinder müssten vorläufig nicht überprüft werden, denn mit der geplanten Erhöhung sei der Kritik des Bundessozialgerichtes bereits Rechnung getragen – Frau Ministerin, ich glaube, der hat ein SPD-Buch, ich weiß nicht, der widerspricht sich ein bisschen –,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

eine Aussage, die sehr verwundert, weil das Gericht ausdrücklich die pauschalen Festsetzungen des Regel-

satzes kritisiert hat. Zur Höhe des Satzes hat er klar keine Aussage getroffen. Mit der im Konjunkturpaket vorgesehenen Erhöhung des Kinderregelsatzes wird der Kritik der Richter gerade nicht Rechnung getragen, denn es soll eine pauschale Festsetzung bleiben. Ich betone noch einmal: Wir müssen den Kindern die Zukunft unseres Landes darstellen, eine auf ihren tatsächlichen Bedarf ausgerichtete Unterstützung gewähren. Alles andere ist falsch.

Da man vom zuständigen Minister zu diesem zentralen Thema gar nichts hört, zeigt das, welchen Rang Olaf Scholz, Bundesminister, der Sache beimisst.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Der darf nichts sagen.)

Was die LINKEN hier machen, unterscheidet sich aber nicht wesentlich von der Vorgehensweise der Großen Koalition in Berlin. Hier werden pauschal vor allem einseitige Forderungen aufgemacht, die weder von finanzieller noch sozialer Gerechtigkeit sind.

Die FDP beantragt Einzelabstimmung in den Punkten.

(Beate Schlupp, CDU: Oh Mann!)

Und ich glaube, liebe LINKE, sicherlich kann man noch die nächsten zehn Anträge bringen, aber ob das damit besser wird, das glaube ich auch nicht. Manchmal mag das der Sache nur schaden. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Barbara Borchardt, DIE LINKE: Na ja. –
Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
und Irene Müller, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Grabow.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Tegtmeier von der Fraktion der SPD.

Martina Tegtmeier, SPD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In der Tat ist es so, dass uns dieses Thema wahrscheinlich schon seit ganz vielen Jahren, aber ich erlebe das ja erst in dieser Legislaturperiode, ständig begleitet und wir uns dazu schon sehr oft ausgetauscht haben.

Was meine beiden Vorredner eben gesagt haben, ist in vielen Punkten auch schon häufig gesagt worden. Immer wieder wird betont, dass wir es hier mit einer bundesgesetzlichen Regelung zu tun haben. Frau Dr. Linke hat eben auch noch mal die Fakten aufgezählt, wie die Änderungen im Ansatz des Gesetzes sich dargestellt haben seit den 90er-Jahren.

Das Gesetz, von dem wir jetzt reden, stand immer unter den Schlagwörtern „fördern“ und „fordern“. Es stellt eine Grundsicherung auf sehr niedrigem Niveau sicher und soll in erster Linie die betroffenen Menschen dazu ermuntern, mehr Eigeninitiative zu zeigen, um wieder in Arbeit zu kommen,

(Irene Müller, DIE LINKE: Ha, ha, ha! –
Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das
sind erst mal Sprüche, da kriegen
Sie sehr viel Beifall drauf.)

denn die Macher des Gesetzes gingen von einer relativ hohen Sozialmissbrauchsquote aus.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ja, das ist ja auch sehr hoch. –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ich persönlich teile diese Ansicht nicht und ich glaube auch nicht, dass sich belastbare Zahlen beibringen lassen, die das wirklich belegen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Dann reden Sie lieber erst gar nicht drüber!)

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben Glück, Sie wissen, ich wiederhole nicht gerne das, was bereits gesagt wurde, und kann an vielen Stellen abkürzen. Aber dennoch bin ich längst nicht am Ende mit meinen Ausführungen. Eben haben wir es mehrfach gehört, Frau Dr. Linke sprach es an, das Abstanzgebote, Kollege Grabow sprach es an, das Abstanzgebote.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Ja, in der Tat, das ist ein Bestandteil für eine Bemessung. Jedoch wenn man sich mal anschaut, wie die Wirkweise des Gesetzes, das ja für die ganze Bundesrepublik gilt, in den einzelnen Bundesländern ist – das kann man ja nur in Mecklenburg-Vorpommern sagen –, können die Ziele, die damit verfolgt werden, ganz einfach schon aufgrund unserer Arbeitsmarktsituation gar nicht erreicht werden. Ganz im Gegenteil, die niedrigen Löhne mit einem erheblichen Anteil von sogenannten Aufstockern im Arbeitsmarkt sind sicherlich kein Beitrag dazu, es Menschen zu ermöglichen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, das dem ganz individuellen Anspruch an die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben auch gerecht wird. Meiner Auffassung nach müssen wir endlich einen Schritt weiterkommen, um dieser Aufstockerkultur ein Ende zu machen.

(Udo Pastörs, NPD: Unkultur, Unkultur.)

Wenn Sie das Abstanzgebote im Auge behalten und die niedrigen Löhne hier und den Ansatz verfolgen, zu mehr Lohngerechtigkeit zu kommen, also ein besseres Lohnniveau wieder zu erreichen, dann werden Sie bei den Regelsätzen auch bei anderen Beträgen landen.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Das habe ich jetzt nicht verstanden.)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Frau Ministerin hat Ihnen hier vorhin schon sehr ausführlich dargelegt, wie sich unsere Landesregierung auf Bundesebene zur Verbesserung der Regelsätze für unsere Kinder eingesetzt hat, und dies ja auch nicht ohne Erfolg. Sie wissen alle – das wurde eben auch angesprochen –, dass gerade die Koalitionsfraktionen Anfang letzten Jahres einen Antrag eingebracht haben, der die Landesregierung aufgefordert hat, sich im Bundesrat genau dafür einzusetzen, was sie auch getan hat, weil wir auch damals der Meinung waren, dass sich der Regelbedarf, insbesondere für Kinder, am Bedarf messen muss und so pauschal nicht zu bestimmen ist.

Und das Bundessozialgericht, was hier auch an mehreren Stellen zitiert wurde, führt dazu ganz deutlich aus, dass 60 Prozent vom Regelsatz verfassungswidrig ist, dass der Senat die Annahme der Verfassungswidrigkeit auf folgende Aussage gründet: Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes in Verbindung mit Artikel 1.6 Absatz 2 und 20 Absatz 1 Grundgesetz, weil die Regelleistung für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres um 40 Prozent vom Hundert gegenüber der maßgebenden Regelleistung für Erwachsene herabgesetzt worden ist, ohne dass der für Kinder notwendige Bedarf ermittelt und definiert wurde, und weil das Sozialgericht für Kinder von Empfängern der Grundsicherung für Arbeit-

suchende und so weiter und so fort – also eindeutig das Bekenntnis dazu, dass hier anders ermittelt werden muss, als sich das durch eine Pauschale vom Erwachsenenbeitrag machen lässt.

Die Anhebung des pauschalen Regelsatzes genügt dem meiner Auffassung nach in keiner Weise. Und das ist nicht meine Einzelmeinung. Die Meinung wird in unserer Fraktion auch getragen. Auch die Einzelmaßnahmen, die darüber hinaus beschlossen wurden, werden diesem Anspruch noch nicht gerecht. Wir als SPD-Fraktion hätten unsere Landesregierung gern mit einem weiteren Antrag darin unterstützt, auf Bundesebene die Initiative weiterzuverfolgen, hier zu einer gerechteren Bemessung und einer gerechteren Lösung für bedarfsgerechte Regelsätze für unsere Kinder zu kommen. Unser Koalitionspartner fand dies nicht nötig. Der beschlossene Antrag ist in der Tat auch noch nicht umgesetzt, das Ziel ist noch nicht erreicht worden. Man kann es so sehen. Mich würde es allerdings auch nicht wundern, wenn wir zu gegebener Zeit wieder eine muntere Aufforderung unseres Koalitionspartners an unsere Ministerin in der Presse wahrnehmen könnten.

(Egbert Liskow, CDU: Machen wir gerne. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber mir bleibt an dieser Stelle nur, diesen Antrag abzulehnen und mich für Ihre Aufmerksamkeit zu bedanken.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Harry Glawe, CDU: So ein Quatsch hier! Jetzt reicht's aber langsam!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Andrejewski. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Michael Andrejewski, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die heutigen Regelsätze sind wie Hartz IV in seiner Gesamtheit ein schönes Beispiel für die völlige Realitätsblindheit der herrschenden Politik und dafür, dass Reformen in diesem System nur darauf hinauslaufen, dass eine Sorte Traumtänzerie durch eine andere ersetzt wird.

Bevor ich zu den Regelsätzen komme, einige Worte zur Wirklichkeitsfremdheit des gesamten Systems und seiner Entwicklung und dazu, dass die Grundidee von Hartz IV sogar vernünftig war, bevor sie total verpfuscht wurde zur heutigen Katastrophe. Die ursprüngliche Aufteilung der arbeitsfähigen Erwerbslosen auf Sozialhilfe einerseits und Arbeitslosengeld und -hilfe andererseits entsprach schon seit Anfang der 80er-Jahre nicht mehr den gesellschaftlichen Verhältnissen. Mit viel gutem Willen ließe sich vielleicht noch für die Zeit bis Ende der 70er in Westdeutschland behaupten, dass tatsächlich jeder, der das wollte, eine halbwegs gut bezahlte Arbeit finden konnte. Wem das nicht gelang, der war entweder schwer gehandicapt oder hatte wirklich keine Lust, gehörte also als Sozialfall in eine ganz andere Kategorie als ein klassischer Erwerbsloser.

Aber in den 80ern baute sich in Westdeutschland schon Massenarbeitslosigkeit auf. Ein Selbstständiger, der mit seinem Unternehmen scheiterte, fand jetzt genauso wenig ohne Weiteres einen neuen Arbeitsplatz oder überhaupt einen Arbeitsplatz wie ein abhängig Beschäftigter, der seinen Job verloren hatte. Doch wurde der Selbstständige ohne vernünftigen Grund diskriminiert. Jeder, der ein Jahr lang Beiträge in die Arbeitslosen-

versicherung eingezahlt hatte, konnte nicht nur Ansprüche auf Arbeitslosengeld geltend machen, sondern auch auf Vermittlung und Weiterbildung. Der Selbstständige, der lange Jahre eigenverantwortlich ein Geschäft geleitet hat und unter Umständen viel mehr auf dem Kasten hatte, kam zur „Fürsorge“, wie das früher hieß, und damit auf den gesellschaftlichen Schrottplatz, ein Erwerbsloser zweiter Klasse, um dessen Wiedereingliederung sich der Staat einen Dreck kümmerte, der wurde zwar auf niedrigem Niveau durchgefüttert, aber das war's dann auch. Beantragen konnte er höchstens ein paar neue Schuhe, aber keine Umschulung, nichts, was ihn irgendwie wieder aus der Arbeitslosigkeit hätte herausbringen können.

Für die Politik gab es aber einen Vorteil: Der Selbstständige, der auch Sozialfall geworden war, erschien nicht in der Arbeitslosenstatistik. Und wohl deswegen hat es 25 Jahre gedauert, bis man diesen Schwachsinn endlich abgestellt und Sozialhilfe und Arbeitslosengeld zusammengelegt hat. Das war an sich richtig. Aber in der Ausführung ergab sich so viel neuer Blödsinn, dass von einer Verbesserung keine Rede sein kann, sondern von einer absoluten Verschlimmerung. Die Regelsätze wurden so niedrig angesetzt, weil die damaligen Fantasten vom Dienst – Schröder, Clement, Müntefering – den ewigen Aufschwung kommen sahen mit jeder Menge Arbeitsplätzen. Clement hat ihn ja jede Woche angekündigt. Arbeitslosengeld II war für diese Herren nur eine ganz kurze Überbrückungslösung für die Zeit, die von Job zu Job verging. Und wenn das so gewesen wäre, hätte man vielleicht auch noch sagen können, na schön. Aber die Jobs, die die Leute gesehen haben, gab's leider nur in Fantasialand und nicht in der Realität.

Im wirklichen Leben hat sich jedoch ein Sockel von Langzeitarbeitslosigkeit gebildet. Das heißt, Millionen müssen auf Dauer von Arbeitslosengeld II leben, und dafür ist diese Leistung in keiner Weise ausreichend. Noch nicht einmal der kurze Zwischenaufschwung von 2005 bis vor Kurzem hat an diesem grundsätzlichen Sachverhalt irgendwas ändern können. Auch da hat's noch einen großen Sockel von Langzeitarbeitslosen gegeben. Und jetzt im Zeichen der Weltfinanzkrise ist der Zug sowieso abgefahren.

Die Regelsätze für Kinder und Jugendliche sind die allergrößte Idiotie, die dem Stand der Wissenschaft von mindestens 100 Jahren nachhinkt: Weil Kinder kleiner sind und weniger wiegen, essen sie auch weniger und deswegen brauchen sie auch weniger Geld. Das ist die armselige Philosophie, die dahintersteht. Aber dass Kinder keine kleinen Erwachsenen sind, sondern etwas Eigenes, auch physiologisch, und dass ihr Ernährungsbedarf nicht einfach ist, sondern andersartig, das weiß man ja mindestens seit Ausgang des Mittelalters. Wenn die Leute, die sich das ausgedacht haben, ihre eigenen Kinder nach diesem Motto tatsächlich behandeln, dann wäre das allerdings ein Fall für das Jugendamt. Aber das glaube ich nicht. Vermutlich glauben die besserverdienenden Urheber dieser Kinderregelsätze, Unterschichtkinder wären genetisch irgendwie anders und könnten auch mit geringerem Aufwand aufgezogen werden. Es ist ja nicht ihre Bestimmung in diesem Staat, etwa auf eine höhere Schule zu gehen oder gar zu studieren, sondern bei der Oberschicht eine Putzstelle anzutreten. Zu gut darf die Ernährung gar nicht werden, sonst entwickeln sie sich am Ende noch zur Konkurrenz für die Kinder von Spitzenpolitikern.

Ich möchte bezweifeln, dass die Regelsätze wirklich auf ein menschenwürdiges Maß erhöht werden. Kurz vor der Wahl gibt's eine kleine Verbesserung, die wird danach garantiert wieder einkassiert, und so wird es auch kommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Es hat jetzt das Wort für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Schwebs. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Birgit Schwebs, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Kollegin Frau Dr. Linke hat den vorliegenden Antrag meiner Fraktion zur bedarfsgerechten Ermittlung existenzsichernder Regelsätze nach dem SGB II und SGB XII begründet. Ich will den Sachverhalt und die Problemlage noch einmal fokussieren:

Seit dem 01.01.2005 sind die in ihrer Höhe und Zusammensetzung völlig unzureichenden Regelsätze nach dem SGB II bittere Lebenswirklichkeit für die Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II und die Mitglieder ihrer Bedarfsgemeinschaft geworden. So ist es einfach. Anstelle von drei Altersstufen für die Regelsätze für Kinder in der Sozialhilfe gibt es mit dem SGB II nur noch zwei Altersstufen und die Regelsätze für Kinder zwischen 14 bis unter 18 Jahren wurden von 90 auf 80 Prozent des Regelsatzes eines Haushaltsvorstands, also eines Erwachsenen, gesenkt. Außerdem wurden circa 120 einmalige Beihilfen gestrichen. An deren Stelle trat die Darlehensgewährung bei Nachweis eines unabweisbaren Bedarfes.

Eine von den damaligen PDS-Fraktionen in den Landtagen von Brandenburg, Sachsen und Thüringen dazu in Auftrag gegebene gutachterliche Stellungnahme kam bereits im November 2004 zu dem Ergebnis, dass dieses Gesetz zehnfach – ich wiederhole, in zehn gravierenden Punkten – gegen das Grundgesetz verstößt. Insbesondere die mit der Pauschalierung verbundene Abschaffung von Einmalleistungen, der nicht mehr vorhergesehene Ausgleich von Notlagen und der unter dem Bedarf liegende Regelsatz auch für Kinder und Jugendliche wurden benannt. Und seit der Einführung dieser Regelsätze haben nicht nur DIE LINKE, sondern auch Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Gewerkschaften die Höhe der Regelsätze sowie deren Zusammensetzung und Ermittlung kritisiert.

Mein Kollege Herr Koplin ist darauf wie auch auf das absurde Zustandekommen der Regelsätze bereits in seiner Rede am 6. Dezember 2006, nachzulesen auf der Drucksache 5/76, eingegangen. Und ich denke, wir werden das Thema heute nicht zum letzten Mal thematisiert haben, sondern wir werden es noch öfter tun, denn steter Tropfen höhlt den Stein.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Deswegen beschäftigten wir uns auch heute wieder damit.

Sie, meine Damen und Herren, haben unsere Anträge, die auf die Verbesserung der Situation der mehr als, und jetzt hören Sie zu, 235.000 betroffenen Menschen im Februar 2009 allein in unserem Bundesland – mit zu niedrigen und nicht bedarfsgerechten Regelsätzen müssen diese 235.000 Menschen leben – zielen, permanent abgelehnt. Bis – na ja – endlich auch die Arbeits- und Sozialminister im November 2007 gesagt haben: Das geht nicht mehr so weiter. Wir fordern einen kinderspe-

zifischen Regelsatz. Das ist gut so, dass sie es gesagt haben, und es wurde aber auch langsam Zeit.

Leider, meine Damen und Herren, ist Ihre Forderung nach der Ermittlung spezifischer Regelsätze tatsächlich nur auf die Kinder ausgerichtet, obwohl ganz klar ist, dass auch die Regelsätze für Jugendliche und Erwachsene nicht bedarfsgerecht ermittelt wurden und auch deshalb keineswegs auskömmlich sind. Das ist ein Skandal. Die Arbeits- und Sozialminister gestehen es endlich ein, dass der Regelsatz für Kinder zu niedrig ist, und ändern ihn nur für Kinder, nicht für Jugendliche. Damit haben sie eben keine gleichen Chancen beim Start ins Leben, Frau Ministerin. Sie werden nämlich benachteiligt gegenüber ihren Altersgenossen, denn nicht nur Kinder bis 14 Jahre haben zum Beispiel entwicklungspezifische Mehrbedarfe, sondern natürlich auch Kinder beziehungsweise Jugendliche von 15 bis 18 Jahren.

Das, meine Damen und Herren, kann ich aus eigenem Erleben mit meiner 17-jährigen Tochter nur unterstreichen. Und ich kann nicht nur ein Lied davon singen. Das fängt bei den schicken Ohringen für nur 2,99 an – Mama, das geht doch. Und dann muss es unbedingt ein T-Shirt sein, weil Lila ist in diesem Sommer modern und ich habe noch kein Lila. Und die 5 Euro Eintrittsgeld für die Disko, Mama, die hast du doch auch noch für mich übrig. Alles Kleinigkeiten – zugegeben.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Mir fällt es relativ leicht, diese und andere Wünsche meiner halbwüchsigen Tochter zu erfüllen. Sie aus finanziellen Gründen abzulehnen, darauf käme ich überhaupt nicht, denn in dem Alter ist es einfach so, dass man solche Bedarfe hat. Aber ALG-II-Empfänger/-innen – 235.000 Frauen und Männer, Kinder und Jugendliche in unserem Land – können da nicht so locker rangehen.

Und, meine Damen und Herren, stellen Sie sich vor – und auch das ist für diese Altersgruppe spezifisch –, es steht die Entscheidung an über eine Sprachreise nach London, um die Englischkenntnisse zu stabilisieren und mal zu probieren, ob man wirklich Englisch kann, und damit die Bewerbungschancen dieser Jugendlichen zu erhöhen. Wie führen die Eltern denn bei der Behörde den Nachweis des unabwendbaren Bedarfs, um vielleicht ein Darlehen für ihr Kind dafür zu bekommen? Diese Entscheidung, meine Damen und Herren, steht für betroffene Jugendliche und Eltern überhaupt gar nicht. Davon können Kinder und Jugendliche, deren Eltern ALG II erhalten, nicht einmal träumen. Denn genau diesen Jugendlichen haben Ihre Parteien den Regelsatz um zehn Prozent gegenüber der Sozialhilfe gekürzt, was wiederum beweist: Hartz IV ist Armut per Gesetz.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Aber, meine Damen und Herren, die Entscheidung des Bundessozialgerichtes vom 27. Januar 2009 bestätigt klar und deutlich, dass die Regelsätze ohne Blick auf den tatsächlichen Bedarf und willkürlich festgelegt wurden.

Meine Damen und Herren, jeder Tag, an dem die Kinder und Jugendlichen und natürlich auch Erwachsene mit diesen nicht bedarfsgerechten Regelsätzen leben müssen, ihnen die eigenständige Existenz sowie die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verwehrt wird, ist ein schlechter Tag für dieses Land. Es ist ein schlechter Tag für dieses Land, weil diese Menschen aus finanziellen Gründen willkürlich ausge-

grenzt werden. Es ist ein schlechter Tag für dieses Land, weil damit Familien unter Druck gesetzt werden und in entwürdigenden Verhältnissen leben müssen. Es ist ein schlechter Tag für dieses Land, weil diese unerträgliche Situation den Betroffenen die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nimmt. Und, meine Damen und Herren, was das Schlimmste ist, es ist ein schlechter Tag für dieses Land, weil sich die betroffenen Menschen von der Gesellschaft, von unserer Demokratie abwenden, wenn sie dauerhaft erfahren, dass der viel gepriesene Sozialstaat inzwischen nur noch der Schein seiner selbst ist.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Stefan Köster, NPD: Und das ist auch
gut so. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Für mich, meine Damen und Herren, gibt es aus der angekündigten Ablehnung unseres Antrages nur eine Erkenntnis: Sie wissen nicht, was Sie tun. Nein, Sie wollen es nicht wissen, was Sie den Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen und ihren Familien antun. Uns unterstellen Sie, wir würden hier nur einen verfrühten Wahlhokuspokus veranstalten, Herr Rühs. Das finde ich einfach schäbig, denn 235.000 Menschen im Land warten auf Änderung.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Mit einer verantwortungsvollen Familienpolitik, Herr Ministerpräsident, Frau Ministerin, meine Damen und Herren Abgeordnete der Koalitionsfraktionen, und einem Kinderland Mecklenburg-Vorpommern hat dies alles jedenfalls nichts zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Recht hast du.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Von der Fraktion der CDU ist eine Unterbrechung der Sitzung von fünf Minuten wegen Beratungsbedarfs der Fraktion beantragt worden. Ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten. Wir setzen um 13.25 Uhr fort.

Unterbrechung: 13.17 Uhr

Wiederbeginn: 13.22 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Wir kommen damit zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2340. Wer dem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2340 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU und FDP und Stimmenthaltung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, über die Ziffern 1 bis 3 des Antrages einzeln abzustimmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Wer der Ziffer 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2185 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2185 bei Zustimmung durch die Fraktionen DIE LINKE und NPD, ansonsten Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU und FDP abgelehnt.

Ich rufe auf die Ziffer 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2185. Wer der Ziffer 2 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2185 bei Zustimmung durch die Fraktionen DIE LINKE, FDP und NPD und Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU abgelehnt.

Wer der Ziffer 3 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2185 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 3 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2185 bei Zustimmung durch die Fraktionen DIE LINKE und NPD, bei Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU und FDP abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 36**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Qualität bei der Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln für gesetzlich krankenversicherte Menschen sichern, Drucksache 5/2264. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2334 vor.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Qualität bei der Versorgung mit
medizinischen Hilfsmitteln für gesetzlich
krankenversicherte Menschen sichern
– Drucksache 5/2264 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP
– Drucksache 5/2334 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Müller. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Irene Müller, DIE LINKE: Werter Herr Präsident! Werte Landtagsabgeordnete! Dieser Antrag, der Ihnen heute hier vorliegt, betrifft ein brennendes Problem, wo wir, denke ich mir, nicht länger zugucken können, wie es sich ausweitete beziehungsweise negativ für die Betroffenen darstellt.

Stellen Sie sich einmal vor, Sie sind in folgender Lebenssituation: Sie sind gesetzlich krankenversichert bei der AOK. Sie haben durch Stress eine Muskelschwäche erlitten, haben eine OP an der Prostata durchmachen müssen und haben deshalb jetzt Blasenschwäche. Eigentlich ist das alles zwar nicht wünschenswert, aber es zu bewältigen, ist über längere Zeit machbar und ist eigentlich kein Problem, denkt man, denn man geht ins Sanitätshaus oder in die Apotheke, holt die dementsprechenden Hilfsmittel, sprich Inkontinenzmittel, und die Sache ist gelaufen.

Diese Art und Weise der Versorgung gab es mal. Jetzt ist die Angelegenheit anders. Mit dem Wettbewerbs-

stärkungsgesetz zum 01.07. des Jahres 2007 ist man eben nicht mehr individuell berechtigt, in die dementsprechenden Sanitätshäuser oder Apotheken zu gehen und sich sein Hilfsmittel zu kaufen, nein, man wird direkt versorgt. Das könnte uns erst mal mitteilen und sagen: Ist ja gut. Es ist eine ortsnahe Versorgung, also prima. Aber so ist es eben nicht. Die Krankenkassen sind seit diesem Gesetz in der Lage, die Versorgung mit Hilfsmitteln auszuschreiben. Wenn die Ausschreibung erfolgt ist und alles beguckt worden ist, machen die Krankenkassen die Verträge, womit man sich zu versorgen hat, nicht der Patient individuell, sondern die Krankenkassen. Wir haben also keine Möglichkeit als Patientinnen und Patienten, die Individualität bei der Versorgung in Anspruch zu nehmen.

Unser Eingangsbeispiel jetzt weiter: Sie haben also, weil der Vertrag so ist, mit dem Versorger beraten und besprochen, dass er bitte kommen und Sie versorgen möchte. Das passiert nun aber nicht nach zeitlicher Absprache durch Direktvertrieb durch ein Sanitätshaus, nein, es kommt die Post oder ein Postvertrieb, der beauftragt wurde, und der kommt zu Ihnen, so, wie er Ihre Adresse in seinem Ablaufplan hat. Eine zeitliche Verabredung ist nicht möglich. Also werden Sie zuhause bleiben und warten, bis Ihr Paket mit den Inkontinenzmaterialien ankommt, oder – weil Sie das nicht können – die Post oder die Vertriebsstelle wird die Inkontinenzmittel beim Nachbarn irgendwo im Haus abgeben. Damit ist überhaupt nicht mehr gewährleistet, dass mit Ihrer Erkrankung diskret umgegangen wird, denn derjenige, der so ein Paket annimmt, weiß sofort, worum es sich handelt. Es gibt nicht mal eine diskrete Verpackung der ziemlich großen Pakete, mit denen Ihre Inkontinenzmittel angeliefert werden. Und ich weiß nicht, ob es jedem recht sein würde oder überhaupt recht ist, denjenigen, die es jetzt betrifft, wenn ihre krankheitsspezifischen Hilfsmittel so angeliefert werden, dass jeder und jede in der Umgebung, der es mitkriegt, weiß, was sie haben, zumal es sich bei Inkontinenz um eine Krankheit handelt, die man nicht sofort sieht, also nicht wie eine Standarte vor sich hertragen muss.

Das nächste Problem ist, dass diese Hilfsmittel, sprich in diesem Moment die Inkontinenzmittel, nicht in irgendwelchen kleinen Mengen geliefert werden, sondern wegen der Rentabilität unter Umständen für ein halbes Jahr. Und für ein halbes Jahr Inkontinenzmittel, sprich Windeln, das sind Riesepakete. Die bringen Sie in Ihrer Wohnung erst einmal unter!

Schlimmer noch ist es, wenn es sich um Pflegeheime handelt. Etliche Genossinnen und Genossen aus meiner Fraktion sind extra in die Pflegeheime gegangen. Die kriegen Wagenladungen von Inkontinenzmitteln angeliefert und wissen nicht, wohin damit, denn Lagerhaltung ist eigentlich in den Pflegeheimen nicht eingeplant. Das hat auch irgendetwas damit zu tun, wie die geldlichen Mittel verwendet werden. Und die dürfen nun mal nicht für Lagerhaltung verwendet werden beziehungsweise sind dafür nicht angebracht.

Ein nächstes Problem: Jede Individualität der Hilfsmittel ist nicht mehr da. Wir haben Petitionen im Landtag – diejenigen, die im Petitionsausschuss sind, wissen es, Frau Borchardt wird darauf noch mal eingehen, zum Beispiel die Petition mit der Drucksache 5/2163 –, wo nachgewiesenermaßen die Hilfsmittelversorgung durch diese Art und Weise der Gleichmachung verschlechtert ist, verschlechtert ist, weil ganz einfach die Windeln auf gut Deutsch gesagt nicht mehr passen.

Außerdem ist es nicht so, wie uns immer gesagt wurde, dass diese Hilfsmittel nach wie vor als Vorrang die Qualitätssicherung haben. Wer am 16.02. „Plusminus“ verfolgt hat und die Recherchen dazu, weiß, das sind 75 Prozent aller Fälle, wo die Finanzen eine Rolle spielen, dass Sparen eine Rolle spielt und die dementsprechenden Hilfsmittel gekauft werden müssen, die laut Vertrag in den Vertrieb einbezogen sind, und das sind eben nicht die qualitativsten, sondern die billigsten. 75 Prozent!

Und wer das jetzt hier alles unter den Tisch kehren möchte und denkt, ich spinne oder wir spinnen, den bitte ich, wirklich einmal in ein Pflegeheim zu gehen und sich eine Windel in die Hand drücken zu lassen, von denen, die mal genommen werden durften, und eine davon zu nehmen, die jetzt genommen werden müssen. Und ganz nebenbei gesagt: Ich wünsche jedem Mann, der in diese Vertragsgestaltungen involviert war, dass er mal inkontinent wird.

(Angelika Peters, SPD: Nein! –
Jörg Vierkant, CDU: Das ist aber böse.)

Dem kann ich nämlich voraussagen, er wird nur einmal wund und nie wieder heil.

(Jörg Vierkant, CDU: Das ist aber böse. –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Man muss es manchmal so sagen, damit zugehört und begriffen wird.

Im Sommer des Jahres 2008 stellte die Bundesinnung der Orthopädieversorger fest, dass die Krankenkasse Mecklenburg-Vorpommern, die AOK Mecklenburg-Vorpommern, einen ungeheuer massiven Druck auf die Hilfsmittelversorger der Orthopädie ausübt und sie zwingt, Hilfsmittel herzustellen, die immer billiger und billiger und billiger sein sollen. Der Orthopädie-Innungsverband stellte fest, dass er damit nicht mehr in der Lage ist, qualitativ hochwertige, gute Hilfsmittel herzustellen. Das sollte uns ebenfalls stutzig machen bei der ganzen Angelegenheit. Es sind also einmal die Versorger, die nicht zufrieden sind, und einmal die Patienten. Auch die Ärzte haben uns in den Vorbereitungen, die wir zu diesem Antrag gemacht haben, darauf hingewiesen, dass sie sehr unzufrieden damit sind, dass sie zwar Rezepte ausschreiben dürfen, aber mit den Rezepten und dem Ausschreiben nicht sicher sein können, dass ihre Patienten so versorgt werden, wie es eigentlich notwendig wäre. Es wird nach dem Preis geyuckt und nicht nach der Qualität, 75 Prozent, wie gesagt.

Mehrere Presseerklärungen und Pressemitteilungen in den letzten Monaten haben uns auf das Problem ebenfalls aufmerksam gemacht. In diesen Fällen handelte es sich immer um Verträge, die mit der AOK Mecklenburg-Vorpommern gemacht wurden beziehungsweise mit der Barmer, und es handelte sich in der Regel um Verträge, die mit der Hauschild Hygiene GmbH hier aus Mecklenburg-Vorpommern gemacht wurden. Die Reaktion der Krankenkassen war, ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Frau Müller, Sie haben noch eine Minute.

Irene Müller, DIE LINKE: Danke.

... dass das alles Übergangsprobleme wären und dass das nur in Einzelfällen vorkommen würde, und deswegen würde sich das schon alles regeln.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Heime, Pflegeheime, Einzelpersonen, die nur mit einer einzigen Hilfsmittelfirma hier in Mecklenburg-Vorpommern verhandeln dürfen, wann sie welche Hilfsmittel bekommen, sind keine Einzelfälle, und das sind auch keine Dinge, die sich von allein regeln werden.

Ich bitte Sie deshalb darum, mit uns diesen Antrag heute anzunehmen und damit die Landesregierung, das Sozialministerium, zu beauftragen, ihrer Kontroll- und Aufsichtspflicht gegenüber der AOK hier in Mecklenburg-Vorpommern gerecht zu werden, in Gespräche einzutreten, damit diese Dinge abgesetzt werden, beziehungsweise auf Bundesebene dann mit den bundesweit agierenden Krankenkassen ins Gespräch zu kommen, damit wieder Qualität und Individualität für die Patienten im Vordergrund stehen und nicht nur der Preis. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste hat ums Wort gebeten die Ministerin für Gesundheit und Soziales, nein, für Soziales und Gesundheit, so herum, Frau Schwesig. Bitte schön, Frau Ministerin.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Das Thema, dem wir uns jetzt widmen, klingt sehr technisch und bürokratisch. In dem Antrag ist die Rede von „nicht individuell gefertigten medizinischen Hilfsmittel(n)“ und „von landesunmittelbaren gesetzlichen Krankenkassen“. Ich will kurz erklären, um was es geht: Alte und kranke Menschen sollen medizinische Hilfsmittel bekommen, die ihnen wirksam helfen. Noch deutlicher: Wir reden hier vor allem über Windeln für erwachsene Menschen. Der Fachbegriff lautet Inkontinenzartikel. Und falls irgendjemand in diesem Saal das Thema anrühlich finden sollte, kann ich nur entgegnen: Eigentlich geht es hier nicht um Kot oder Urin, sondern es geht um nichts weniger als die Würde des Menschen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen DIE LINKE und FDP –
Barbara Borchardt, DIE LINKE: Richtig.)

Die Linksparteifraktion fordert die Landesregierung auf,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

ihrer Aufsichtspflicht über die landesunmittelbaren gesetzlichen Krankenkassen nachzukommen. Sie soll darauf hinwirken, dass medizinische Hilfsmittel in der erforderlichen Qualität geliefert werden.

Zum Hintergrund: Seit dem 1. April 2007 dürfen Hilfsmittel nur auf der Grundlage von Verträgen abgegeben werden, die die Krankenkassen mit den Herstellern abschließen. Näheres regelt ein spezielles Verzeichnis von Hilfsmitteln. Diese Regelung zielt darauf ab, Kosten zu senken. Allerdings verpflichtet das Gesetz die Krankenkassen auch, Hilfsmittel in guter Qualität und wohnortnah bereitzustellen. Außerdem sollen sie die Versicherten beraten.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse Mecklenburg-Vorpommern – kurz AOK M-V – ist die einzige landesunmittelbare gesetzliche Krankenkasse. Das bedeutet, nur sie untersteht der Rechtsaufsicht des Landes. Was Inkontinenzartikel betrifft, hat die AOK am 1. Dezember 2007 Verträge mit insgesamt acht Anbietern geschlossen. Die Kasse hat der Aufsicht versichert, dass bei der Auswahl der Vertragspartner der Preis nicht das erste und nicht das einzige Kriterium ist, sondern auch die Qualität im Mittelpunkt steht.

Das Gesundheitsministerium kümmert sich seit geraumer Zeit um das Thema, wie es sich im Antrag der Fraktion DIE LINKE widerspiegelt. Weil drei AOK-Kunden über Probleme mit Inkontinenzartikeln klagten, haben sie sich im vergangenen Jahr an den Petitionsausschuss des Landtags gewandt. Gesundheitsministerium und Krankenkasse haben die Angelegenheit inzwischen zur Zufriedenheit der Versicherten geregelt.

Die Aufsicht wurde auch in zwei weiteren Fällen tätig, zum einen wegen eines Artikels in der „Schweriner Volkszeitung“ – hier wurde schließlich das beanstandete Produkt gewechselt – und zum anderen aufgrund eines Berichts in der ZDF-Sendung „frontal 21“. In diesem Fall stellte sich heraus, dass der Betroffene das Hilfsmittel gar nicht von dem AOK-Vertragspartner bekommen, sondern über einen Pflegedienst aus einer Apotheke bezogen hat.

Sofort nachdem die Beschwerden bekannt geworden waren, habe ich persönlich mit Herrn Bluschke, dem Vorstand der AOK Mecklenburg-Vorpommern, darüber gesprochen. Die AOK hat zugesichert, Probleme bei der Versorgung mit Inkontinenzartikeln mit den Versicherten zu klären. Sie fragt zudem regelmäßig bei ihren Kunden nach, ob sie mit den gelieferten Produkten zufrieden sind.

Sie sehen also, sehr geehrte Abgeordnete der Linkspartei, die Landesregierung war und ist längst aktiv. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Komisch.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Ministerin.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Reinhardt. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die LINKE suggeriert mit ihrem Antrag, dass es bei der AOK in Mecklenburg-Vorpommern ein Qualitätsproblem gibt. Die Landesregierung soll aufgefordert werden, darauf hinzuwirken, dass die AOK die Qualität bei den nicht individuell gefertigten medizinischen Hilfsmitteln einhält sowie sich auf Bundesebene dafür einsetzt, dass die bundesunmittelbaren Krankenkassen die Qualität dieser nicht individuell gefertigten Hilfsmittel garantiert.

Wir haben das eben von der Ministerin sehr ausführlich gehört und können aus diesem Grund diesem indirekten Vorwurf nur widersprechen. Wir haben gehört, dass das Gesundheitsministerium sehr intensiv seiner Aufsichtspflicht nachkommt und die Ministerin sogar selbst und persönlich mit der AOK,

(Torsten Koplín, DIE LINKE:

Da haben wir nur Phantome gesehen.)

mit Herrn Bluschke, telefoniert hat.

(Irene Müller, DIE LINKE: Dann möchte ich nur wissen, warum die immer noch diese dämlichen Windeln haben.)

Und aus diesem Grund, da das Gesundheitsministerium seiner Aufsichtspflicht nachkommt, kann auch im Ergebnis von keinem fehlerhaften Ausschreibungsverfahren gesprochen werden. Wir werden – wie eben auch gehört, ich brauche das alles nicht noch mal auszuführen – Ihren Antrag ablehnen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Irene Müller, DIE LINKE: Das ist so ein Kandidat, der mal solche Windeln tragen sollte.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Herr Ratjen. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Sebastian Ratjen, FDP: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Lieber Herr Reinhardt! Die Worte höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Und ich will Ihnen auch sagen, warum: Das sind 50 Seiten Bericht über die Probleme mit Inkontinenzmaterialien der AOK-Patienten in Mecklenburg-Vorpommern. 50 Seiten!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Die stimmen nicht, die stimmen alle nicht. – Irene Müller, DIE LINKE: Das ist alles Geschichte.)

Die sind alle völlig falsch, völlig erstunken und erlogen.

Ich will Ihnen nur kurz erzählen. Das fängt damit an, dass die Windeln zu klein oder zu groß sind

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

und deshalb bei mobilen Patienten die Mobilität einschränken, denn mit zu großen Windeln können sie nicht laufen, die sind undicht.

(Irene Müller, DIE LINKE: Richtig. Das sind alles Märchen, das haben wir alles nur falsch gelesen.)

Anscheinend alles gelogen. Das geht damit weiter, dass bettlägerige Patienten die Lieferung nur bis zur ersten Tür bekommen. Wie sie dann vom dritten Stock runterkommen und sich das Zeug hochholen, das ist deren Problem.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Richtig.)

Liefertermine werden nicht eingehalten.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Die Heime müssen auch sehen, wie sie fertig werden.)

Es geht dann weiter, dass die Pflegeheime das Problem haben, dass sie für jede einzelne Krankenkasse, für jeden Patienten den Vertragspartner vorhalten müssen, mit dem dessen Krankenkasse einen Vertrag hat. Sie suchen also nicht mehr das Inkontinenzmaterial oder das Hilfsmittel aus, was für diesen Patienten geeignet ist, sondern das,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Dürfen sie ja nicht mehr.)

wo dessen Krankenkasse gerade irgendeinen Vertrag hat.

(Irene Müller, DIE LINKE: Der Vertrag steht ja zwischen den Patienten und der Kasse.)

Es gibt eine Stellungnahme des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Mecklenburg-Vorpommern, die den Antrag der LINKEN ganz maßgeblich unterstützt.

Das weitere, rein rechtliche Problem ist gerade bei Pflegeeinrichtungen, dass die Pflegeeinrichtungen eine vertragliche Verpflichtung haben gegenüber den Patienten, ihre Leistung zu erbringen und sie auch in der qualitativen Form zu erbringen, sie aber nicht mehr den Einfluss auf die Hilfsmittelauswahl haben, sodass sie eigentlich ihren rechtlichen Verpflichtungen nicht nachkommen können, ohne dass sie dafür persönlich haftbar zu machen sind.

Wir möchten nun in unserem Ergänzungsantrag zum Antrag der LINKEN eine Idee anbringen, die uns doch sehr sinnvoll erscheint, und zwar, dass wir Festzuschüsse implementieren und dass entweder die Patienten selber, so sie das können, oder eben die Pflegeeinrichtungen sich entscheiden können, welche Produkte sie am besten auswählen. Das führt dazu, dass es einen wesentlich direkteren Rückschluss gibt. Bei mangelnder Qualität wird sofort der Anbieter gewechselt und auf den Anbieter zurückgewirkt. Sonst muss das immer über die Evaluationserhebung bei den Krankenkassen stattfinden, das heißt, da haben wir noch mehr Verwaltungsaufwand.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Hans Kreher, FDP: Genau.)

Und es entmündigt den Patienten. Ich bin immer dafür, dass wir mündige Patienten haben, und deshalb möchte ich Sie bitten, nicht den hehren, wohlfeilen Worten der Landesregierung hier alleine Glauben zu schenken. Ich kann nur sagen, ich kann mir nicht vorstellen, dass die Liga mit ihrem 50-seitigen Bericht oder der Paritätische Wohlfahrtsverband uns hier völlig belogen haben.

(Zuruf von Ministerin Manuela Schwesig)

Deshalb sehe ich hier dringenden Handlungsbedarf. Und ich glaube, jeder, der sich mal vorstellt, von so einer Windel abhängig zu sein, der wird jetzt mit uns stimmen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen DIE LINKE und FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Ratjen.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Köster. Bitte, Herr Abgeordneter.

Stefan Köster, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die LINKEN behandeln mit diesem Antrag ein Problem, auf welches wir bereits in der 49. Sitzung des Landtages am 25. September 2008 hingewiesen haben. Der ausufernde Wettbewerb im Gesundheitswesen schadet dem Gesundheitswesen im Allgemeinen und den Patienten und regionalen Unternehmen im Besonderen.

In der Fragestunde am 25. September 2008 musste der damalige Sozialminister Selling zu den Auswirkungen der eingeführten Pflicht zur Ausschreibung der Hilfsmittelversorgung durch die Krankenkassen für die Orthopädie-Schuhtechnikbetriebe und Sanitätshäuser in Mecklenburg-Vorpommern Stellung beziehen und machte wahrlich keine gute Figur. Auch in Bezug auf die Auswirkungen für die Patienten war Selling mehr oder minder sprachlos und gab sinngemäß an, dass man die Auswir-

kungen des Wettbewerbsstärkungsgesetzes noch nicht kenne, den Markt aber sehr genau beobachten würde.

Diese Politik der ganz ruhigen bis fast abgestorbenen Hand setzt sich nun mit dem Ministerpräsidenten Selling fort. Seit dem 1. Januar 2009 können die Versicherten bei der Hilfsmittelversorgung zwischen verschiedenen Leistungserbringern nur noch erheblich eingeschränkt wählen.

Einen sehr interessanten Artikel in dieser Sache hat vor wenigen Tagen die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft veröffentlicht. In diesem wird sehr genau geschildert, welche Auswirkungen die aktuelle Gesetzeslage hat. Lesen Sie sich daher einmal diesen Bericht durch. Schaden wird es Ihnen nicht. Ich gebe hier nur kurz die Handlungsempfehlung aus diesem Artikel weiter, sozusagen als praktische Politik für die Bürger. Zitat:

„Mögliche Strategien:

- Bitte teilen Sie Mängel und Kritikpunkte bei der Hilfsmittelversorgung Ihrer Krankenkasse schriftlich mit und bitten Sie die Krankenkasse, diese kurzfristig zu beheben.
- Sollten Sie dennoch unzufrieden mit Ihrer Versorgung bleiben, können Sie Ihren Anspruch gegenüber Ihrer Krankenkasse mit einem offiziellen, zwingend schriftlich durchzuführenden Widerspruch geltend machen.
- Sollte bestehenden Mängeln nach dem Widerspruch nicht abgeholfen werden, besteht die Möglichkeit der Klage beim Sozialgericht. Das Verfahren vor den Sozialgerichten ist in der Regel kostenfrei, Gerichtsgebühren fallen nicht an. Es ist auch keine anwaltliche Vertretung notwendig. Jeder, der betroffen ist, kann selbst Klage einreichen und vor Gericht vortragen ...
- Melden Sie Ihre Bedenken oder bereits erlebte negative Folgen von Ausschreibungsversorgungen zudem an die Patientenbeauftragte der Bundesregierung ...“

Zitatende.

Dieses sollte jeder Betroffene machen, um diesem doch sehr unsozialen System endlich mal die Kante zu geben.

Zum Schluss noch einige Zitate von Herrn Selling vom 25.09.2008: „Auswirkungen der Ausschreibung von Hilfsmitteln auf Orthopädie-Schuhtechnikbetriebe und Sanitätshäuser in Mecklenburg-Vorpommern sind bisher nicht bekannt.“ Auf die Frage, wie „die Landesregierung die negativen Erfahrungen von Betreuungseinrichtungen mit der Inkontinenzprodukteversorgung in Mecklenburg-Vorpommern“ bewerte, „weil die Pflegeheime nicht wie früher Inkontinenzprodukte für alle Bewohner von einem Lieferanten beziehen können, sondern je nach Krankenkasse ein anderes Produkt eingesetzt werden muss“, wusste Herr Selling keine Antwort. So viel, Frau Ministerin, zur Aktivität der Landesregierung. Glatte Sechse.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Es hat jetzt das Wort für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Borchardt. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich zu unserem Antrag komme, an Sie, Herr Köster, an Ihre Adresse: Solange Sie Ihre Auffassung und Einstellung zur Menschenwürde

im Allgemeinen – egal, wo die Menschen leben – nicht verändern,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

werden wir Ihre Anträge ablehnen. Und dazu stehe ich auch ganz bewusst.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Es gibt keine geteilte Menschenwürde. Das sollten Sie sich mal ins Buch schreiben lassen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Es ist schon sehr interessant, wie Sie, meine Damen und Herren von der Großen Koalition, versuchen, ein durchaus vorhandenes Problem völlig auszublenden. Denn dass die von uns benannten Probleme vorhanden sind, zeigen nicht nur die zahlreichen Hinweise von Betroffenen beziehungsweise ihren Familienangehörigen, auch nicht die vielen Beiträge der Presse zu diesem Thema in den letzten Wochen und Monaten, so in der „Schweriner Volkszeitung“ oder wie am Donnerstag, dem 26.02.2009 in der Sendung „Brisant“ unter dem Titel „Kassen-Sparwahn auf Patientenkosten“ beziehungsweise am Freitag im MDR Radio die Berichterstattung über dasselbe Problem, diesmal AOK Sachsen und Thüringen. Nein, es beweisen auch die Hinweise, die wir von zahlreichen – unterschiedlichsten! – Betreibern von Pflegeeinrichtungen erhalten haben, obwohl diese nach der Gesetzeslage eigentlich mit dieser Problematik nichts mehr zu tun haben, eben nur eigentlich nicht. Aber dazu komme ich an einer anderen Stelle.

In der Diskussion wurde mehrfach auf die veränderten gesetzlichen Grundlagen der Hilfsmittelversorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung hingewiesen: Hier ein kleiner Rückblick:

Für medizinische Hilfsmittel wurden nach der Gesundheitsberichterstattung des Bundes im Jahre 2006 10,9 Milliarden Euro ausgegeben. Etwa mehr als die Hälfte dieser Summe finanzierten die gesetzlichen Krankenkassen. Bei der Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln handelt es sich also um ein Milliardengeschäft. Dieses ist allerdings, gemessen an den Gesamtausgaben für die Gesundheit, vergleichsweise gering. Letztere betragen im Jahr 2006 245 Milliarden Euro, nachzulesen in der Bundesberichterstattung des Gesundheitsministeriums.

Mit dem Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung vom 2. Februar 2007 wurden die Krankenkassen gezwungen, die Leistungen auszuschreiben und mit den Leistungserbringern die entsprechenden Verträge über die Lieferung einer bestimmten Menge von Hilfsmitteln, die Durchführung einer bestimmten Anzahl von Versorgungen oder die Versorgung für einen bestimmten Zeitraum zu schließen. Von dieser Neuregelung, die zum 01.07.2007 in Kraft trat, erhoffte sich das Bundesministerium für Gesundheit Einsparungen von rund 300 Millionen Euro jährlich bei den gesetzlichen Krankenkassen. Vor der Verabschiedung des Gesetzes war es also so, dass zum Beispiel ein Bewerber eines Heimes ein Rezept vom Arzt bekam, das individuell entsprechend der Erfordernisse abgestimmt war, und dann die Apotheke den Bewohner belieferte. Der Heimträger hatte dann eine Pauschalvereinbarung mit der entsprechenden Krankenkasse und so konnte abgesichert werden, dass entsprechend des individuellen Bedürfnisses auch die ganz konkrete Versorgung gesichert wurde.

Da die Krankenkassen nun im Folgenden selektive Versorgungsverträge für individuell angefertigte Hilfsmittel schlossen, verringerte sich die Anzahl der Vertragspartner der gesetzlichen Krankenkassen. Der neu eingefügte Absatz 6 des Paragraphen 66 des SGB V bestimmt eindeutig: „Hat die Krankenkasse Verträge nach § 127 Abs. 1 über die Versorgung mit bestimmten Hilfsmitteln geschlossen, erfolgt die Versorgung durch einen Vertragspartner, der den Versicherten von der Krankenkasse zu benennen ist.“ Damit kam es zu den von Frau Müller skizzierten Folgen für die Versicherten: zu vielfachen Qualitätseinbußen, um es nicht drastischer zu sagen, bei einer deutlichen Verengung und sogar dem Wegfall der bisher bestehenden Wahlmöglichkeiten. Diese waren kein formales Recht, sondern die Möglichkeit, sich das geeignete Hilfsmittel selbst auswählen zu können, eine Form der Qualitätskontrolle durch die Nutzer selber. Und genau diese Qualitätskontrolle wurde mit der Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen genommen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Und das ist auch eine Wegnahme der eigentlichen menschlichen Würde.

In dem Sinne unterstützen wir den Antrag der FDP natürlich, dass das selbstbestimmte Recht des Patienten nicht eingeschränkt werden darf. Allerdings sollten Sie uns sagen, an welcher Stelle dieser Antrag kommt. Ich gehe mal davon aus, an Punkt c, dann werden wir damit übereinstimmen. Auch für Hilfsmittel, für Rollatoren, Wannenslifter, Spezialbetten, Kompressionsstrümpfe oder die vielfach erwähnten Inkontinenzhilfsmittel gilt dies. Eines passt eben nicht für alle.

Praktisch erfolgte eine europaweite Ausschreibung. Der Anbieter wurde ermittelt. Der Sieger der Ausschreibung hatte dann ein Beratungsgespräch mit dem Versicherten zu führen und legte dann – im Anschluss! – die Materialien fest. Auch hier besteht ein, aus unserer Sicht zumindest, großer Verlust im Rahmen der Gesetzgebung. Die entsprechenden Hilfsmittel wurden also nicht vor der Ausschreibung festgelegt, sondern erst nach der Ausschreibung. Und entsprechend dieser Ausschreibung, den nun festgelegten Verträgen, wird der eine oder andere Patient im Rahmen des Budgets, das vorhanden ist, beliefert. Und wenn das hochwertige Material alle ist, dann kriegt man eben minderwertiges Material, egal, ob man hochwertiges Material braucht oder nicht. Also die Mittel sind dann personengebunden.

Und wenn Sie, meine Damen und Herren, und hier sitzen ja einige, die gerade auch in den Wohlfahrtsverbänden tätig sind, dann in die Heime, zu den Versorgungsträgern gehen, dann werden Sie miterleben, inwieweit diese neuen Regelungen eine unwahrscheinliche Herausforderung und Belastung für die Träger der Heime sind. Die Träger der Heime können eben nicht entsprechend ihres Pflegebedarfes dann sagen: Na ja, das Mittel war zwar nicht so gut, aber lassen wir das mal, wir haben jetzt keine Zeit, der Patient kann nicht neu versorgt werden, dann wird er eben da sitzen gelassen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Es ist ein erhöhter Bedarf von Wäsche vorhanden, ein erhöhter Bedarf der Mittel, die die Patienten beziehungsweise die Verwandten aufbringen müssen, um sie zu pflegen beziehungsweise tagtäglich entsprechend der Menschenwürde in diesem Heim zu leben. Und

diese besonderen Kosten werden eben nicht erstattet, auch wenn, und da, glaube ich, ist ein bisschen Bewegung drin, und ich hoffe, dass es auch weitergeht, hier über Pauschalverträge der Aufwand, der in den Pflegeeinrichtungen zur Verfügung gestellt werden muss, um ein menschenwürdiges Leben dort zu garantieren, über eine Pauschale auch der Krankenkasse an die einzelnen Pflegeeinrichtungen zu geben, hier etwas in Bewegung kommt. Und wenn man dann noch ganz genau guckt – und da ist, glaube ich, aus unserer Sicht ein Handlungsbedarf da –, inwieweit der Wechsel des Versicherten, und so steht es nun mal im Gesetz, des anderen Anbieters eine Ausnahme sein kann. Hier muss man doch ganz genau fragen: Was bedeutet denn eine Ausnahme?

Ich zitiere mal von den Spitzenverbänden, wie die sich vereinbart haben auf der Grundlage der jetzigen gesetzlichen Regelungen: „Um die Wirkung des Ausschreibungs Instruments nicht durch diese Ausnahmeregelung zu unterlaufen, sollte die Krankenkasse im Vorfeld der Versorgung prüfen, ob in diesem Einzelfall ein berechtigtes Interesse tatsächlich vorliegt.“ Und nun frage ich Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, was heißt denn da „berechtigtes Interesse“? Was muss denn der Betroffene, der Patient beziehungsweise was müssen die Verwandten vom Prinzip her an Aufwand betreiben,

(Zuruf von Minister Lorenz Caffier)

um hier ein berechtigtes Interesse nachzuweisen,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ruhe auf der Regierungsbank!)

um einfach hier dann auch eine Veränderung der Versorgung zu erreichen? Hier liegt aus unserer Sicht ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Frau Abgeordnete!

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ich komme zum Schluss.

... im System des Gesetzes ein großer Fehler vor und da gibt es Handlungsbedarf, der nicht nur damit geregelt ist, in den Krankenkassen etwas zu verändern, sondern am Gesetzestext. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2334. Wer dem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2334 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, der FDP und der NPD, bei Gegenstimmen durch die Fraktionen der SPD und CDU abgelehnt.

Ich rufe damit auf den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2264. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2264 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, der FDP und der NPD, bei Gegenstimmen durch die Fraktionen der SPD und CDU abgelehnt.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 37:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Schlussfolgerungen aus dem Bericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ für die Kulturpolitik des Landes Mecklenburg-Vorpommern ableiten, Drucksache 5/2266.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Schlussfolgerungen aus dem Bericht
der Enquete-Kommission „Kultur in
Deutschland“ für die Kulturpolitik des
Landes Mecklenburg-Vorpommern ableiten
– Drucksache 5/2266 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Koplín. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Torsten Koplín, DIE LINKE: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie die Bundesrepublik insgesamt, so hat auch Mecklenburg-Vorpommern eine reiche, viestgestaltige Kulturlandschaft: öffentlich getragene und freie Theater, Orchester, Museen, eine bunte freie Szene, Bibliotheken, Musikschulen, Soziokultur, Kinder- und Jugendkunstschulen, Jugendzentren. Noch, möchte man sagen. Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise, die tatsächlich weit mehr ist als eine solche, sind Kunst und Kultur genauso gefährdet wie originäre Wirtschaftsbereiche, vielleicht sogar noch mehr. Aber von Investitionen in die Kultur ist derzeit nicht so sehr die Rede. Da geht es um Abermilliarden für die Banken, um Milliarden für die Wirtschaft und auch um Millionen für die Bildung, was gut ist. Aber gerade jetzt gilt es auf Kultur zu setzen: Kultur gegen die Krise, Kultur statt Konkurs.

In einem Interview während der diesjährigen Berlinale sagte der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Kultur und Kunst seien das Einzige, was uns aus der Krise führen könne. Das korrespondiert mit der Aussage, die im Vorwort des Schlussberichts der Enquetekommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages steht: „Kultur ist kein Ornament. Sie ist das Fundament, auf dem unsere Gesellschaft steht und auf das sie baut. Es ist Aufgabe der Politik, dieses zu sichern und zu stärken.“ Zitatende. Wenn diese Aussage auch am Beginn des Vorworts dieses über 500 Seiten umfassenden Berichts steht, so kann sie zugleich als Fazit gelten, als Fazit einer vierjährigen Arbeit, die erstmals wieder nach mehr als 30 Jahren die Situation von Kunst und Kultur untersucht. Sie zielt auf Langfristigkeit, also über die Tagespolitik hinaus. Das große Arbeitspensum hat in der 15. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages begonnen und wurde, auch das ist ungewöhnlich, in der nachfolgenden Wahlperiode fortgesetzt und beendet.

Der Fortsetzungsbeschluss auf Bundestagsdrucksache 16/196 benennt für die Arbeit die kulturpolitischen Schwerpunkte. Sie umfassen, ich nenne nur die Kurzbezeichnungen:

- „– Infrastruktur, Kompetenzen und rechtliche Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur in Staat und Zivilgesellschaft,
- die öffentliche und private Förderung und Finanzierung ...
- die wirtschaftliche und soziale Lage der Künstlerinnen und Künstler,
- Kulturwirtschaft ...
- kulturelle Bildung ...
- Kultur in Europa ...“ und
- „– Kulturstatistik ...“

Dazu gab es 21 Expertengespräche, darunter zur Situation der UNESCO-Welterbestätten in Deutschland, zwei haben wir erfreulicherweise in Mecklenburg-Vorpommern, zur Bedeutung von Kunst und Kultur für Individuum und Gesellschaft, zur Interkultur, Auswirkungen der demografischen Veränderungen, zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Künstlerinnen und Künstler, zu freien Theatern und Soziokulturen. 22 Anhörungen fanden statt, darunter zur Kulturwirtschaft, demografischen Veränderung, Kultur im Kontext der Globalisierung. Zwölf Gutachten waren erstellt worden, darunter zu Theatern und Orchestern und zu objektiven und transparenten Förderkriterien staatlicher Kulturfinanzierung.

Das Gutachten zu Theatern und Orchestern erfolgte unter Beachtung des Spannungsfeldes von freiwilligen kulturellen Leistungen und Pflichtaufgaben der öffentlichen Hand. Es macht Ausführungen zu Organisationsstrukturen, Kooperationen, Arbeits- und Sozialrecht sowie zur Finanzierung.

Das Gutachten für Förderkriterien wirft zum Beispiel auf Seite 117 die Frage auf, ob die Wirkung von Kunst unter dem Verdikt von Effektivität tatsächlich messbar sei und ob sie es überhaupt sein solle. Dazu formuliert es auf Seite 80 folgende ausgesprochen beachtenswerten Aussagen: „Kennzeichen einer Kulturpolitik“, die auf mehr Effektivität ausgerichtet werden soll und wird, ist eine – und jetzt zitiere ich – „tendenzielle Entstaatlichung ...“, eine kooperative Ausrichtung und ein instrumenteller Grundzug, der Kulturpolitik anschlussfähig machen soll an die Logik anderer Politikbereiche ...“ Zitatende. Beispielsweise wird verwiesen auf Wirtschafts- und Standortpolitik, Bildungs- und Sozialpolitik, selbst innere Sicherheit und Außenpolitik.

Wir, seitens der LINKEN, wollen dieser Tendenz der Entstaatlichung nicht nachgeben, wir wollen auch hier das Primat der Politik. Unabhängig davon lässt sich sagen, dass in der Enquetekommission alle im Bundestag vertretenen Parteien mit ihren Sachverständigen mitarbeiten, das versteht sich, dass das aber in großer Übereinstimmung zwischen ihnen vonstatten ging, ist hervorhebenswert. Die Vorsitzende Frau Connemann, CDU, bezeichnete das als – Zitat – „Stärke der Kultur“. Bis auf wenige Ausnahmen wurden alle Punkte des Berichts fraktionsübergreifend beschlossen. Der Bericht enthält 465 Handlungsempfehlungen an Bund, Länder und Kommunen und andere Kulturadressatinnen und -adressaten. Zählt man auch weitere Anregungen hinzu, kommt man auf annähernd 500. Welch ein kulturpolitisches Kompendium!

Ich zitiere noch einmal aus dem Vorwort des Berichts: „Jedes der mehr als 50 behandelten Themen verdient eine öffentliche Debatte.“ Das gilt auch für Mecklenburg-Vorpommern und für unsere eigene Arbeit. Alle staatlichen Ebenen sind dazu aufgerufen, auch die Politik unseres Bundeslandes. Klar ist indes, dass nicht jede der Handlungsempfehlungen der Kommission für unser Land von gleichem Gewicht ist, von gleicher Dringlichkeit. Klar ist indes aber auch, dass der Bericht nicht in den Schubfächern verschwinden darf. Die gezielte Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der Enquetekommission kann und sollte dazu führen, für das kulturpolitische Handeln in unserem Bundesland neue Akzente zu setzen und neue Impulse auszulösen.

Kulturpolitik ist zuvörderst Ländersache. Deshalb will die Fraktion DIE LINKE mit dem vorliegenden Antrag die Landesregierung beauftragen, den Bericht der Enquete-

kommission „Kultur in Deutschland“ hinsichtlich der Signalhaftigkeit der Handlungsempfehlungen für Mecklenburg-Vorpommern auszuloten und im Sinne einer Prioritätenliste oder besser noch einer kulturpolitischen Handlungsstrategie wesentliche Handlungsfelder zu identifizieren. Es soll eine nach inhaltlichen Schwerpunkten abgestufte Liste für kurze Mittel und langfristige Maßnahmen sein.

Wenn Sie sich, meine Damen und Herren, die Handlungsempfehlungen ansehen und einige der hier im Landtag ab 2008 behandelten Anträge zur Kulturpolitik in Erinnerung rufen, so werden Sie unschwer erkennen, dass meine Fraktion bereits einige Prioritäten gesetzt hat. Auch seitens der FDP sind Prioritäten gesetzt worden und hier zur Sprache gekommen. Von uns erkannte Schwerpunkte für eine Weiterentwicklung der Kulturpolitik unseres Bundeslandes hat meine Fraktion auf die Tagesordnung dieses Hohen Hauses gesetzt. Das betrifft: Interkultur im Rahmen Europas, Schutz und Förderung der kulturellen Minderheit der Sorben, kulturelle Infrastruktur und demografischer Wandel, Erhalt der Theater und Orchester des Landes in ihrer Vielfalt und Eigenständigkeit, der Entwurf eines Bibliotheksgesetzes Mecklenburg-Vorpommern und die interkommunale Zusammenarbeit zur nachhaltigen Finanzierung von Kultureinrichtungen und Kulturangeboten.

Sie wissen, dass Sie mehrheitlich alle diese Anträge abgelehnt haben. In der Regel mussten dafür solche Argumente herhalten wie: „Das machen wir alles schon“ oder: „Das brauchen wir nicht“. Welche der annähernd 500 Handlungsempfehlungen aus den etwa 50 kulturpolitischen Themenfeldern sind aus Sicht der Koalition aber prioritär? Das wollen nicht nur wir, sondern auch die Kulturverbände, Vereine und Initiativen sowie die vielen Kulturrengagierten im Land nach über einem Jahr wissen. Oder sind für SPD und CDU keine der Empfehlungen relevant? Das kann ich mir nicht vorstellen, denn so habe ich Sie bislang nicht erlebt. Dann verkünden Sie das auf der nächsten Landeskulturkonferenz, wenn ich mich irren sollte.

Eines ist seitens des Landtages bereits realisiert worden. Er beauftragt die Landesregierung, für die Aufnahme des Staatsziels „Kultur in das Grundgesetz“ initiativ zu werden. Dieser Beschluss wiederum war in der 4. Wahlperiode durch die damalige Koalition aus SPD und Linkspartei.PDS gefasst worden. Außer Berlin hat allerdings kein weiteres Bundesland seinen Blick in dieser Frage über den Gartenzaun hinausgerichtet. Außer den genannten Anträgen für neue Akzentuierungen in der Kulturpolitik fällt es meiner Fraktion nicht schwer, weitere Schwerpunkte zu benennen, die unserem Bundesland zum Vorteil gereichen würden. Dazu gehören zum Beispiel eine Erweiterung der Theaterförderung für die freien Theater und die Tanzszene wie für die freie Szene insgesamt, die dringend notwendige Verbesserung der sozialen Lage der Künstlerinnen und Künstler – damit werden wir demnächst bei Ihnen vorstellig –, die Kultur und Kreativwirtschaft, die kulturelle Bildung, die Teilhabe aller an der Kultur, das bürgerschaftliche Engagement, Fragen der gegenseitigen Relevanz von Spitzen- und Breitenkultur.

Beim bürgerschaftlichen Engagement vermittelt der Bericht eine bedeutsame Erkenntnis. Bezieht man die Zeitspenden ein, kommt man zu dem Ergebnis: „Der größte Kulturfinanzierer in Deutschland ist der Bürger in erster Linie als Marktteilnehmer (Kulturwirtschaft), in zweiter Linie als Spender und erst in dritter Linie als

Steuerzahler.“ Zitatende. Erst viel später kommt Sponsoring.

Besonders möchte ich auf Folgendes hinweisen: Themen wie Interkultur und Migrantinnen- und Migrantenkultur sind für unser gesellschaftliches Zusammenleben essenziell. Im Schlussbericht ist ihnen ein eigenes Kapitel mit weitreichenden Handlungsempfehlungen gewidmet. Verstärkt muss auch in unserem Bundesland den Herausforderungen an Kulturpolitik im Einwanderungsland Deutschland Rechnung getragen werden, als einer zunehmend multikulturellen und multiethnischen Gesellschaft. Damit verbunden sind neue Anforderungen an den interkulturellen Dialog und an interkulturelle Bildung. Es geht uns um Kultur in ihrer ganzen Vielfalt von den Künsten über die Pflege der Tradition und die Erinnerungskultur, die Soziokultur bis hin zu den populären Formen der Medienkultur. Es geht uns um mehr als um Angebotskultur, es geht um ein reiches Leben, um vielfältige kulturelle Aktivitäten und anregungsreiche kulturelle Milieus, um die Vermittlung von Werteorientierung auch in den zwischenmenschlichen Beziehungen, insgesamt also um eine humanitäre Ausgestaltung unserer Gesellschaft.

Bekräftigt wird mit dem Bericht der Enquetekommission der Bezug von Künsten und anderen kulturellen Ausdrucksformen zur Gesellschaft, das heißt, Gemeinschaft. Ferner wird ihr unverzichtbare Bedeutung – ich komme gleich zum Schluss – für die Gesellschaft bestätigt. Ich überspringe noch die restlichen Passagen und hoffe, dass wir uns heute zu diesem Sachverhalt verständigen können. Ich hoffe nach wie vor auch auf eine Zustimmung zu unserem Anliegen. Sollte diese Zustimmung nicht erteilt werden, werden wir diese und andere Themen oder abgeleitete Themen dann in den Bildungsausschuss bringen. – Ich danke Ihnen zumindest für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste hat um das Wort gebeten in Vertretung des Bildungsministers die Ministerin für Gesundheit und Soziales Frau Schwesig. Bitte schön, Frau Ministerin.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Kriegen Sie
das bezahlt, was Sie jetzt hier alles machen
müssen? – Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Ministerin Manuela Schwesig: Aber das mache ich doch gerne bei so wichtigen Themen.

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Enquetekommission „Kultur in Deutschland“ hat ihre vierjährige Arbeit mit der Vorlage des Schlussberichtes vor gut einem Jahr beendet. Veröffentlicht wurde ein sogenannter Kulturkompass, der eine Bestandsaufnahme, Problemanalyse und Chancenbeschreibung von Kultur und Kulturpolitik in Deutschland beinhaltet. Der Bericht beginnt mit den Vorworten: „Kultur ist kein Ornament. Sie ist das Fundament, auf dem unsere Gesellschaft steht und auf das sie baut. Es ist die Aufgabe der Politik, dieses zu sichern und zu stärken.“

Sehr geehrte Damen und Herren, der vorliegende Bericht zeigt, in einer demokratischen Gesellschaft kommen unterschiedliche Auffassungen zum Tragen und so sind hier verschiedene Ideen eingeflossen. Über das Ziel war man sich von Beginn an einig: Die einzigartige Kulturlandschaft und beispiellose kulturelle Vielfalt in Deutschland ist in gemeinsamer Verantwortung von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu erhalten und zu fördern.

Für die Bundesrepublik Deutschland gilt der Artikel 5 im Grundgesetz, wonach Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre frei sind. Der Föderalismus und die Kulturhoheit der Länder machen heute das Selbstverständnis der Kulturnation Deutschland aus. Inhaltliche Schwerpunkte werden in den einzelnen Bundesländern gesetzt. Ob eine besondere Konzentration auf Nachwuchsförderung erfolgt oder ein spezielles Augenmerk auf Kultur im ländlichen Raum gelegt wird, all das ist Ländersache. Ob aber gemeinsam mit dem Bund und den Ländern beispielsweise neue föderalistische Förderstrukturen entwickelt und umgesetzt werden, das bedarf eines gemeinsamen Abstimmungsprozesses und Handelns. Gerade diese Vielfalt lässt uns Kultur als Querschnittsaufgabe begreifen. Kultur ist als Erbe zu bewahren, als Tradition zu pflegen und in ihren modernen Facetten zu fördern.

Im Januar hat Mecklenburg-Vorpommern die Präsidentschaft der Kultusministerkonferenz übernommen. Die Konzeption der Präsidentschaftsjahre 2008 bis 2010 sieht unter anderem einen Arbeitsschwerpunkt in der kulturellen Vielfalt und in der föderalen Ordnung. Gleiches gilt für die Arbeit im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Der Kulturausschuss der KMK – und damit auch das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern – hat es außerordentlich begrüßt, dass der Deutsche Bundestag sich erstmals seit längerer Zeit wieder mit dem Thema „Kultur in Deutschland“ so ausführlich beschäftigt hat.

Viele der aufgegriffenen Fragen gehören zu den Kernaufgaben der Länder. Die Kommission legte knapp 400 Handlungsempfehlungen vor. Diese orientieren sich an den inhaltlichen Schwerpunkten der vorangegangenen Kommissionsarbeit und beschreiben einen weiten Kulturbegriff. Die KMK wird die Empfehlungen der Enquetekommission in die laufenden Beratungen zu kulturellen Themen einbeziehen. Daneben werden sich die Länder und die Kommunen in eigener Zuständigkeit mit den Handlungsempfehlungen auseinandersetzen und diese gegebenenfalls umsetzen. Dabei sind insbesondere auch die Akteure des Kulturbereichs in die Diskussionen einzubeziehen.

Bei den Beratungen der KMK und darüber hinaus ist jedoch zu berücksichtigen, dass sich die Handlungsempfehlungen keineswegs allein nur an die für Kultur zuständigen Ministerien richten. Viele Themen sind ressortübergreifende Aufgaben, die ein abgestimmtes Handeln in Bereichen wie zum Beispiel Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Wirtschaft und Finanzen erfordern. Für Mecklenburg-Vorpommern wie für alle anderen Bundesländer bedeutet dieses, dass sich viele Schnittstellen einerseits mit der Zuständigkeit des Bundes, der oft für die Rahmenbedingungen zuständig ist, andererseits aber auch mit den Kommunen und Landkreisen, die für die Umsetzung vor Ort zuständig sind, ergeben.

Eine dritte Ebene sind die Kulturschaffenden und Künstler selbst. Kunst braucht ihre Freiräume, in denen sich Künstler auf ihr Schaffen konzentrieren können. Kultu-

relle Güter sind dennoch immer beides, sie sind Träger von Ideen, von Wertvorstellungen und sie sind wirtschaftliche Güter, die auf Märkten gehandelt werden. Damit ergeben sich für Mecklenburg-Vorpommern folgende fünf Eckdaten:

1. Infrastruktur und Kompetenzen
2. öffentliche und private Förderung und Finanzierung von Kunst und Kultur, Strukturwandel
3. Kulturwirtschaft und Kreativwirtschaft
4. kulturelle Bildung
5. Kultur im Kontext der Globalisierung, Kultur in Europa

Die damit verbundenen Schlussfolgerungen aus dem Bericht der Enquetekommission für die Kulturpolitik des Landes sind vielfältig. Die Handlungsempfehlungen sind auf den verschiedenen Ebenen zu analysieren. Einerseits geht es um Strukturprobleme und andererseits um öffentliche Kulturförderung, darin eingeschlossen die einzelnen Kultur- und Kunstbereiche. Weitere Bereiche sind unter anderem Rechtsprobleme, die Lage der Künstler, interkulturelle Bildung und Globalisierungsprobleme. Schon jetzt berücksichtigen die Mitarbeiter im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur die Handlungsempfehlungen bei Entscheidungen in ihrer täglichen Arbeit. Darüber hinaus werden Probleme, wie sie sich in der Vergangenheit insbesondere durch die Abgrenzung der verschiedenen Ressorts Kulturpolitik, Bildungspolitik, Jugendpolitik sowohl auf der kommunalen als auch auf Landes- und Bundesebene darstellten, derzeit auch im Zuge der Entwicklung der Ganztagschule teilweise überwunden.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Landesregierung Schlussfolgerungen aus dem Bericht der Enquetekommission „Kultur in Deutschland“ gezogen hat und für die Kulturpolitik des Landes ein ständig fortschreitender und aktiver Prozess in den verschiedensten Kulturbereichen, auf den verschiedenen Verwaltungsebenen und bei den Kulturschaffenden und Künstlern entstanden ist, der sich in der Gestaltung eines aktiven kulturellen Lebens und einer kreativen Kulturwirtschaft widerspiegelt.

Wenn, wie zu Beginn erwähnt, Kultur das Fundament ist, auf dem unsere Gesellschaft steht, dann sind es die Künstlerinnen und Künstler, die ein Angebot – ich zitiere – „zur gesellschaftlichen Selbstvergewisserung“ machen einschließlich ihrer „Verweigerungs- ... Chaotisierungs- und Reduktionsstrategien“, die „in einem komplexen gesellschaftlichen Handlungsrahmen“ stehen. So heißt es im Schlussbericht. Aus der Tatsache, dass ihre Arbeit nicht allein nach den Maßgaben von Effizienz, Produktion oder Einschaltquote zu bewerten sind, ergibt sich ein struktureller Nachteil und damit die unbedingte Notwendigkeit staatlicher Verantwortung. Dieser Verantwortung stellen sich die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns und insbesondere das Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Hurra, hurra, hurra!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Ministerin.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Vierkant. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Jörg Vierkant, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im vorliegenden Antrag wird völlig zu Recht festgestellt, dass der Bericht der Enquetekommission über 50 kulturpolitische Themenfelder behandelt und circa 500 Handlungsempfehlungen formuliert. Der größte Teil dieses Berichtes jedoch ist eine klare Bestandsanalyse der Kultur in Deutschland. Enquetekommissionen haben in der Vergangenheit immer das öffentliche Bewusstsein für ein Thema geschärft und waren ihrer Zeit dabei auch voraus. Schon jetzt lässt sich mit noch geringem zeitlichem Abstand sagen, dass eines der wesentlichen Verdienste dieser Kommission die Verdeutlichung des Gewichts von Kunst und Kultur ist, denn tatsächlich sind kulturelle Bedingungen für die Lebensverhältnisse in unserer Gesellschaft nicht weniger wichtig als wirtschaftliche oder soziale Strukturen.

Sowohl bei der Bandbreite der behandelten Themen als auch bei näherer Betrachtung der umfangreichen Handlungsempfehlungen wurde mir einmal mehr deutlich – und da wiederhole ich mich an dieser Stelle –, dass Kulturpolitik nicht Aufgabe eines Kultur- und Bildungsministeriums ist. Kulturpolitik ist eine bedeutende politische Querschnittsaufgabe in allen Bereichen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Meine Damen und Herren, entscheidend für den Erfolg einer Enquetekommission ist, ob und inwieweit ihre Empfehlungen sowohl vom Gesetzgeber als natürlich auch von den anderen Adressaten mit Leben erfüllt werden. Dabei werde ich mich nicht nur an den allgemein beachteten großen Forderungen und Empfehlungen der Kommission orientieren, denn der Erfolg wird mindestens ebenso daran gemessen, ob es uns gemeinsam gelingt, auch die vermeintlich kleineren Ziele zu erreichen.

Die Enquetekommission hat in ihrer Arbeit nicht nur über Parteigrenzen hinweg agiert. Sie hat sich teilweise auch sehr kühn über Bedenken einer falsch verstandenen Kulturhoheit der Länder hinweggesetzt. Aus dem Verständnis heraus, also aus dem Verständnis einer gesamtstaatlichen kulturpolitischen Verantwortung heraus, richtet sie nun ihre zahlreichen Empfehlungen nicht nur etwa an den Bund, sondern eben auch an die Länder und Kommunen und, nicht zu vergessen, an die Kulturschaffenden selbst.

Dieses ist vom Ansatz her ein Punkt, sehr geehrter Antragsteller, den ich bei Ihnen immer wieder vermisse. Dies ist für meine Fraktion auch ein entscheidender Grund, Ihren heutigen Antrag abzulehnen wie schon die Anträge zuvor zu mittel- und langfristigen Schritten in der Kulturpolitik oder zur Infrastruktur, zum demografischen Wandel oder zur Sicherung der Finanzierung von Kultureinrichtungen und der Angebote für Städte und Umland.

Sie, sehr geehrte Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, betrachten in meinen Augen dieses gesellschaftlich umfassende Thema einfach viel zu einseitig. Da bin ich dann wieder beim Bericht der Enquetekommission und frage, Herr Koplin: Warum stemmen Sie sich eigentlich so vehement gegen eine sinnvolle Entstaatlichung und eine Mitverantwortung vieler?

Die breite Ansprache der Adressaten leuchtet gerade deshalb ein, weil es zum Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland als Kulturstaat gehört, dass wir alle Verantwortung für die Kultur tragen: die Bürgerinnen und Bürger, die Vereine und Verbände, die Kirchen und die Medien, die Parteien und der Staat und nicht zuletzt, das

erwähnte ich schon, die Kulturschaffenden selbst. Diese sind nicht in Prioritätenlisten und Pläne einzuzwängen. Sie sind in ihrer Arbeit, in ihrem Schaffen frei und das wird mit der CDU auch so bleiben. Die Zeiten sind glücklicherweise vorbei, in denen die da oben den anderen erklärt haben, was sie wie zu interpretieren haben. Der Staat hat – und da stimme ich mit Dr. Norbert Lammert, dem Präsidenten des Deutschen Bundestages, überein – eine, ich zitiere, „unverzichtbare, auch nicht kompensierbare, aber ganz sicher keine exklusive Verantwortung für die Kultur dieses Landes und dieser Gesellschaft“. Ich vertrete auch nicht die Auffassung, dass wir nun als Land erneut einen Bericht zum Bericht mit Schlussfolgerungen zu Handlungsempfehlungen erarbeiten und wieder Hunderte von Seiten beschreiben müssen. Wir handeln!

Darüber behalten wir selbstverständlich unsere Bevölkerungsstruktur, den demografischen Wandel im Blick. Es werden immer weniger Menschen geboren und es wandern jene ab, die Ausbildung oder Arbeit suchen. Die Alterspyramide verändert sich also zugunsten einer Gesellschaft der Älteren.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Stürzt ein.)

Die Bevölkerungszahl insgesamt sinkt, das erhöht den bestehenden finanziellen Druck, nicht nur auf den kulturellen Sektor. Das relative Steueraufkommen der öffentlichen Hand geht zurück, jedoch haben wir in Mecklenburg-Vorpommern trotz dieser sinkenden Bevölkerungszahl nicht etwa die Kulturausgaben gesenkt. Das werden wir als CDU in Regierungsverantwortung auch nicht tun.

Meine Damen und Herren, wir handeln und setzen Prioritäten. Beispiele hierfür sind das Theater- und Orchesterkonzept und das Konzept für die Musikschulen und die Jugendkunstschulen. Besondere Berücksichtigung finden die kulturellen Leuchttürme im Land: das Deutsche Meeresmuseum in Stralsund, die Ernst-Barlach-Museen in Güstrow, das Staatliche Museum in Schwerin, Kunstsammlungen, Schlösser und Gärten, das Heinrich-Schliemann-Museum in Ankershagen und, und, und.

Meine Damen und Herren, wir handeln. Wir kooperieren und stärken kooperative Ansätze. Ein Beispiel hierfür sind die Vernetzung der Klosterstätten im Rahmen der Initiative „Wege zur Backsteingotik“ und die Vernetzung der Literaturhäuser. Sie sehen also, wir sind mittendrin in den Empfehlungen der Enquetekommission.

Meine Damen und Herren, wir handeln. Dennoch, zukünftig sorgen wir trotz sinkender Einnahmen gemeinsam mit unseren Partnern in Städten und Kommunen für die kulturelle Grundversorgung. Die Theater und Orchester gehören selbstverständlich dazu, ebenso die Initiativen der Soziokultur.

Meine Damen und Herren, wir handeln. Wir in Mecklenburg-Vorpommern haben rechtzeitig erkannt, dass durch die Veränderung in der Altersstruktur der Gesellschaft auch eine Anpassung in den Bildungs- und Kulturangeboten, sowohl für Jüngere als auch für Ältere, zu entwickeln ist.

Meine Damen und Herren, wir handeln. Vieles, was vor Ort an Angeboten in Sport und Kultur stattfindet, findet aufgrund zivilgesellschaftlichen Engagements vieler Bürger statt. Das schätzen wir, das unterstützen wir.

Ich fasse kurz zusammen: Sowohl das Land Mecklenburg-Vorpommern als auch die Kommunen haben

längst Prioritäten gesetzt und das Engagement für Kultur nicht abreißen lassen. Im Gegenteil, wir haben es gestärkt. Daher sehe ich derzeit nicht die Notwendigkeit, die im Bericht der Enquetekommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages abgegebenen Handlungsempfehlungen erneut einer Analyse zu unterziehen und für uns kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zu priorisieren. Einige Empfehlungen, denen wir bereits folgen, habe ich genannt. Wir werden sicher nicht allen folgen können. Solche Blütenträume werde ich nicht wecken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei allem Wandel und Neuem in der Kultur ist Kontinuität, auf die wir setzen, ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Darauf können sich unsere Partner aus der Kultur auch weiterhin verlassen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Vierkant.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP der Vizepräsident und Abgeordnete Herr Kreher. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Hans Kreher, FDP: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn Sie sich diesen Antrag genau durchlesen, dann steht hier ganz klar, dass die Landesregierung aufgefordert wird zu analysieren, erstens, welche Handlungsempfehlungen der Enquetekommission des Deutschen Bundestages für die Gestaltung in unserem Land wichtig sind. Ganz konkret, welche sind wichtig? Dabei gehört natürlich auch dazu, welche für uns jetzt hier unter unseren Bedingungen durchsetzbar sind, das ist klar, und dann auch, was eben dafür relevant ist. Das wird da auch gesagt. Dann finde ich ebenfalls gut, wir brauchen eine Möglichkeit, wie wir es umsetzen wollen. Was ist kurzfristig, was ist mittelfristig und was ist langfristig durchsetzbar? Das ist nach meiner Meinung ein Auftrag für uns, den wir annehmen sollten,

(Toralf Schnur, FDP: Genau.)

und nicht jetzt wieder, weil es ein Antrag einer anderen Partei oder einer anderen Fraktion ist, womöglich kleinlich herumzureden, was nun alles hätte sein müssen damit und so weiter.

Meine Güte, wir wollen hier etwas voranbringen! Warum können Sie jetzt nicht auch einmal sagen, die Richtung ist doch richtig, wie ich das heute Morgen schon gesagt habe, auch bei Ihrem Antrag, und deshalb, jawohl, wir wollen das – Punkt.

(Toralf Schnur, FDP: Recht hast du, Hans.)

Mehr ist es doch nicht.

(Udo Pastörs, NPD: Grobe Richtung stimmt.)

Jetzt muss ich auf einige Dinge noch eingehen, weil garantiert wieder kommt, die FDP stehe doch für Entstaatlichung. Und jetzt spricht Herr Koplin davon, dass hier die volle Entstaatlichung abgelehnt wird. Meine Damen und Herren, da haben Sie ein falsches Vorstellungsvermögen von dem, was wirklich Liberalismus ist.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja.)

Er will die Verantwortung des Staates nicht wegdrücken. Er will in der Kulturpolitik, weil es hier genau wie bei der Bildung auch darum geht, dass der Einzelne in der Gesellschaft befähigt wird, seine freie Entfaltung hier durchzubringen. Deshalb brauchen wir ja da schon ...

(Jörg Vierkant, CDU: Auch den Staat.)

Genau, auch.

(Zuruf von Jörg Vierkant, CDU)

Ja, gut, das ist nun natürlich die unterschiedliche Auffassung, wie wir das werten. Klar, das wollen wir auch nicht verhehlen, dass wir selbstverständlich, wie Sie das gesagt haben, Herr Vierkant,

(Toralf Schnur, FDP: Ja, Herr Vierkant hat's verstanden.)

jetzt nicht nur den Staat in die Verantwortung nehmen, sondern gerade – und da stimme ich Ihnen natürlich voll zu – es wollen, dass in der Gesellschaft durch die Künstler, in den Kommunen, in den einzelnen Gruppen, bei Jugendlichen, bei Älteren sich Kultur entwickeln kann und dass wir die Freiräume dafür schaffen müssen, damit sich dort etwas entwickeln kann, selbstverständlich.

Aber wir haben zum Beispiel auch eine Verantwortung für unser kulturelles Erbe. Und da ist in der Theaterlandschaft in Deutschland durch die Geschichte etwas ganz Besonderes entstanden, was auch ...

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber ich meine jetzt vor allem auch die Theater.

Ja, das ist in Deutschland, das haben wir in keinem anderen Land so. Das ist etwas, wo für dieses Erbe natürlich auch der Staat mitverantwortlich ist, die Kommunen. Das wollen wir und dazu bekennen wir uns klar. Und wenn Sie Guido Westerwelle gehört haben, dann hat der auch immer gesagt:

(Angelika Peters, SPD: Nee, den kann man sich ja nicht anhören. Den kann man sich nicht anhören.)

„Die FDP steht dem Staatsziel der Kultur nicht entgegen.“ Es ist eher die Frage zu stellen, ob wir unsere Verfassung nicht überfordern, wenn wir immer wieder neue Staatsziele einbringen. Kultur gehört einfach zur Würde des Menschen, insofern ist es als Staatsziel schon mit drin.

Aber, meine Damen und Herren, wir werden diesem Antrag aus voller Überzeugung zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen DIE LINKE und FDP)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie wirklich, wenn wir hier mit so einem Ergebnis kommen wollen, dass wir nicht immer kleinlich an bestimmten Formulierungen rummäkeln, sondern dass wir in diesem Bereich wirklich gemeinsam etwas schaffen. Dabei gehen doch die Unterschiede, das haben wir ja gemerkt bei der Verstaatlichung und Ähnlichem, nicht verloren. Aber wir haben doch auch gemeinsame Aufgaben. Darum, meine Damen und Herren, sage ich es noch einmal: Denken Sie bitte einmal darüber nach, ob es nicht der Würde unseres Hauses entsprechen könnte, dass wir in bestimmten Dingen auch mal gemeinsam handeln. – Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen DIE LINKE und FDP – Toralf Schnur, FDP: So ist es, Hans.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Kreher.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Körner. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Es spricht nicht unbedingt für die Einbringungsrede des Abgeordneten Koplín, dass er bei der Wirtschaftskrise anfängt. Der Bericht der Enquetekommission „Kultur in Deutschland“ braucht keine Negativfolie, braucht keine negative Reflektionsfolie, um groß zu erscheinen. Er ist von sich aus groß, ein gewaltiges Werk.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Udo Pastörs, NPD: Aber Sie brauchen das. – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Als er vor über einem Jahr erschienen ist und ich ihn Anfang Januar 2008 in die Hände bekam und ihn gelesen habe – wahrscheinlich mit jedem Satz von einem, der mehr oder weniger wenig intelligentes Zeug sagen kann, aber einen Bericht der Enquetekommission „Kultur“ wahrscheinlich weder lesen kann noch verstehen kann –,

(Michael Andrejewski, NPD: Lesen ohne einzuschlafen ist schwer. – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

dazu kann ich sagen, auf so etwas habe ich schon lange gewartet,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und zwar so lange, wie ich in diesem Parlament bin.

(Udo Pastörs, NPD: Viel zu lange!)

Ein solches Kompendium, um sich einen Überblick sowohl in der Breite als auch in der Tiefe der Situation der Kultur in Deutschland zu schaffen, gab es meiner Erkenntnis nach bisher nicht. Es sind immerhin über 200 oder 300 Seiten, ich weiß die Zahl nicht mehr ganz genau. Ich hoffe, Herr Koplín, Sie haben das auch von vorne bis hinten gelesen.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Und wenn Sie das getan haben, dann ist Ihnen sicherlich aufgefallen, dass es dort Handlungsempfehlungen an den Bund, an die Länder und an die Kommunen gibt. Ich halte es nicht für sinnvoll, dass alle 500 Handlungsempfehlungen – also sowohl Bund, Länder als auch Kommunen – hier nun analysiert werden sollen.

(Hans Kreher, FDP: Das ist doch gar nicht gefordert.)

Herr Koplín hat immer von 500 Empfehlungen geredet, und 500 sind alle.

(Hans Kreher, FDP: Aber lesen Sie sich doch den Antrag durch!)

Ich habe den Antrag gelesen.

Ich denke, ich würde das differenzieren. Die Länderempfehlungen sollten wir uns sehr wohl anschauen, aber alle 500 Empfehlungen nun mit einer Prioritätenliste zu versehen, kurz-, mittel- oder langfristig, das ist in meinen Augen formalistische Arbeit, die überflüssig ist.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Nee, das ist konzeptionelle Arbeit. – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

In der Einbringungsrede habe ich ebenfalls vermisst, Herr Koplín, dass Sie auf die gegenwärtige Situation in unserem Lande abzielen, denn Sie wissen genauso gut

wie ich, dass der Bildungsminister unseres Landes vor über einem halben/dreiviertel Jahr im Ausschuss signalisiert hat, dass für das Jahr 2010 eine Erneuerung der Kulturanalyse ansteht. Das ist offensichtlich die Arbeit, die gegenwärtig im Ministerium vorangetrieben wird. Wenn sie im nächsten Jahr vorgelegt werden soll, gehe ich davon aus, dass man da jetzt schon mächtig bei der Sache ist. Wenn also eine Analyse des Berichtes der Enquetekommission, dann doch bitte schön unter Berücksichtigung der Zielrichtung und der Zusammenführung mit der gegenwärtigen Arbeits- und Kulturanalyse. Das haben Sie überhaupt nicht erwähnt. Ich gehe davon aus, dass das unbedingt erforderlich ist.

Insofern kann ich für meine Fraktion schon sagen, dass wir interessiert sind an dem, was das Land als Ergebnis aus dem Bericht der Enquetekommission herausgezogen hat. Ich gehe nicht davon aus, dass es so ist, wie Sie sagen, dass das Land aufgefördert wird zu analysieren. Ich gehe davon aus, das Land hat längst eine Analyse gemacht, denn immerhin sind es bereits über 12 bis 15 Monate nach Erscheinen dieses Berichtes. Ich denke, wir sind im Bildungsausschuss gut miteinander, wenn wir sagen, das Land soll seine Analyse des Berichtes der Enquetekommission vorlegen

(Hans Kreher, FDP: In 14 Tagen.)

und in diesem Zusammenhang deutlich machen, welche Ergebnisse aus dieser erfolgten Analyse das Land gedenkt, nun auch in der Kulturanalyse für 2010 zu berücksichtigen, und wo die Schwerpunkte sind. Dass wir in diesem Land Schwerpunkte haben, das ist unbestritten, das musste man nicht erst neu erfinden. Und dann kann man natürlich sehen, ob es da noch Dinge gibt, die nicht berücksichtigt sind und auf der Strecke bleiben. Da ist der Bildungsausschuss ein guter Ort, die Dinge über einen längeren Zeitraum hin und her zu bewegen und zu betrachten.

Kurz gefasst kann ich sagen, den Antrag in dieser Form werden wir ablehnen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
In welcher Form würden Sie zustimmen?)

Eine mittelfristige Befassung im Bildungsausschuss halte ich durchaus für angemessen, denn der Bericht ist viel zu wichtig und viel zu gut – da stimmen wir wiederum mit Herrn Koplin überein –, um in einer Schublade zu verschwinden. Ich denke, alle Mitglieder des Ausschusses dürften ein Interesse daran haben, hier mitzureden und diesen Bericht, wenn sie es noch nicht getan haben, auch zu lesen beziehungsweise ihn für ihre eigene Abgeordnetentätigkeit nutzbar werden zu lassen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Borrmann. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Herr Vizepräsident Bluhm! Abgeordnete des Landtages! Bürger des Landes! Dem Deutschen Bundestag liegt der Bericht der Enquetekommission „Kultur in Deutschland“ vor. DIE LINKE fordert die Landesregierung auf, zu analysieren, welche Hauptempfehlungen dieser Bericht für die weitere Gestaltung der Kulturpolitik des Landes Mecklenburg-Vorpommern bietet. Der Einbringer hat vielleicht

nicht zu Unrecht auf die Veränderung unserer Kultur hingewiesen, vielleicht meinte er damit eine multikulturelle Gesellschaft,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Unter anderem. Unter anderem.)

die eines Tages auch hier in Mecklenburg entstehen könnte.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Davor zittern Sie ja wie Espenlaub.)

Das, was Sie als Zukunft sehen, ist in anderen Bundesländern schon Realität. Ich habe mir gerade den neuen „Focus“ angeschaut und darf vielleicht einmal den Herrn Dieter Höhbusch, einen Polizeikommissar, zitieren: „Kurzprotokoll eines Wochenendes: Vier Polizisten, als Nazis und Rassisten beschimpft, seien von circa 30 Männern bedrängt worden.“

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was hat das mit der Enquetekommission zu tun, Herr Borrmann?)

„Zehn weitere Schläger hätten gedroht: ‚Wir töten euch! Die Meute habe erklärt, es sei ihr Hobby, ‚Bullen aufzumischen‘. Er sei von Menschen jeden Alters attackiert worden,“

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die Sonne scheint ins Kellerloch, ja, lass sie doch! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

„berichtet der Beamte. ‚Komischerweise augenscheinlich durchweg von Migranten.‘“

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Gut, schöne Zukunft!

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Was wollen Sie uns sagen?)

Analysieren wir doch einmal den Begriff der Kultur in dem vorliegenden Bericht. Im Kapitel zur Definition des Kulturberichtes heißt es,

(Zuruf von Dr. Klaus-Michael Körner, SPD)

des Kulturbegriffs heißt es, Zitat: „Kultur wird vielfach der ... nicht hervorgebrachten Natur gegenübergestellt und umfasst dann ‚die Gesamtheit der menschlichen Hervorbringungen und Artikulationen, also seiner historischen ... ästhetischen und theoretischen sowie mythischen und religiösen Äußerungen.“ Zitatende. Nach diesem Begriff ist Kultur all das, was Menschen an materiellen und geistigen Dingen hervorbringen und die materiellen und geistigen Verhältnisse, die sie bei dieser Entäußerung menschlicher Wesenskräfte untereinander eingehen. Da diese Dinge und Verhältnisse sich ändern, ist es nur konsequent von den Autoren, den Kulturbegriff als wandelbar darzustellen und auch die Reflektion seiner Wandelbarkeit anzuerkennen. Zitat: „Der Kulturbegriff wurde über die Jahrhunderte auch in Deutschland unterschiedlich bestimmt.“ Zitatende.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das ist ja logisch.)

„Jede Bestimmung ist eine Negation“, sagt Baruch de Spinoza in einem seiner Werke. Wer etwas bestimmt, schließt aus.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Genau.)

Wie verhalten wir uns nun bei dem, was Ausdruck menschlicher Wesenskräfte ist und dennoch negativ zu

sein scheint? Hier ergibt sich bei diesem Kulturverständnis ein Problem, das in Deutschland sofort mit einzigartiger Treffsicherheit expliziert wird, Zitat: „Nach Auschwitz ein Gedicht zu schreiben, ist barbarisch“, zitieren die Autoren Theodor Adorno.

(Udo Pastörs, NPD: Das sind die Richtigen.)

Nur das, nach Hiroshima und Nagasaki auf friedliche Kernkraft zu setzen, ist barbarisch. Nach der Vertreibung von Millionen Europäern durch die Sowjetarmee von Heimat zu sprechen, ist barbarisch. Nach dem Terror angloamerikanischer Bombenflotten auf deutsche Städte von Rosinenbomben zu sprechen, ist barbarisch. Nach den Entlaubungsaktionen der US-Armee in Vietnam mit Monsanto Agent Orange die Grüne Gentechnik aus dem Hause Monsanto zuzulassen, ist barbarisch.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Hier zeigt sich die Schwäche der Einzigartigkeit, selbst wenn sie mit dem Superwort „Auschwitz“ daherkommen.

Wie trennen wir Kultur von Unkultur, Kultur von Barbarei, wie Kultur von Dekadenz? Diese Frage beantworten die Autoren nicht. Sie umgehen die Klippe, indem sie einfach Geschichte beschreiben.

(Udo Pastörs, NPD: Tja.)

Erst der beeindruckende kulturelle Aufbruch in der Weimarer Republik mit am Ende sechs Millionen Arbeitslosen, dann der Niedergang im Nationalsozialismus, schließlich die kulturelle Entwicklung, die geprägt war durch die eindeutige Abkehr von rassistischer, antisemitischer und faschistischer Kulturpolitik. Doch ist der antifaschistische Schutzwall, auch Mauer genannt, eine Abkehr vom Faschismus? Wenn die Verfasser des Berichtes einerseits unter Kultur aller menschlicher Entäußerung alle nicht natürlichen Dinge und Verhältnisse verstehen und dem andererseits wertend beschreibende Kulturgeschichte zur Seite stellen, so kommen sie notwendig zu kultureller Vielfalt, die in Wahrheit nichts anderes ist als willkürliche Beliebigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Die Leistungen eines Begriffs bestehen aber nicht in der summarischen Aufreihung positiv empfundener Mannigfaltigkeiten, sondern in der Einheit des Mannigfaltigen. Das wusste schon Georg Wilhelm Friedrich Hegel. Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Einzelteile.

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

Dem Begriff der Kultur der Etablierten stellen wir einen vollkommen anderen Kulturbegriff entgegen. Für uns ist Kultur die bestimmte und die besondere, sich abgrenzende Art und Weise eines Volkes, einer Gemeinschaft oder Familie gegenüber anderen Völkern, Gemeinschaften und Familien – ich bringe den Satz noch zu Ende – mit sich selbst in Beziehung zu setzen. Diese spezifische Art und Weise, durch wechselseitige Beziehungen, Entäußerungen, Schaffenskraft aus der Mannigfaltigkeit der Fähigkeiten und Anlagen ihrer Mitglieder zur inneren und äußeren Vollkommenheit zu gelangen, diese Vervollkommnung als Garant der Einheit zu erkennen und zu verteidigen, das ist für uns Kultur. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Udo Pastörs, NPD: Bravo! Sehr gut. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Es hat jetzt das Wort für die Fraktion DIE LINKE noch einmal der Abgeordnete Herr Koplín. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Er hat gerade so getan, als ob er das alles verstanden hätte, unser Karnevalskönig.)

Torsten Koplín, DIE LINKE: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich nehme die Reden von Herrn Borrmann sehr ernst,

(Michael Andrejewski, NPD: Das tun wir auch. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

weil ich denke, dass sie Ausdruck der Ideologie der neuen Rechten sind.

(Udo Pastörs, NPD: Auch. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und gerade deshalb sage ich Ihnen, Herr Borrmann, sehr geehrte Damen und Herren im Raum hier insgesamt: Die Ausländerphobie und Menschenfeindlichkeit von Ihnen, die sind barbarisch!

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich sage es so.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich möchte gern darauf reflektieren, was an Redebeiträgen aus den Reihen der demokratischen Parteien gekommen ist, und damit beginnen. Sicherlich lässt sich vieles an Defiziten in der Einbringungsrede ausmachen. Man muß in einer Einbringungsrede natürlich unterscheiden, was hält man für wichtig und für notwendig, in der Einbringungsrede zu sagen, und was lässt man weg.

(Udo Pastörs, NPD: Sie halten sich für am wichtigsten, das ist Ihr Fehler. Bespitzeln und lügen!)

Es war nicht das Anliegen, hier den Bericht der Enquete-Kommission in seiner Gänze und Facettenreichtum zu besprechen und auf keinen Fall, ihn isoliert zu betrachten. Deswegen habe ich als Einstieg gerade die erste Frage der gegenwärtigen Krise genommen, denn ich bin zutiefst davon überzeugt, die Probleme, die wir haben, lassen sich nicht damit lösen oder nicht mit den Dingen lösen, die zu diesen Problemen erst geführt haben. Und insofern bin ich der Meinung, dass die Überwindung der Krise nur gelingen wird als eine Antwort auf kulturelle Fragestellungen:

(Udo Pastörs, NPD: Da kommt ihr nicht mehr raus aus dieser Krise, aus dieser Zwickmühle.)

Wie produzieren wir? Auf welche Art und Weise produzieren wir? Wie werden die Güter, die produziert werden, verteilt? Das sind ganz große Fragen und daraus ableitend natürlich die vielen Dinge, die in diesem Enquetebericht bezüglich der Kultur interdisziplinär stehen. Ich beziehe mich auf den Bundespräsidenten Herrn Köhler, der am 3. Oktober vergangenen Jahres in Hamburg gesagt hat: Das ist ein riesiger Fundus, den wir haben. Die Frage ist, wie heben wir diesen Fundus? Es gibt eben diese, Herr Dr. Körner hat darauf Bezug genommen, annähernd 500 Handlungsempfehlungen. Und an vielen Stellen steht, es handelt sich um Empfehlungen für Bund, für Land und Kommunen. Also, ich habe nur einmal so geblättert, auf Seite 287 geht es zum Beispiel

um Unterstützung und Beratung in Steuerangelegenheiten für Künstlerinnen und Künstler. Oder wenn man die Seite 597 aufschlägt,

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD:
500 Seiten hat der gar nicht.)

da geht es um Fragen von Kunst und Kultur für die Kleinsten in unserer Gesellschaft in Kultureinrichtungen, also nicht um Kunst und Kultur zum Beispiel in einer Kindertagesstätte, sondern was passiert, wenn sie ins Museum gehen, was passiert, wenn sie in eine Musikschule gehen und so weiter. Und nun ist das in diesem Bericht immer noch hinreichend abstrakt formuliert. Das ist eine große Kraftanstrengung, das können wir gar nicht allein als Fraktion. Ich glaube, das ist eine gemeinschaftliche Sache, die wir leisten müssen. Wie gelingt es, diese Dinge zu heben und zu sagen, so, wie Herr Kreher hier das auch deutlich gemacht hat: Was machen wir daraus? Was heißt das für uns? Darum ging es uns.

Frau Ministerin hat ja stellvertretend für den Bildungsminister fünf Schwerpunkte benannt. Ich halte diese für sehr diskutabel und interessant. Was mir auffällt, die Schwerpunkte, die heute genannt wurden, sind andere Schwerpunkte als die, die der Minister vor einem reichlichen Jahr hier nannte. Und es sind wiederum andere Schwerpunkte als die, die er bei der letzten Landeskulturkonferenz genannt hatte, als es um die Kulturlandschaften ging. Also, unser Petition ist: Welche Linie verfolgt dieses Land? Welche Linie verfolgt die Regierung? Was ist das Ziel? Das sind Fragen, die wir uns gemeinsam stellen müssen, und dazu brauchen wir das Know-how der Landesregierung.

Im Übrigen will ich dann noch mal auf diese Frage der Tendenz der Entstaatlichung eingehen. Keineswegs neige ich hier zu Extrempositionen. Es geht einfach darum zu sehen, welches Szenario würde sich entwickeln, wenn Sie – der Museumsverband beklagt das – öffentliche Museen zurückziehen, schließen und wenn es sie dann überhaupt noch gibt als Neugründungen, dann private Museen. Da ist die Frage der Teilhabe für uns sehr entscheidend. Ist Kultur für alle gesichert oder nicht? Wir plädieren für eine Kultur für alle und für eine Kultur, die nicht nur an der Rendite gemessen wird, sondern an der Möglichkeit, sie gemeinsam zu erschließen.

Es gibt zurzeit eine interessante Ausstellung in Baden-Baden über Künstler an den Höfen der Kaiser. Das ist eine Sammlung, die aus rein privaten Beständen zusammengestellt wurde. Alle sind froh, dass sie endlich mal zusammengeführt und gezeigt werden, und sagen: Das ist toll, dass so etwas passiert. Aber wie viel schlummert in den Magazinen, wie viel schlummert insgesamt in dem Fundus an verschiedenen Orten und sollte unbedingt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden? Nur mal ein Exkurs in dieser Hinsicht.

Ich möchte abschließend mit der Vermutung aufräumen, wir würden diese Themenstellung, die wir hier Ihnen heute vorgelegt haben, nur beim Bildungsministerium angesiedelt sehen. Wir sagen selbstverständlich – und das ist der erste Satz –, „die Landesregierung wird aufgefordert“. Das ist also eine ressortübergreifende Frage, sie ist selbstredend. Insofern bedanke ich mich zumindest bei denjenigen, die hier in ihren Redebeiträgen die Hand ausgestreckt und gesagt haben: Das ist für uns ein Thema, mit dem wir uns weiter beschäftigen wollen. Wir werden diesem Thema treu bleiben und dieses Kompendium Enquetebericht weiter für unsere Arbeit nutzen. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Blum: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2266. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2266 bei Zustimmung durch die Fraktionen DIE LINKE und FDP sowie Ablehnung durch die Fraktionen der CDU, SPD und NPD abgelehnt.

Gemäß Paragraph 97 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung erteile ich der Abgeordneten Irene Müller für einen getätigten Zwischenruf, der eine persönliche Beleidigung eines Abgeordneten dieses Hauses beinhaltete, einen Ordnungsruf.

Ich rufe damit jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 38:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2009, Drucksache 5/2267. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2333 vor.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2009
– Drucksache 5/2267 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP
– Drucksache 5/2333 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktion DIE LINKE hat die Abgeordnete Frau Schwebs. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Birgit Schwebs, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Budgethoheit des Landtages verteidigen, das hat die Koalition noch am Mittwoch im Zusammenhang mit der geplanten Schuldenbremse gefordert.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na,
so richtig einig waren sie sich ja nicht.)

Und die Budgethoheit des Landtages hat der Ministerpräsident aber gestern Abend in der Föderalismuskommission verteidigt. Hut ab!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mutig, mutig.)

Ja, meine Damen und Herren, die Budgethoheit des Landtages verteidigen, dieses fordert unsere Fraktion im Zusammenhang mit einem von der Koalition nicht gewollten Nachtragshaushalt für das Jahr 2009. Auf der letzten Sitzung des Finanzausschusses am 26. Februar wurde dem Antrag des Finanzministeriums, Mehrausgaben in 2009 und zusätzlichen Verpflichtungsermächtigungen zulasten von 2010 und 2011 zuzustimmen, mehrheitlich entsprochen.

Damit, könnte man meinen, wäre unser Antrag jetzt entbehrlich. Das ist er aber nicht, denn wir wollen wenigstens versuchen, die Budgethoheit des Landtages einzufordern. Wir halten das Votum des Finanzausschusses bei einer solch weitreichenden Entscheidung keinesfalls für ausreichend, denn nicht einmal alle direkt betroffenen Fachausschüsse – wie zum Beispiel der Innenausschuss oder der Bildungsausschuss – haben sich bisher inten-

siv mit der Umsetzung des Konjunkturpaketes beschäftigt, und sie waren schon gar nicht an den Entscheidungen beteiligt. Lediglich im Agrarausschuss wurde über die Pläne der Landesregierung umfassend informiert und abgestimmt. Der Verkehrsausschuss wurde informiert. Der Innenausschuss beispielsweise ist am 22. Januar 2009 durch den Staatssekretär des Innenministeriums zum Sachstand der Umsetzung des Landesprogramms „Wachstum stärken, Investitionen sichern“ informiert worden. Und das war's.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das war sehr erhellend.)

Meine Damen und Herren, bevor wir uns darüber streiten, ob ein Nachtragshaushalt überhaupt der richtige Weg ist, lassen Sie mich bitte kurz darstellen, was denn eigentlich passiert ist, was uns bewogen hat, diesen Antrag zu stellen. Die Bundesregierung hat mit dem Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland das gesamtwirtschaftliche Ungleichgewicht erklärt, mit gravierenden Auswirkungen auf die Situation der öffentlichen Haushalte. Infolge dieses Gesetzes wird die Verschuldung des Bundes von geplanten 63 Prozent auf 72,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes steigen. Bestandteil dieses Gesetzes ist das Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder.

Mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm Mecklenburg-Vorpommern hat die Landesregierung am 10. Februar 2009 beschlossen, wie die vom Bund zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel umgesetzt werden sollen. Das ist im Wesentlichen der Teil, über den wir jetzt reden.

Meine Damen und Herren, wir meinen, es gibt aber viele und auch überzeugende Gründe für einen Nachtragshaushalt, denn er muss zum Ersten die Mehreinnahmen des Haushaltsjahres 2008, zweitens die Mittel, die der Bund im Rahmen seiner Konjunkturpakete dem Land zur Verfügung stellt, sowie drittens die aufgrund aktueller politischer Entscheidungen und Entwicklungen notwendigen und geplanten zusätzlichen Ausgaben und Mindereinnahmen ausweisen.

Nun ja, meine Damen und Herren, es gab in Mecklenburg-Vorpommern schon des Öfteren einen Nachtragshaushalt, wenn eine Veränderung des bereits beschlossenen Haushaltes wegen außerplanmäßiger Ausgaben oder Einnahmen notwendig war. Mit dem Konjunkturpaket II und dem damit verbundenen Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder werden Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 316 Millionen zusätzliche Investitionsmittel einschließlich des Eigenanteils in Höhe von 79 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Ursprünglich geplant waren für das Haushaltsjahr 2009 ungefähr 1,135 Milliarden Euro an Investitionsmitteln. Das heißt, ungefähr 28 Prozent der Gesamtsumme des Jahres 2009 sollen jetzt noch einmal zusätzlich eingesetzt werden. Allein angesichts der Dimension dieser Summe finden wir, dass eine umfassende parlamentarische Befassung angebracht und auch sachgerecht wäre.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Aber, meine Damen und Herren, in den Konjunkturpaketen I und II sind neben der Förderung öffentlicher Investitionen insbesondere der Städte, Gemeinden und Landkreise gleichzeitig Maßnahmen für Steuersenkungen festgeschrieben und teilweise treten sie sogar rückwirkend

in Kraft. Diese Steuersenkungen können zu erheblichen Einnahmeausfällen bei den öffentlichen Haushalten führen.

Aber es geht nicht nur darum, wie die Konjunkturpakete im Land umgesetzt werden sollen, sondern es geht auch um bundes- und landespolitische Entwicklungen sowie um Gerichtsentscheidungen, die haushaltsrelevant sind. Und jedem von uns fallen da sofort die Pendlerpauschale oder das SGB-XII-Urteil ein. Auch deren Auswirkungen müssen im Nachtragshaushalt berücksichtigt werden – unserer Auffassung nach. Nur über einen Nachtragshaushalt kann aus unserer Sicht gewährleistet werden, dass das Parlament seine demokratischen Kontrollrechte umfassend wahrnehmen kann. Nur über einen Nachtragshaushalt kann in dieser Hinsicht den Grundsätzen von Haushaltswahrheit, Haushaltsklarheit und weitgehender Transparenz entsprochen werden.

Meine Damen und Herren, wir brauchen uns über Politikmüdigkeit nicht zu wundern, wenn unsere Entscheidungen nur in einem kleinen ausgewählten Kreis – und das ist der Finanzausschuss offensichtlich – getroffen werden, wenn Entscheidungsprozesse für die Öffentlichkeit nicht transparent und nicht nachvollziehbar sind. Ein Nachtragshaushalt gäbe der Landesregierung die Möglichkeit, die tatsächlichen Schwerpunkte der Landesentwicklung korrekt und für alle nachvollziehbar abzubilden.

In diesem Jahr, meine Damen und Herren, sprengen die Konjunkturpakete und die Finanzkrise die bisherigen Etatpläne in bisher ungekannter Dimension. Trotzdem denkt die SPD-CDU-Koalition nicht an einen Nachtragshaushalt. Unverständlich für uns,

(Rudolf Borchert, SPD:
Na wir erklären das ja gleich.)

denn schließlich haben auch Länder wie Niedersachsen, Sachsen-Anhalt oder Berlin einen Nachtragshaushalt wegen des Konjunkturpaketes aufgelegt.

(Ministerin Heike Polzin: Andere nicht.)

Andere nicht, aber drei Länder haben es eben getan. Anstelle direkter Beteiligung des gewählten Parlamentes probiert sich die Koalition in Winkelzügen und faden-scheinigen Argumenten.

(Rudolf Borchert, SPD: Na, na, na!)

Das Gegenargument, ein solcher Nachtragshaushalt würde zu einem großen Zeitverzug führen, lassen wir nicht gelten. Das Parlament könnte, wenn es denn wollte, auch in einem beschleunigten Verfahren sachgerecht entscheiden. Und ich wüsste nicht, dass die Mehrheit dieses Parlamentes eine solche wichtige Entscheidung schon einmal blockiert hat. Und das, denke ich, wäre auch in diesem Falle nicht anders. Umso trauriger ist es, dass sich die Abgeordneten der Koalition für eine reine Abnickaktion im Finanzausschuss offensichtlich nicht zu schade waren. Sollten Sie unseren Antrag heute ablehnen, meine Damen und Herren, denke ich, ist das Thema dennoch nicht vom Tisch, denn es gibt ja noch eine Maisteuerschätzung und vielleicht reden wir dann ganz anders miteinander.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: War das eine
Drohung? – Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Eine Drohung, eine Drohung!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste hat ums Wort gebeten die Finanzministerin Frau Polzin. Bitte schön, Frau Finanzministerin, Sie haben das Wort.

Ministerin Heike Polzin: Vielen Dank, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hat sich die Situation am heutigen Tage gegenüber der Situation von 2007 – im Frühjahr, ich erinnere, wurde der Doppelhaushalt im Prinzip aufgestellt in den Eckpunkten und dann im Herbst 2007 beschlossen –, hat sich die Situation zu heute verändert? Na, aber! Und dennoch gehen wir immer davon aus, dass sich innerhalb eines Doppelhaushaltes eine ganze Menge entwickelt und man sich in jedem Falle auf rechtlicher Grundlage bewegen muss, ob diese Veränderungen einen Nachtragshaushalt erforderlich machen. Dafür haben wir ja gute Regelungen in unserem Haushaltsgesetz. Und wir sind, soweit ich mich erinnere, auch aus meiner Parlamentszeit, ab und zu in die Situation gekommen, diesen Nachtragshaushalt machen zu müssen, mit einem riesigen Aufwand, der letztendlich über Summen entscheiden musste, die eigentlich eher schlimm waren.

Also ich erinnere mal daran, dass wir einen Nachtragshaushalt machen mussten, als uns die Steuereinnahmen so wegbrachen, dass keine Maßnahme mehr im Üblichen zu finanzieren war. Es war tatsächlich eher ein traumatisches Erlebnis, mittels Nachtragshaushalt hier nachsteuern zu müssen. Zum Glück, meine sehr geehrten Damen und Herren, befinden wir uns in dieser Situation noch nicht.

(Rudolf Borchert, SPD:
Es geht um zusätzliches Geld. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir sind im Grunde noch in der Situation, sagen zu können, dass wir hier über zusätzliche Mittel reden.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig. –
Vizepräsident Hans Kreher
übernimmt den Vorsitz.)

Im Übrigen ist auch das kein Vorgang, der einmalig ist, denn über die EU-Förderung, über GA, ist es ein ganz normales Geschäft gewesen, dass Länder im Laufe eines Jahres zusätzliche Mittel zugewiesen bekamen, und wir haben es uns immer auf die Fahnen geschrieben, die nach Möglichkeit kofinanzieren, also im Prinzip das gleiche, was wir hier zurzeit machen, wenn auch nicht im gleichen Umfang. Und ich werde gleich im Einzelnen auch darauf eingehen, warum einige Länder mit dem gleichen Problem einen Nachtragshaushalt machen müssen, denn ohne Not macht das keine einzige Landesregierung. Das hat nämlich was mit einem Riesenarbeitsaufwand zu tun, der Kräfte bindet, und das zu einem Zeitpunkt, in dem wir den neuen Doppelhaushalt aufstellen. Das ist ja im Prinzip im Gange, da würden sich zwei Prozesse überlagern, anstatt zu überlegen, wie man in diesem neuen Doppelhaushalt Prozesse, die ja das Investitionspaket auch in den kommenden Jahren noch berührt, vernünftig mit einbindet.

Zwei Gründe gibt es im Antrag der LINKEN für die Aufstellung eines Nachtragshaushaltes und ich will im

Einzelnen darauf eingehen. Zunächst einmal wird das begründet mit möglichen Steuermindereinnahmen. Ich will das mal ein bisschen bestimmter sagen. Ein Teil der Steuereinnahmen, der ist nicht mehr möglich, der findet statt, der ist bereits gesetzlich beschlossen und wird auf uns ganz konkrete Auswirkungen haben. Aber auch das ist ein ganz normales Geschäft, denn wir haben ja nicht unseren Haushalt auf der Basis von 2008, wie es in Ihrem Antrag steht, gemacht, sondern auf den Steuereinnahmen von 2007. Dann ist es auch logisch, dass sich im Laufe dieser Periode – auch in jeder – Dinge verändern. Die Frage ist nur: Machen die eine Änderung des Ausgabeverhaltens notwendig? Und das können wir zurzeit ganz klar mit einem Nein beantworten.

(Udo Pastörs, NPD: Zurzeit!)

Niemand von uns kann überhaupt wissen, wie die Steuereinnahmen im Laufe des Jahres einbrechen könnten. Dieses Konjunkturpaket ist ja im Grunde auch Ausdruck dessen, dies möglichst abzumildern, also hier schon ein Gegengewicht zu schaffen.

Ich will auch noch mal auf die Rechnung eingehen, die Frau Schwebs hier vorgebracht hat. Wir bekommen ja zusätzliche Mittel und das ist der Einnahmetitel von 237 Millionen, da würde ich auch den Landeseigenanteil ungern draufrechnen wollen, um dann auf eine höhere Prozentzahl der über 1,2 Milliarden Investitionssumme zu kommen. Es sind diese 237 Millionen. Unsere Kofinanzierung von 79 Millionen ist an der Stelle ja schon wieder eine Ausgabenposition.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

Um diese Maßnahmen umsetzen zu können, gab es ja am 10. Februar 2009 die Kabinettsitzung. Ich meine, es ist völlig normal, dass die Entscheidung nach einem pflichtgemäßen Ermessen, ob ein Nachtragshaushalt zu installieren ist oder ob wir unsere Haushaltsordnung nach Paragrafen durchforschen, die es ermöglichen, im Rahmen des Haushaltes agieren zu können, absolut legitim ist. Wir haben uns nach verantwortungsbewusster Abwägung gegen einen Nachtragshaushalt entschieden und dafür gab es vier Gründe.

Erstens. Mehreinnahmen können haushaltsrechtlich jederzeit im Haushalt vereinnahmt werden, ohne dass hierzu eine Beteiligung des Parlaments erforderlich wäre.

(Udo Pastörs, NPD: Na ja,
die kommen ja automatisch, ne?)

Die Beteiligung würde dann auch heißen: Nehmen wir das Geld oder nicht? Und ich kann mir auch nicht vorstellen, dass die Entscheidung dieses Parlaments heißen könnte, wir nehmen die Bundesmittel nicht. Das halte ich für ausgeschlossen.

Zweitens. Nach Paragraph 17 Absatz 1 in Verbindung mit Paragraph 17 Absatz 8 des Haushaltsgesetzes ist die Landesregierung im Haushaltsvollzug ermächtigt, zusätzlich bereitgestellte Drittmittel kofinanzieren zu können. Es handelt sich hier um Drittmittel und wir können sie also nach diesen Paragrafen kofinanzieren. Das haben wir in der Vergangenheit gemacht, auch im Schiffbau, auch in anderen GA-Mitteln und in diesem Falle können wir das nach den Paragrafen auch.

Dafür ist die Zustimmung des Finanzausschusses notwendig, sodass eine Beteiligung des Parlaments gewährleistet ist. Ich erinnere mich auch, dass diese

Sitzung ausdrücklich offen war – auch auf dankenswerte Initiative der Ausschussvorsitzenden hin – für alle Fachausschüsse, für alle Mitglieder, die ein Interesse daran hatten. Und ich kann mich an diese Ausschusssitzung zumindest so gut erinnern, dass es da auch ein interessantes Fragen, Antworten, Beraten gab. Ich hatte nicht das Gefühl, dass da einfach vorgegeben wird, zack und hopp, sondern hier wirklich ein Interesse, auch am Gelingen dieses Projektes besteht, das für uns alle wichtig ist, meine ich, zu organisieren.

Der dritte Grund ist: Im Zukunftsinvestitionsgesetz des Bundes sind die Verwendungsmöglichkeiten so eng gefasst, auch das ist dargestellt worden im Finanzausschuss,

(Rudolf Borchert, SPD: Das steht auch im Antrag der LINKEN selbst.)

über die Quotierung, über die Verwendung, den Einsatz von Mitteln hat nicht mal die Landesregierung eigentlich einen Spielraum gehabt, sondern diese Quote war von oben vorgegeben. Die geben wir ja nur eins zu eins weiter. Der Spielraum war also auf ganz anderer Ebene, den hätten wir auch in einem Nachtragshaushalt nicht gehabt.

(Rudolf Borchert, SPD: Sehr richtig.)

Viertens. Von entscheidender Bedeutung aber ist vor allem, dass die stabilisierenden Effekte dieser Maßnahme möglichst zeitnah zur Wirkung kommen können. Ich bedanke mich für das Angebot, dass man auch einen Nachtragshaushalt in möglichst kurzer Zeit realisieren kann. Auch da erinnere ich mich an ein schon sehr rasantes Tempo, wenn es nattet in der Vergangenheit,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Da hätten wir sogar mitgemacht.)

aber wir brauchen mindestens zwei Monate länger,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Ach, das sind doch Ausreden. Das sind doch Ausreden.)

bevor wir überhaupt in Gang kommen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Rheinland-Pfalz, die hätten das in vier Tagen geschafft.)

Gut, Herr Holter, zu Rheinland-Pfalz sage ich auch noch etwas und ich sage auch noch etwas zu den Ländern, die genau wie wir agieren, weil das nämlich rechtliche Gründe hat.

Diese zwei Monate, von denen man einfach ausgehen muss – man muss ja immer verkürzte Fristen und was noch alles dazugehört dann überhaupt organisieren, einvernehmlich –, hätten dafür gesorgt, dass wir nicht in der kommenden Woche die Verwaltungsvereinbarung mit den Kommunen hätten schließen können, dass nicht dort die Projekte tatsächlich umgesetzt werden können.

(Rudolf Borchert, SPD: So ist es. –
Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Das sind Dinge, auf die man ganz dringend da draußen wartet. Und ich glaube, die Kommunen hätten auch nicht verstanden, wenn wir uns in Selbstbefassung hier eigentlich zu einem nicht mehr ergebnisoffenen Prozess –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Völlig richtig.)

wenn es das wenigstens noch gewesen wäre! – hätten verständigen wollen, um dann später überhaupt reinzu-

kommen. Der Bund beabsichtigt, mindestens 50 Prozent der Mittel noch in diesem Jahr umzusetzen, und zwar in Stein und Mörtel. Wie das dann noch funktionieren soll, kann ich mir sowieso nicht vorstellen.

(Zurufe von Toralf Schnur, FDP,
und Udo Pastörs, NPD)

Das ist ohnehin ein sehr ehrgeiziges Ziel. Insofern hätten wir also wirklich eine Menge Zeit verloren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die weitere Begründung für einen vermeintlich notwendigen Nachtragshaushalt sehen die Antragsteller darin – ich zitiere –, dass „auf das Land aber auch Mindereinnahmen zu(kommen), die sich noch nicht alle in der Steuerschätzung November 2008 abgezeichnet haben“. Das ist korrekt, aber darauf basiert auch nicht der Doppelhaushalt. Dann hätte man ja schon allein deshalb im letzten Jahr mit einem Nachtragshaushalt beginnen müssen,

(Toralf Schnur, FDP: Formal ist das richtig. –
Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

wenn der dazu geführt hätte, dass wir unsere Haushaltsoptionen grundsätzlich ändern müssen.

Ich kürze das Verfahren mal ab und komme eigentlich zum Schluss. Die Einnahmen müssten – nach jetziger Haushaltsvorsorge will ich mal eine Zahl nennen, weil wir eben alle nicht so genau wissen, was sich hier im Laufe des Jahres noch tut in puncto Steuereinnahmen, da müsste man nicht nur Hellseher sein –, die Steuereinnahmen müssten in diesem Jahr um mehr als 293 Millionen einbrechen, bevor ein Handlungsbedarf entsteht, der heißt: Wir müssen diese Mindereinnahmen kompensieren. So viel Polster ist zurzeit vorhanden und so lange ist auch kein Nachtragshaushalt erforderlich.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist das.)

In Klammern: Ich entdecke aber durch viele Maßnahmen, die da in letzter Zeit passiert sind, ohnehin schon ein Abschmelzen. Wir hatten vorher ein größeres Polster, es ist geschmolzen. Ich will hier nicht die Sorglosigkeit raushängen lassen, ich bin alles andere als unbesorgt

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

und nichtsdestotrotz muss man sich immer orientieren, inwieweit sind wir hier auf rechtlicher Grundlage. Wenn wir nämlich mit dem Haushaltsrecht erst mal agieren müssen, wissen ja eigentlich alle Insider, was dann passiert. Auch ohne Nachtragshaushalt haben wir noch die Haushaltssperre, den Verzicht auf größere Ausgabeoptionen – das wird insbesondere die Ausgabepartei FDP interessieren – und natürlich auch Entnahmen aus der Ausgleichsrücklage.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Insofern kann man alles in allem sagen: Wir rechnen zwar mit Einbrüchen bei den Einnahmen, aber zurzeit sind keine Notwendigkeiten für einen Nachtragshaushalt damit verbunden.

Ich will vielleicht auch noch mal deutlich darauf eingehen, dass wir hier nicht eine Alleinentscheidung oder einen Alleinweg, einen Soloweg innerhalb Deutschlands als Land vorgenommen haben. Es sind ja gerade die Bundesländer Brandenburg, Thüringen und Sachsen, die ähnliche haushaltsrechtliche Regelungen haben, und das ist nämlich genau der Grund. In den neuen Bundesländern sind diese Regelungen, zumindest in diesen auch, eingeführt worden, weil es übliches Geschäft

war, im Laufe eines Haushaltes zusätzliche GA-Mittel zu bekommen. Und um darauf flexibel reagieren zu können, ist der Paragraph 17 als Ermächtigungsparagraph überhaupt eingeführt worden. Das haben wir sogar noch gemeinsam gemacht, in einer anderen Koalition, weil es einfach der Vernunft geschuldet war. Nun nützt uns dieser Paragraph für eine Maßnahme wie die, von der wir hier die ganze Zeit reden. Insofern ist das völlig legitim. Die anderen Bundesländer wie Rheinland-Pfalz, gerade die alten Bundesländer, haben diese Regelung nicht. Die müssen einen Nachtragshaushalt machen, ganz einfach deshalb, weil sie natürlich auch über Jahre nicht in den Genuss dieser Mittel gekommen sind wie die neuen Bundesländer. Das muss man im Hintergrund auch wissen, dass das irgendwo auch kein Ermessensspaß war bei dem Thema. Die können nicht anders, die müssen, sonst hätten sie auch darauf verzichtet.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Wir könnten auch anders.)

Klar, wenn wir noch ganz viel Zeit unterbringen wollen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wir
müssen nicht, aber wir können anders. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das stimmt.)

Sicherlich, niemand verbietet uns, trotzdem einen Nachtragshaushalt zu machen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Eben.)

Das ist korrekt, Herr Holter,

(Rudolf Borchert, SPD:
Das ist nicht zwingend notwendig.
Das ist auch nicht zwingend notwendig.)

aber ich meinte eigentlich auch, etliche Argumente hier angebracht zu haben, warum wir genau dies nicht tun wollen.

Ich gehe davon aus, dass in üblicher Manier auch der Finanzausschuss und natürlich alle interessierten Mitglieder des Landtages auf dem Laufenden gehalten werden. Und ich möchte mich noch bedanken für die konstruktive Unterstützung im Finanzausschuss, denn ich hatte auch nicht das Gefühl, dass die LINKE bei dem Thema blockiert, sondern auch sehr an einem konstruktiven Prozess der Umsetzung des ...

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Heißt denn
Nachtragshaushalt aufstellen blockieren?)

Nein, nein, Moment. Lassen Sie mich mal ausreden!

Ich hatte eigentlich im Finanzausschuss das Gefühl, dass wir Sie auch inhaltlich überzeugt haben. Wir wollen zügig was Vernünftiges tun.

(Toralf Schnur, FDP: Das ist schwierig.)

In dem Sinne, mal abgesehen von diesem Antrag, hoffe ich weiterhin auf eine gute Zusammenarbeit, auch was dieses Thema angeht. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und FDP)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke schön, Frau Ministerin.

Sie haben allerdings fünf Minuten überzogen

(Ministerin Heike Polzin: Auweia! –
Toralf Schnur, FDP: Danke, Frau Polzin.)

und das steht dann entsprechend den Oppositionsparteien zur Verfügung.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borchert von der Fraktion der SPD.

Rudolf Borchert, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die LINKE fordert in ihrem Antrag einen Nachtragshaushalt zum Konjunkturpaket II. Ich muss sagen, dass ich durchaus – das wird Sie vielleicht überraschen – Verständnis habe für diesen Antrag der Opposition, dem sich ganz offensichtlich auch die FDP anschließen wird, wenn ich den Änderungsantrag mal so werte. Er überrascht mich deswegen nicht, denn hier spiegelt sich etwas wider, was für die Opposition, glaube ich, auch normal ist. Eine gute Opposition sollte einen Nachtragshaushalt fordern, zumal es ja um das Königsrecht geht, um die Budgethoheit des Landtages. Insofern ist das eine völlig normale Forderung. Ich bin auch ganz ehrlich, wir haben das ausführlich diskutiert und sind in einen Abwägungsprozess getreten. Ich komme nachher noch mal darauf zurück, warum wir uns anders entschieden haben.

Was mich allerdings überrascht, ist, dass die FDP, die ja am Mittwochabend noch nicht bereit war, sich für die Budgethoheit des Landtages und die Budgetfreiheit des Landtages einzusetzen, heute hier ganz anders argumentiert.

(Toralf Schnur, FDP: Volle
Transparenz, Herr Kollege.)

Das möchte ich schon noch mal so feststellen.

(Toralf Schnur, FDP:
Haushaltswahrheit, Haushaltsklarheit.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte das ganz entscheidende und meiner Meinung nach auch wirklich ernst zu nehmende Gegenargument hier noch mal darstellen, denn es geht beim Nachtragshaushalt, wie wir wissen, um ein sehr umfangreiches Verfahren mit einem hohen Zeitaufwand, ich will ihn jetzt nicht exakt definieren. Der Änderungsantrag, insofern bin ich der FDP auch noch mal dankbar, die haben da ja etwas geholfen, die haben in ihrem Änderungsantrag den 30. September 2009 mal so terminiert. Insofern ...

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das ist aber nicht unsere Intention.)

Die FDP, aber insofern dankenswerterweise,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

ich würde jetzt den 30.09.2009 nicht ungeprüft übernehmen, aber ich sage mal, nehmen wir mal an, die FDP hat recht mit dem 30.09.2009, dann dürfte allen klar sein, wie lange das hier dauern würde mit einem Nachtragshaushalt.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, das ist auch unstrittig, egal, ob wir nun am 30.09.2009 landen oder am 01.09.2009,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Der FDP
kann man doch gar nicht glauben.)

ein Nachtragshaushalt würde mit einem erheblichen Zeitaufwand, demzufolge zu einem erheblichen Tempoverlust und den entsprechenden Konsequenzen führen und zur Verzögerung bei den dringend notwendigen Konjunkturimpulsen.

(Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß nicht, inwieweit Sie vor Ort Kontakt haben, mit den Leuten reden in den Kommunen. Ich nehme zumindest wahr, dass es dort eine sehr große Erwartungshaltung gibt in den Kommunen, bei den Bürgerinnen und Bürgern, aber vor allen Dingen natürlich auch bei den Wirtschaftsunternehmen, hier insbesondere bei den Bauunternehmen, dass jetzt wirklich schnellstmöglich gehandelt wird,

(Toralf Schnur, FDP: Das ist doch normal, Rudi. Das weißt du doch ganz genau.)

nachdem ja von der Politik auch vieles angekündigt wurde.

Nächste Woche, am 11. März 2009, sollen die Verwaltungsvereinbarungen des Landes mit den Kommunen unterzeichnet werden, ein ganz wichtiges Datum und eine ganz wichtige Entscheidung. Und alles andere, was diesen Prozess konterkariert oder verzögern könnte, wäre schädlich für unser Land, das muss man einfach hier zur Kenntnis nehmen.

(Helmut Holter, DIE LINKE:

Das wird man in Zweiter Lesung des Nachtragshaushalts entscheiden können. –

Toralf Schnur, FDP: Wenn man es gewollt hätte.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das hätte mit der FDP aber nicht geklappt.)

wir haben uns in der SPD sehr gründlich mit Pro- und Kontra-Argumenten auseinandergesetzt und uns dann in Abwägung aller Argumente schließlich entschieden, in dem Falle auf Tempo zu drücken, Gas zu geben, aber jeglichen Zeitverlust zu vermeiden, denn es ist so schon schwierig genug, die Erwartungen vor Ort zu erfüllen. Wir sind dann auch in einem Wettlauf, im Wettlauf mit dem drohenden Verlust von Arbeitsplätzen als Ergebnis der auch in Mecklenburg-Vorpommern verstärkt wirkenden Krise.

Und wir haben uns dann natürlich die Frage gestellt: Wie ist es zu lösen, sodass es letztendlich auch dem Haushaltsrecht entspricht? Dafür gibt es ein gutes Instrument, nämlich den Paragraphen 17 in unserem Haushaltsgesetz. Wir haben dieses Verfahren gewählt, und da der relativ umfangreich ist, der 17er, möchte ich mich darauf beschränken, nur den ersten, den entscheidenden Satz hier zu zitieren: „Das Finanzministerium wird ermächtigt, mit Zustimmung des Finanzausschusses“ des Landtages „zusätzliche, von Stellen außerhalb der Landesverwaltung für einen bestimmten Zweck zur Verfügung gestellte Mittel maximal bis zur gleichen Höhe durch Mittel des Landes zu ergänzen.“ Diese Ermächtigung gilt auch für VE's, also Verpflichtungsermächtigungen. Es ist selbstverständlich auch festgelegt, dass das entsprechend aus dem Landeshaushalt gegenfinanziert werden muss.

(Toralf Schnur, FDP: Und eine Haushaltsordnung gibt es auch noch. Da steht das aber ein bisschen anders drin.)

Dies alles haben wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, am 26. Februar 2009 im Finanzausschuss beraten und letztendlich auch entschieden.

Und ich möchte auch aus einer Verabredung aus dem Obleutegespräch berichten, wo wir uns ausdrücklich

darauf verständigt haben, dass der 26. Februar 2009 dem Finanzausschuss, auch allen anderen Fachpolitikern angeboten wird, um dort im Finanzausschuss zu beraten. Einige haben davon Gebrauch gemacht. Es gab auch Fachausschüsse – wie der Agrar- und Umweltausschuss und, ich glaube, der für Verkehr, Bau und Landesentwicklung ebenfalls –, die haben sich praktisch mit der Vorlage zur Umsetzung des Konjunkturpaketes II befasst, also mit der Beschlussvorlage des Finanzausschusses. Ich glaube, das ist auch richtig so. Ich gehe davon aus, dass auch zukünftig in den nächsten Wochen und Monaten selbstverständlich das Thema weiterberaten werden kann, denn es gibt eine Reihe von interessanten fachpolitischen Aspekten bei der Umsetzung des Konjunkturpaketes II und nicht nur die reine Beschlusslage zu den Zahlen, das heißt also praktisch, zum Finanzvolumen.

Da gibt es noch die Frage von Frau Schwebs: Wie kann man das alles nachvollziehbar machen (Haushaltswahrheit und -klarheit)? Wenn man sich die Vorlage ansieht, die wir im Finanzausschuss beschlossen haben, ich glaube, dann kann man titelgenau sehr gut mit Haushaltswahrheit und -klarheit nachvollziehen,

(Toralf Schnur, FDP: Ja, aber nicht die Öffentlichkeit.)

welche Titel für Einnahmen beziehungsweise welche Titel für Ausgaben schließlich dort eingesetzt werden.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, man sollte sich wirklich mal die Mühe machen, sich den Artikel 7 des Gesetzes zum Zukunftsinvestitionsgesetz zwischen Bund und Ländern vorzunehmen. Dann wird man sicherlich sehr schnell begreifen, dass unsere eigenen Entscheidungsspielräume bei dem Thema außerordentlich gering sind und demzufolge auch die Frage der Sinnhaftigkeit solch eines Nachtragshaushaltes zumindest aus inhaltlichen Gründen sicherlich zu hinterfragen wäre.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit, und es wird Sie nicht überraschen, dass wir sowohl den Änderungsantrag der FDP

(Toralf Schnur, FDP: Doch, das überrascht mich.)

ablehnen werden als auch den Antrag der LINKEN mit der Forderung nach einem Nachtragshaushalt ablehnen werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke schön, Herr Borchert.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Reese von der Fraktion der FDP.

(Toralf Schnur, FDP: Rudi, das war aber nicht so doll. – Rudolf Borchert, SPD: Was?)

Sigrun Reese, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Auch meine Fraktion sieht die Vorlage eines Nachtragshaushaltes für das Jahr 2009 als zwingend erforderlich an. Im Finanzausschuss wurde in den letzten Sitzungen ein Finanzvolumen von circa 410 Millionen Euro vor dem Hintergrund der Finanzkrise, insbesondere für Wertstandorte, und im Rahmen des Konjunkturpaketes II beschlossen. Diese Beschlüsse wurden alle außerhalb des beschlossenen Haushaltes für die Jahre 2008 und 2009 gefasst.

(Toralf Schnur, FDP: Genau.)

Ich habe in der letzten Zeit im Finanzausschuss das Gefühl, man hangelt sich von einer Sondervorlage zur nächsten. Das Vorliegen der Beschlussvorlagen mit einer Frist von ein bis zwei Tagen

(Rudolf Borchert, SPD: Besondere Zeiten erfordern besondere Maßnahmen.)

war in den letzten Sitzungen leider keine Seltenheit. Ich möchte hier nicht darüber streiten, ob die getroffenen Entscheidungen richtig oder falsch waren, darum geht es nicht, aber ich möchte klar zum Ausdruck bringen, dass wir die Art und Weise der Entscheidungsfindung kritisieren.

(Toralf Schnur, FDP: Genau.)

Mit der Ausschussvorlage zum Zukunftsinvestitionsprogramm wurde dann mal schnell über Veränderungen in 7 Einzelplänen des Haushaltes beschlossen, die 29 neu zu bildende Haushaltstitel betreffen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Rudolf Borchert, SPD: Ja.)

Ja, das Haushaltsgesetz ermöglicht diese Änderungen. Es gibt keine gesetzliche Bestimmung, die eine Pflicht zur Aufstellung eines Nachtragshaushaltes für das Land regelt, sondern nur solche für das Verfahren zur Aufstellung. Und auch Paragraf 37 der Landeshaushaltsordnung zeigt lediglich an, in welchen Fällen es keines Nachtragshaushaltes bedarf,

(Toralf Schnur, FDP: Aha, Rudi!
Aha! Hast du das gehört? –
Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

legt aber nicht positiv fest, welche Voraussetzungen für die Erstellung eines Nachtragshaushaltes vorliegen müssen. Folglich gelten allgemeine Grundsätze, die der Haushaltsgesetzgeber zu beachten hat.

Auch wenn ein Nachtragshaushalt grundsätzlich nicht die Funktion hat, den Haushaltsplan an zwischenzeitlich veränderte Haushaltsentwicklungen anzupassen, etwa bei voraussichtlichen Mindereinnahmen oder Minderausgaben oder Mehreinnahmen, so ist ein Nachtragshaushalt grundsätzlich jedoch dann erforderlich, wenn sich bei der Ausgabe von Haushaltsmitteln die Haushaltsansätze als zu gering erweisen oder sich sachliche Bedürfnisse ergeben, die das Haushaltsgesetz überhaupt noch nicht berücksichtigen konnte. Eine verfassungsrechtliche Pflicht zur Vorlage eines Nachtragshaushaltes besteht, wenn mit hinreichender Sicherheit eine erhebliche Abweichung der tatsächlichen Entwicklung von der Veranschlagung im Haushaltsplan erkennbar wird, die es der Exekutive unmöglich macht, den Haushaltsausgleich noch zu erreichen.

In einer solchen Situation dürften wir uns angesichts des Volumens und der Komplexität der veränderten finanziellen Rahmenbedingungen befinden. Um also die Entscheidungen und deren Auswirkungen unter Abrechnung des Haushaltsjahres überhaupt noch nachvollziehen zu können, sieht meine Fraktion ebenso wie die Antragsteller die Vorlage eines Nachtragshaushaltes als unumgänglich an.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Das Parlament als Haushaltsgesetzgeber ist aus unserer Sicht sogar verpflichtet, in dieser Situation einen Nachtragshaushalt zu beschließen. Aber auch die Grundsätze

von Transparenz, Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit

(Gino Leonhard, FDP: Ja, genau.)

sind an dieser Stelle für meine Fraktion von entscheidender Bedeutung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Toralf Schnur, FDP: Jawohl, so ist es. – Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

Das ohne einen Nachtragshaushalt entsprechende Geflecht von Einzelentscheidungen wird von unserer Fraktion abgelehnt.

Ich erinnere an die Erstellung des Nachtragshaushaltes vor zwei Jahren. Hier hat die Landesregierung einen Nachtragshaushalt mit der Begründung von Strukturveränderungen in der Landesregierung unter Verwendung der damals unerwartet sprudelnden Steuereinnahmen erstellt. Heute haben wir zwar nicht die gleichen Vorzeichen, aber die aktuelle dramatische Änderung der finanzpolitischen Rahmenbedingungen erfordert fast noch dringender einen Nachtragshaushalt.

(Toralf Schnur, FDP: So ist es.)

Wenn man die Berichte der Medien in den letzten Tagen verfolgt, werden wir auch weiterhin kurzfristig Entscheidungen mit erheblichem finanziellem Umfang zu treffen haben. Bei den Werften trifft dies am augenscheinlichsten zutage.

Betrachtet man branchenübergreifend die wirtschaftliche Situation, so ist mit erheblichen Mindereinnahmen für unser Land zu rechnen, sei es im eigenen Steueraufkommen oder im Finanzausgleich. In der Steuerschätzung von November 2008 konnten unserer Meinung nach diese Mindereinnahmen nicht hinreichend berücksichtigt werden.

(Toralf Schnur, FDP: Genau.)

Es ist aber unsere Pflicht als Parlament, dass der Haushalt so gestaltet ist, dass er das Bild der tatsächlichen Situation widerspiegelt.

(Toralf Schnur, FDP: Der Haushalt muss auch für die Öffentlichkeit transparent sein, nicht nur für die Landtagsverwaltung.)

Die Veränderung der Einnahmen und die veränderte Verwendung der Mittel können unserer Auffassung nach nur in einem Nachtragshaushalt im Rahmen von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit abgebildet werden.

Zum Abschluss möchte ich noch auf unseren Änderungsantrag zu sprechen kommen. Sehr geehrte Kollegen von den LINKEN, in Ihrem Antrag fordern Sie die zeitnahe Vorlage eines Nachtragshaushaltes. Das Wort „zeitnah“ ist uns zu unbestimmt, deshalb fordern wir ...

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Frau Reese, Sie müssen zum Ende kommen.

Sigrun Reese, FDP: Deshalb fordern wir die Vorlage eines Nachtragshaushaltes in einem solchen zeitlichen Rahmen, dass im Rahmen der parlamentarischen Beratung bis zum 30.09.2009 beschlossen werden kann. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Reese.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Löttge von der Fraktion der CDU.

Mathias Löttge, CDU: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition! Es ist natürlich tatsächlich das gute Recht der Opposition,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja, ehrlich?)

einen Nachtragshaushalt zu fordern.

(Zurufe von Andreas Bluhm, DIE LINKE,
Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Toralf Schnur, FDP)

Ja.

Ob aber diese Forderung dann die formalrechtlichen Voraussetzungen erfüllt, ist natürlich eine ganz andere Frage.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Na ja.)

Interessant ist, meine Damen und Herren von der Opposition, dass Sie ja nun in Ihren Antragsstellungen vorrangig auf das Konjunkturpaket II eingehen, jetzt in Ihren Reden das sehr stark erweitert haben. Ich denke aber, dass gerade die Finanzministerin deutlich gemacht hat, dass aus formalrechtlichen Gründen heraus kein Nachtragshaushalt notwendig ist, erstens.

(Toralf Schnur, FDP: Regierungen liegen nicht immer richtig, da gab es genug Urteile schon.
Ich erinnere an die Pendlerpauschale.)

Zweitens wäre es, glaube ich, so feststellen zu dürfen, wenn man sich gerade die besondere Situation, die zu den Konjunkturpaketen I und II geführt hat, betrachtet, sicherlich der falsche Weg, einen Nachtragshaushalt zu beschließen. Das sage ich jetzt besonders mit Blick auf die FDP. Wenn ich mir vorstelle, dass die Maßnahmen dann erst alle nach dem 30.09.2009 wirksam werden, dann finde ich das schon sehr verwunderlich.

(Toralf Schnur, FDP: Sie können ja schneller arbeiten als wir.)

Meine Damen und Herren!

(Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Was war eigentlich die Grundlage für das, was wir jetzt mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm beschlossen haben? – Grundlage war die besondere Situation, die sich aus einer globalen Wirtschafts- und Finanzkrise heraus ergibt. Deswegen bin ich sehr dankbar, dass der Bund mit verschiedenen Maßnahmen auf diese Krise reagiert hat und so – übrigens ja erfreulicherweise – dann letztendlich auch mit den Stimmen der FDP

(Toralf Schnur, FDP:
Weil sie verantwortungsvoll ist.)

in den Gremien das Konjunkturpaket II beschlossen hat. Aus diesem Konjunkturpaket II erhält das Land also 237 Millionen und gleichzeitig wird das Ganze kumuliert mit 79 Millionen. Das heißt, es stehen insgesamt 316 Millionen zur Verfügung. Ich weiß aus Gesprächen mit den Gemeinden, die sind sehr glücklich über die Entscheidung, dass 130 Millionen davon pauschaliert an die Gemeinden gehen.

(Toralf Schnur, FDP:
Das hat ja keiner bestritten.)

Und ich bin auch sehr glücklich darüber, dass der Bund Rahmenbedingungen beschlossen hat, die eigentlich etwas, was so in den letzten drei Tagen hier immer wieder diskutiert wird, möglich machen, nämlich Investitionen in Bildung, Kindertagesstätten

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Der Gesetzgeber ist dieses Parlament, Herr Löttge. –
Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

und letztendlich aufgrund des Landesprogramms auch in die Universitäten des Landes oder in Krankenhäuser.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Ich denke, damit haben wir Maßnahmen festgelegt, die genau den Anforderungen im Land entsprechen. Die sollten wir jetzt im Interesse der Wirtschaft – und das darf man hier immer nicht vergessen, es geht darum, das Geld eigentlich durch Investitionen in den Kommunen an die Wirtschaft durchzuleiten.

(Rudolf Borchert, SPD:
Und das schnellstmöglich.)

Und die wartet auf diese Aufträge. Es war immer das Ziel, dieses so schnell als möglich zu tun. Insofern sollten wir diese Zeiträume keineswegs verlängern, sondern wirklich im Interesse der Kommunen und im Interesse der Wirtschaft hier handeln.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Meine Damen und Herren, erfreulicherweise haben wir uns mit dem Haushaltsgesetz und mit Paragraph 17 die Möglichkeit gegeben, auf solche besonderen Situationen zu reagieren. Wir haben also mit dem Beschluss des Haushaltsgesetzes der Landesregierung die Ermächtigung gegeben, gerade auf solche Situationen zu reagieren. Und Sie, Kollegen von der Linksfraktion oder von der Fraktion DIE LINKE, haben eben noch mal bestätigt, dass Sie ja gerade den Paragraphen 17 auch mitgetragen haben. Ich denke, dann sollten wir ihn auch nutzen, dafür ist die rechtliche Voraussetzung gegeben. Und sowohl der Kollege Borchert als auch unsere Finanzministerin haben darauf hingewiesen.

(Toralf Schnur, FDP:
Transparenz muss trotzdem sein.)

Worüber ich etwas erstaunt bin, Frau Schwebs, das muss ich Ihnen jetzt sagen. Ich glaube, wir haben wirklich eine sehr gute Debatte im Finanzausschuss geführt. Diese Debatte als Abnickveranstaltung des Finanzausschusses zu bezeichnen, finde ich insofern – gerade wenn diese Einschätzung von der Vorsitzenden kommt – etwas traurig. Und zum anderen war ich bisher immer der Meinung,

(Rudolf Borchert, SPD:
Das ist auch nicht zutreffend. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

weil wir ja die parlamentarische Beteiligung infrage stellen, dass auch der Finanzausschuss – wenn er auch ein ganz besonderer ist und einige Abgeordnete ihn manchmal auch als Königsausschuss bezeichnen – trotzdem immer noch zu diesem Parlament gehört.

(Rudolf Borchert, SPD: Der ist Teil des
Landtages. – Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Er ersetzt aber nicht das Parlament. –
Toralf Schnur, FDP: Er ist aber nicht öffentlich.)

Und mit Paragraf 17 Haushaltsgesetz haben wir dem Finanzausschuss die Möglichkeit gegeben, solche Entscheidungen zu treffen.

Und das Nächste ist, dass durchaus Fachausschüsse auch ihre Möglichkeiten genutzt haben, um sich an der Diskussion zu unserem Zukunftsinvestitionsprogramm zu beteiligen. Das ist erfolgreich genutzt worden. Und es ist keineswegs so, dass jetzt mit dieser Diskussion und auch mit den Entscheidungen im Finanzausschuss die Diskussion in den Fachausschüssen abgeschlossen sein muss. Es ist richtig, was Herr Borchert schon gesagt hat, es gibt natürlich bestimmte Fragen, die durchaus in den Fachausschüssen weiterdiskutiert werden sollen. Und ich denke, davon werden die Fachausschüsse auch im Rahmen ihres Selbstbefassungsrechtes Gebrauch machen.

Meine Damen und Herren, auch wenn wir im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II und dem Zukunftsinvestitionsprogramm einem Nachtragshaushalt nicht zustimmen werden, bedeutet es nicht, dass wir aufgrund der besonderen Situation, die vielleicht auch wieder etwas mit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise zu tun hat, nicht in diesem Jahr noch in die Situation eines Nachtragshaushaltes kommen können. Dann müssen aber die formellen Voraussetzungen dafür auch gegeben sein, auf die die Finanzministerin schon hingewiesen hat.

Insofern, meine Damen und Herren, es wird Sie nicht verwundern, wenn wir selbstverständlich Ihren Antrag

(Toralf Schnur, FDP: Es ist nicht selbstverständlich.)

und den noch verschlimmernden Antrag, den Änderungsantrag der FDP, ablehnen. – Schönen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Löttge.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete Herr Pastörs von der Fraktion der NPD.

Udo Pastörs, NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Infolge der allgemeinen Finanzentwicklung und aufgrund der tatsächlich zu erwartenden Mehreinnahmen durch das sogenannte Konjunkturpaket der Bundesregierung ist grundsätzlich ein Nachtragshaushalt aus unserer Sicht dringend geboten. Unser Ministerpräsident weiß auch wohl ganz genau, warum er die großspurig in Berlin proklamierte Schuldenbremse ablehnt. Das Land und der Bund rollen zielgerichtet in die totale Überschuldung und es droht allorten die Zahlungsunfähigkeit. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ihre Wahrheit.)

Schon mit der Zustimmung zum Bankenrettungspaket wurde unser Bundesland durch den Ministerpräsidenten bereits in ungeheurer Millionenhöhe mit Risiken belastet, ohne dass der Landtag hierzu seine Zustimmung gegeben hatte.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Geben musste.)

Die Grundsätze von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit werden von Ihnen, meine Herrschaften, immer stärker und in immer größerem Umfang missachtet oder als semantische Verschleierung missbraucht. Es ist bei den zu erwartenden Mehreinnahmen des Landes, durch weitere Verschuldungen des Bundes finanziert,

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP – Glocke des Vizepräsidenten)

ein rasch zu verabschiedender Nachtragshaushalt unerlässlich. Es ist wichtig, dass der Landtag darüber befindet, wie und wo konkret die zusätzlichen Mittel einzusetzen sind. Änderungen in sieben Einzelplänen wurden ja im Finanzausschuss schon vorgelegt.

Ob es Ihnen gefällt oder nicht, es bleibt festzustellen, dass die von Ihnen ständig gelobte und gepriesene Globalisierung ins Endstadium eingetreten ist. Jetzt gilt es besonders, unsere heimische Wirtschaft zu stärken und zu stützen. Dies geht nur, wenn wir die Spielräume des Landeshaushalts hier verantwortungsvoll nutzen. Es dürfen eben nicht weitere Millionenbeträge – zum Beispiel an obskure international agierende Großinvestoren – verplempert werden. Das Geld soll nach unserer Auffassung in die Hände kleiner und mittelständischer Unternehmen gegeben werden.

Eine Regierungserklärung zur Lage unserer Wertindustrie haben Sie vorgestern abgelehnt. Uns ist schon klar, dass Sie eine Diskussion zur wahren Lage der Werften im Moment scheuen wie der Teufel das Weihwasser. Sagen Sie nicht, die Forderung für einen Nachtragshaushalt würde zu viel Zeit kosten. Es gibt durchaus die Möglichkeit des beschleunigten Verfahrens, wir haben das heute hier schon gehört. Und der Bund, das ist auch schon ausgeführt worden, gibt 237 Millionen in die Kasse. Wir als Land legen noch mal 79 Millionen drauf. Die Summen sind aber mehr oder weniger ein Durchlaufposten und in keinster Weise geeignet, hier Ruhe zu verbreiten, denn es würde uns allen sehr viel Sicherheit geben, wenn es eine kurzfristige aktuelle Steuerschätzung gäbe, auf deren Grundlage wir dann hier im Landtag uns einstellen könnten auf eventuell die Dinge, die mit Sicherheit in den nächsten ein, zwei Jahren auf das Land noch zukommen werden.

Ich fasse zusammen. Die NPD-Fraktion will genau wissen: Was erhält das Land wann genau vom Bund an zusätzlichen Mitteln? Wir wollen wissen, wie Ihre Konzepte aussehen zur Senkung der Arbeitslosigkeit, die damit natürlich einhergehen muss. Wir wollen wissen, wie der industrielle Kern in unserem Land geschützt werden soll. Machen Sie hierzu Ihre Hausaufgaben rechtzeitig und beachten Sie den Verfassungsgrundsatz des Budgetrechts des Landtages!

Es ist meiner Meinung nach auch eine Frage der Fairness, dass die Landesregierung und die Finanzministerin sich hier dem Antrag nicht verweigern, denn wir als Parlament haben ein Recht darauf, verlässlich im Rahmen eines Nachtragshaushaltes in Erfahrung zu bringen, was unser Land und was die Menschen im Lande aufgrund der extrem angespannten Situation in den nächsten anderthalb bis zwei Jahren zu erwarten haben. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Pastörs.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Měšťan von der Fraktion DIE LINKE.

(Toralf Schnur, FDP: Jetzt kommt mal wieder ein bisschen Qualität rein.)

Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aus dem Konjunkturpaket II fließen

einschließlich der Eigenanteile den Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern Investitionsmittel in Höhe von 221 Millionen Euro zu. Dabei ist beabsichtigt – wiederum einschließlich der Eigenanteile –, 130 Millionen Euro pauschal den Landkreisen und kreisfreien Städten zur Verfügung zu stellen. Von dieser Summe sollen 110 Millionen Euro für die Bildungsinfrastruktur und 20 Millionen Euro für sonstige Infrastrukturmaßnahmen verwendet werden.

Meine Damen und Herren, kurz gesagt: Eine solche pauschale Zuweisung ist begrüßenswert,

(allgemeine Unruhe –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD –
Glocke des Vizepräsidenten)

denn es wird auch Ihnen bekannt sein, dass die Fraktion DIE LINKE sich immer dafür starkgemacht hat,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Seid ihr ein bisschen leiser, bitte?!)

möglichst viele Mittel aus dem Konjunkturpaket den Kommunen direkt und pauschal zukommen zu lassen, denn diese wissen nun mal am besten,

(Toralf Schnur, FDP: Seit
zwei Jahren stimmt das.)

wo vor Ort dringend Handlungsbedarf besteht und was sie bisher warum nicht umsetzen konnten.

Meine Damen und Herren, wir haben es auf den ersten Blick in der Tat mit einem beachtlichen Volumen an zusätzlichen Investitionen zu tun. Aber allein schon deshalb – und hier denke ich insbesondere an die Kommunalpolitiker/-innen aller demokratischen Fraktionen –, hier hätte das Parlament bei der konkreten Ausgestaltung des Investitionsprogramms über einen Nachtragshaushalt mitwirken müssen.

(Harry Glawe, CDU: Können!)

Und dieses Mitwirkungsrecht sollte auch bei den Kommunalvertreterinnen und Kommunalvertretern gewährleistet werden. Sie sollten in die Entscheidungen sowohl über die Verwendung der Mittel als auch über die Quelle der nötigen Eigenmittel mit einbezogen werden.

(Toralf Schnur, FDP: Genau.)

Letzteres wird sich in dem einen oder anderen Fall noch äußerst schwierig gestalten.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir werden es ja im Prozess merken. Denn oftmals zeigen die Debatten in den Kommunen – und das ist nun wirklich keine Überraschung –, dass die Haushalte bei aller kommunalen Fantasie tatsächlichen Gestaltungsfeldern längst die Grundlagen entzogen haben.

Meine Damen und Herren, die Verwaltungsvereinbarung zur Umsetzung der Zukunftsinvestitionen zwischen dem Land und den Kommunen soll bekanntermaßen in der nächsten Woche unter Dach und Fach kommen.

(Harry Glawe, CDU: Am 11. genau.)

Und dennoch, Herr Glawe, sind zahlreiche Fragen immer noch offen.

(Harry Glawe, CDU: Boah!)

Welche Maßnahmen sind zu hundert Prozent förderfähig? Welche Chance auf Umsetzung haben insbesondere kleinteilige Maßnahmen?

(Toralf Schnur, FDP: Null Transparenz!)

Wie sehen die konkreten Durchführungsbestimmungen beziehungsweise die Verwaltungsvorschriften aus? Und ganz unproblematisch ist ja wohl auch die Frage der Haftung nicht. So sollen die Landkreise gegenüber dem Land für Beträge, die zurückzahlen sind, haften.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Inwieweit haftet der Landkreis auch für seine kreisangehörigen Gemeinden? Zu hinterfragen sind außerdem die Investitionsmittel, die nicht pauschal, sondern zweckgebunden vom Land ausgereicht werden.

(Toralf Schnur, FDP: Genau, richtig.)

So ist bisher wohl noch nicht ganz klar, was zum Beispiel im Bereich der touristischen Infrastruktur tatsächlich förderfähig sein soll beziehungsweise welche Maßnahmen hier Priorität haben werden. Wir hoffen, dass hier vor allem auch einmal das Binnenland profitieren kann und das Geld nicht ausschließlich in touristische Prestigeobjekte an der Küste, also vielleicht im schönen Ostseestrand vergraben wird.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend auf Folgendes verweisen: Nicht nur der Bund und die Länder, sondern auch die Kommunen können infolge der Konjunkturpakete zunächst mehr Geld ausgeben und damit hoffentlich und vielleicht die Konjunktur ankurbeln. Andererseits – und das muss man, denke ich, sehr deutlich sagen – wird aber auch insgesamt mit verringerten Einnahmen zu rechnen beziehungsweise zu kalkulieren sein. Und da wiederhole ich die Stichworte, die meine Kollegin Schwebs schon gesagt hat, ich denke an die Entwicklung der Lohn- und Einkommenssteuer. Und ich nenne auch das Stichwort „Pendlerpauschale“.

(Toralf Schnur, FDP: Das
habe ich schon zuvor gesagt.)

Hinzu kommen die die öffentlichen Haushalte negativ beeinflussenden Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen sowie Ausfälle und Ausgaben, die durch die Krise verursacht, bisher aber nicht ansatzweise absehbar sind. Zwei Stichworte auch dazu. Ich sage ganz konkret: höhere Arbeitslosigkeit oder insolvenzbedingte Steuerausfälle. Hier wird man sich die Gesamtbilanz sehr genau anschauen müssen.

Meine Damen und Herren, auch unabhängig von der gegenwärtigen Krise befindet sich die kommunale Haushaltslage seit Jahren – man möchte sagen, permanent – in einer Schiefelage. Der Anteil der Kommunen am gesamten Steueraufkommen ist nach wie vor viel zu gering. Und nicht zuletzt deshalb brauchen wir dringend, und zwar auch ohne die aktuelle Krise, eine wirkliche Gemeindefinanzreform, die den Kommunen langfristig stabile Einnahmen sichert oder, modern ausgedrückt, nachhaltige Kommunalpolitik möglich macht.

Und eine Abschlussbemerkung. Im Zuge der Diskussion um die Krisen nehmen gerade sehr viele Politiker der CDU und der SPD immer wieder das Wort „Chancen“ in den Mund. Ich glaube, wenn Krisen auch eine Chance sein können, dann sollte es Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Sinne eigentlich nicht schwerfallen dürfen, unserem Antrag auf Diskussion in einem Nachtragshaushalt zuzustimmen.

(Harry Glawe, CDU: Das fällt uns sehr schwer.)

Ich schätze Frau Kollegin Polzin sehr, aber ich hätte mir gewünscht, dass sie genauso viel Kraft und Zeit investiert hätte in die Überlegung, warum wir einen Nachtragshaushalt hätten machen können, denn immer noch ist das Parlament der Gesetzgeber

(Toralf Schnur, FDP: So ist es.)

und nicht der Finanzausschuss unter Ausschluss der Öffentlichkeit derjenige, der die Richtung bestimmt.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Der FDP sage ich danke in der Sache,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

aber mit einer Terminstellung bis zum 30.09.2009 könnten wir uns nicht einverstanden erklären.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Dieses Parlament hat bei vielen anderen Gesetzgebungsverfahren, auch manchmal ohne auf die Opposition zu hören, ein zeitliches Verfahren durchgezogen, was auch nicht angemessen war. Ich denke, es wäre ganz einfach gewesen.

(allgemeine Unruhe –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die Kommunen arbeiten bereits an ihren Vorschlägen, und bis April, wenn wir heute einen Nachtragshaushalt gehabt hätten, hätten wir schon die Zweite Lesung durchführen können und wären zu ähnlichen Ergebnissen gekommen, wie Sie beabsichtigen, aber wir hätten das Parlament so, wie es sein muss, einbezogen. – Ich danke Ihnen und hoffe, Sie stimmen unserem Antrag zu.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Měšťan.

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2333 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Danke. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2333 bei Zustimmung der Fraktion der FDP und der NPD, aber Ablehnung der Fraktion DIE LINKE, der SPD und der CDU abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2267 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2267 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der FDP und der NPD, aber Ablehnung der Fraktion der SPD und der CDU abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 1. April 2009, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 15.47 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Detlef Müller, Michael Roof, Jürgen Seidel, Erwin Sellering und Dr. Fritz Tack.